

# politicum

Josef Kraliner Haus  
Schriften

"Drum prüfe, wer  
sich Ewig bindet"

Landakademie 92

55

# politicum

Josef-Krainer-Haus-Schriften



April 1992 / 12. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- Heft 45 „Leben in der Gemeinde“
- Heft 46 „Wissenschaft und Forschung“
- Heft 47 „Pop und Politik“
- Heft 48 „Grenzland — Hoffnungsland“
- Heft 49 „Die Medizin braucht neues Denken“
- Heft 50 „Die Zukunft Mitteleuropas“
- Heft 50a „Wer vertritt Europas Bauern?“
- Heft 51 „Verwaltung im Dialog“
- Heft 52 „Kabarett und Politik“
- Heft 53 „Tier und Mensch“
- Heft 54 „Macht und Ohnmacht des Konsumenten“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus  
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:

Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,  
Helmut Oberauner, Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:  
Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus  
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

## Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

- Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
- Ass.-Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK
- Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
- Univ.-Prof. Dr. Anton GRABNER HAIDER
- Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
- Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
- Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
- Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
- Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
- Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER
- Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER
- Univ.-Prof. DDr. Ota WEINBERGER
- Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
- Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

# Inhalt und Autoren:

Alois Puntigam	1
Angst löst keine Probleme	2
Jugend: Bildung für morgen	2
Erich Pötl	3
Die Zukunft stellt uns vor große Aufgaben	3
Markus F. Hofreither	4
Österreich im Europa der Veränderung	4
Institutionen der EG	9
Sorgenstunde	10
Peter Bleser	12
Die deutschen Bauern im Binnenmarkt	12
Erika von Buxhoeveden	16
Bauern ohne Partner – Wollen Schwedens Bauern in die EG?	16
Rudolf Reichling	19
Schweiz und die EG aus der Sicht der Bauern	19
Gerhard Włodkowksi	23
Der Weg in die Integration: „Klasse statt Masse“	23
Heinz Kopetz	26
Vorbereitungen auf die europäische Integration	26
Beispiele aus der Praxis	28
Wolfgang Schüssel	32
(Land-)Wirtschaft inmitten von Europa und EG	32
Reinhard Rack	36
(EG)Angst — ein schlechter Ratgeber — auch für die Bauern	36
Manfred Helzer	38
Feinkostladen Österreich – Lösung oder bloß Beruhigungsspielle?	38
Erich Pötl	43
Die steirische Landwirtschaft in Europa	43
Würdige Träger des Goldenen Ehrenzeichens des Steirischen Bauernbundes	46
Fred Strohmeier	48
Europa der Dörfer	48

STEIRISCHER BAUERNBUND  
JOSEF-KRAINER-HAUS  
POLITISCHE AKADEMIE

## Landakademie '92

"Drum prüfe, wer sich Ewig bindet"  
Fakten, Befürchtungen und Forderungen  
unserer Bauern zum EG-Beitritt

Dienstag, 4. Februar 1992  
Mittwoch, 5. Februar 1992  
Donnerstag, 6. Februar 1992

Ort: Josef-Krainer-Haus  
Bildungszentrum der  
Steirischen Volkspartei  
Pfeifferhofweg 28,  
8045 Graz/Andritz  
Tel. (0316) 69-20-97/0

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:  
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind. Alle Rechte bleiben bei den Autoren.

# ANGST LÖST KEINE PROBLEME

In einer Zeit, in der sich das Rad der Geschichte so schnell dreht, scheint uns politisch, aber auch wirtschaftlich alles davonzulaufen. Daher besteht durchaus die Gefahr, daß sich manche vor der Wirklichkeit verschließen und entweder Illusionen nachjagen oder, was noch schlimmer ist, in Ängste flüchten. Beides führt ganz sicher in eine Sackgasse. Wer nur von Illusionen träumt, entfernt sich immer weiter von der Realität, und wer nur noch Angst hat, schafft es auch nicht, denn wer sich zu Tode gefürchtet hat, ist auch gestorben.

Dazu kommt noch, daß in einer so schnelllebigen Zeit vieles grob vereinfacht dargestellt oder unzulässigerweise verkürzt wird. Das beginnt schon bei den Abkürzungen und Kurzbezeichnungen, mit denen der Normalverbraucher oft nichts mehr anzufangen weiß. Die plötzlich über uns hereinbrechene GATT-Diskussion war ein beredtes Beispiel dafür: Kaum jemand wußte, was GATT eigentlich bedeutet, sondern die meisten sahen darin nur eine Bedrohung.

Etwas geläufiger sind uns die Begriffe EWG, EG und EWR, obwohl im Videofilm, mit dem die Landakademie eingeleitet worden ist, einige nicht mehr gewußt haben, als daß es irgend etwas mit Europa zu tun hat.

## Ein Titel, der herausfordert und neugierig gemacht hat

„Drum prüfe, wer sich Ewig bindet“ war schon vom Thema und dem darin enthaltenen Wortspiel für die Landakademie '92 so etwas wie ein Volltreffer. Ohne eine gründliche Prüfung wird es nämlich ganz sicher nicht gehen, denn die Entscheidung, ob wir in die EG und damit in den Europäischen Binnenmarkt gehen, hängt einzig und allein vom Ausgang der Volksabstimmung ab. Wer aber abstimmen und damit auch mitbestimmen will, muß vorher wissen, worum es dabei geht.

Die „Landakademie“ ist geradezu ideal für die Aufbereitung so anspruchsvoller Themen, wie es der Europäische Binnenmarkt oder die Europäische Gemeinschaft bzw. der sich im Entstehen befindende Wirtschaftsraum sind. Dazu ist es uns bisher immer gelungen, hervorragende Fachleute und Praktiker aus dem In- und Ausland ins Josef-Krainer-Haus zu bringen, die nicht nur informiert haben, sondern mit denen auch viel diskutiert worden ist.

## Neues ausprobieren

Weg von den starren Ritualen, war bei der Landakademie immer schon unser besonderes Anliegen. Diesmal war es die „Sorgenstunde“, mit der wir die agrarpolitische Prominenz und die Teilnehmer gleichermaßen überrascht haben.

Zwei Stunden lang konnte in Arbeitskreisen jeder seinen Kummer oder was er sonst



noch am Herzen hatte, abladen, und die Abgeordneten sowie das Kammerpräsidium haben nur zuhören dürfen. Ein Moderator hat darüber gewacht, und an die Rolle des Zuhörens und daran, weder belehren noch dagegen argumentieren zu können, mußten wir uns alle erst gewöhnen.

## Nicht den bequemen Weg wählen

Wer etwas verändern und weiterbringen will, muß bereit sein, die eingefahrenen Geleise zu verlassen. Der Weg, den man immer schon gegangen ist und den man deshalb schon auswendig kennt, ist zwar der bequemere, aber er führt nie zu neuen Ufern. Wir stehen jedoch vor solchen, denn nicht nur der Osten befindet sich wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch im Umbruch, sondern auch im Westen wird in wenigen Jahren schon sehr viel, wenn nicht gar alles, ganz anders aussehen. Die Beschlüsse von Maastricht haben den Umbau der EG in eine Europäische Union eingeläutet. Eine neue EG-Agrarpolitik muß kommen und wird in der Gemeinschaft zu einem Umdenken sowie zu einer Abkehr von der industriellen Agrarproduktion führen. Damit werden sich auch in der EG jene durchzusetzen beginnen, die einen ökologischen Weg verfolgen und nicht mehr dem Wachsen und Weichen mit all den Umweltproblemen das Wort reden.

## Informationsvorsprung nutzen

Mit der Landakademie '92, die die „Ewig-Bindung“ gründlich hinterfragt hat, ist nur ein erster Schritt in Richtung gründliche Sachinformation gesetzt worden. Dieser Informationsvorsprung ist allerdings sofort wieder verspielt, wenn die Teilnehmer an dieser Akademie nicht bereit sind, sich weiterzubilden. Dieses Politicum ist als „Appetitreger“ auf mehr gedacht, und ich bin überzeugt, es wird dieser Funktion durchaus gerecht.

Dr. Alois Puntigam, Direktor des Steirischen Bauernbundes und Abgeordneter zum Nationalrat, hat sich sehr dafür eingesetzt, das EG-Thema von vielen Seiten zu beleuchten.



## JUGEND: BILDUNG FÜR MORGEN

2



Die Steiermark ist in der Fachschulbildung auf dem richtigen Weg, auch für den Umstieg in andere Berufe. So gibt es schon die Kombination mit Handelsschule und technischer Qualifikation.

# DIE ZUKUNFT STELLT UNS VOR GROSSE AUFGABEN

**W**ir haben dieser Veranstaltung hier im Josef-Krainer-Haus bereits die Bezeichnung „Zukunftswoche“ gegeben, als sie noch unter den Namen „Agrarpolitische Tage“ gelaufen ist, denn die Besonderheit dieses Seminars lag immer darin, nicht nur zu informieren, sondern auch über den Tellerrand hinauszuschauen, aktuelle Herausforderungen anzunehmen und Ideen für die Zukunft zu erarbeiten und zu diskutieren. Vor allem ist es uns bisher auch stets gelungen, besonders brennende Themen in den Mittelpunkt dieser Veranstaltung zu stellen.

- Ab 1. Jänner 1993 wird innerhalb der EG mit dem Binnenmarkt der größte geschlossene Wirtschaftsraum der Welt in Kraft treten.
- Zum gleichen Zeitpunkt soll der Europäische Wirtschaftsraum wirksam werden. Wenn die Landwirtschaft dabei grundsätzlich auch ausgeklammert bleibt, so sind in diesem Zusammenhang für uns doch Änderungen zu erwarten; das für uns vorteilhafte Rinderabkommen ist bereits in Kraft.
- Im Jahre 1989 hat Österreich seinen Antrag auf Vollmitgliedschaft bei der EG gestellt. Und wie es derzeit aussieht, ist schon bald mit konkreten Beitrittsverhandlungen zu rechnen.
- Aufgrund eines einstimmigen Parlamentsbeschlusses muß es aber vor einem Beitritt zu einer Volksabstimmung kommen.

Die österreichische Bevölkerung wird in nächster Zeit also sehr gründlich überlegen müssen, ob sie eine Gemeinschaft mit 350 Millionen Menschen betreten will.

Während es für den Großteil der Wirtschaft ziemlich klar ist, daß für sie ein solcher Beitritt überwiegend Vorteile bringt, gibt es innerhalb der Landwirtschaft berechtigte Zweifel und Ängste.

Können unsere Bauern mit ihren meist kleinen Flächen im europäischen Wettbewerb mithalten? Oder sind sie in der naturnahen Qualitätserzeugung anderen bereits voraus? Wird es zu Preiseinbrüchen und zu noch größeren Mengenbeschränkungen kommen? Oder werden doch auch die Betriebsmittel für uns spürbar billiger? – Unsere Bauern haben Fragen über Fragen. Und das ist nicht anders, wenn wir die andere Seite sehen: Was ist, wenn wir nicht beitreten? Die agrarischen Einfuhren aus der EG haben sich in den letzten zehn Jahren bereits von 10,5 auf 18,7 Milliarden Schilling erhöht, während unsere Ausfuhren in die EG aufgrund der bekannten Hemmnisse nur von 5,2 auf 8,2 Milliarden stiegen. Unsere Land- und Forstwirtschaft muß exportieren – aber wohin, wenn wir

uns in Europa isolieren? Und welche Rolle wird die Agrarwirtschaft der ehemaligen Ostländer auf dem künftigen europäischen Markt übernehmen? Fragen über Fragen... Diese Fragen richten sich aber auch an unsere gesamte Gesellschaft – das muß auch gleich klar gesagt werden! Sie wird diese Fragen freilich nur dann beachten, wenn sie eine eigene, flächendeckende und naturnah produzierende Landwirtschaft auch innerhalb der EG wünscht. Wir Bauern können diesen Wunsch niemandem aufzwingen. Aber wir können sagen, daß

wir weiterhin bereit sind, unsere Leistungen zu erbringen. Diese bestehen nicht nur darin, daß wir für den Markt hochwertige Lebensmittel erzeugen, sondern daß wir auch dafür sorgen, daß unsere Landschaft in ihrer Vielfalt und Schönheit erhalten bleibt.

Für alles das dürfen wir Leistungszahlen erwarten, die möglichst vielen Bauern jenes Einkommen sichern, das sie brauchen – vor, nach oder ohne EG-Beitritt. Ganz Österreich hat zu prüfen, bevor es sich Ewig bindet.



Landesrat Erich Pöltl weiß, daß der Konsument „Das Beste frisch vom Bauernhof“ ganz besonders schätzt.

# ÖSTERREICH IM EUROPA DER VERÄNDERUNG



Markus Hofreither ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik und Agrarpolitik an der Universität für Bodenkultur in Wien (BOKU). Er ist der Sohn von Nebenerwerbslandwirten in Haag, Niederösterreich, und kennt die Problematik von der Pieve auf.

## HISTORISCHE WURZELN DES EUROPAGEDANKENS

**H**äufig ist es *Dante Alighieri*, der mit seinen im Jahr 1313 veröffentlichten Überlegungen zum Leitbild einer übernationalen Ordnung zur bestmöglichen Gestaltung der menschlichen Lebensordnung als einer der Stammväter des europäischen Einigungsgedankens gesehen wird<sup>1</sup>. Andere wiederum werten eine Denkschrift von *Pierre Dubois* aus dem Jahr 1306, die sich mit der Wiedergewinnung des Heiligen Landes auseinandersetzt, als ersten „Europaplan“, weil hier der dahinterstehende Leitgedanke eindeutig die Schaffung einer „europäischen Identität“ war.

Mehr als 300 Jahre später – im Jahr 1638 – legte der Herzog von *Sully* einen Plan zur politischen Organisation Europas vor, der eine radikale Umgestaltung der Grenzverläufe zur Stabilisierung der Machtverteilung vorsah. Im 18. Jahrhundert schließlich löste Abbé *Castel de Saint-Pierre*'s „Traktat vom Ewigen Frieden“ eine langandauernde Diskussion über die möglichen Formen der Neugestaltung Europas aus. Durch dieses Traktat beeinflußt, schlug *Voltaire* eine Europäische Beratenden Versammlung vor. *Jean Jacques Rousseau* war sich bereits damals bewußt, daß ohne eine geeignete „Infrastruktur“ der Erfolg supranationaler Institutionen sehr unsicher sei. Basierend auf diesen Ideen tritt am Ende des 18. Jahrhunderts auch *Immanuel Kant* in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“

(1795) für einen „Föderalismus freier Staaten“ ein, der die Autonomie der Einzelstaaten weitgehend intakt läßt.

Im 19. Jahrhundert zeigte sich eine deutliche Intensivierung dieser Diskussion. Hinzu kamen kontroverse Einflüsse aus den entstehenden modernen politischen Strömungen, wie Liberalismus und Konservativismus, Demokratie und Sozialismus. Ein wichtiges gemeinsames Merkmal vieler dieser Diskussionsbeiträge bildet die implizite Unterstellung, eine europäische Staatengemeinschaft sei ein sinnhafter Weg zur Lösung drängender politischer als auch ökonomischer Probleme. Immer wieder finden sich in diesen Texten bereits auch Hinweise, daß eine derartige Union durch eine Förderung des Handels zur Steigerung des allgemeinen Wohlstandes beitragen könne.

## POLITISCHE VERÄNDERUNGEN NACH DEM H. WELTKRIEG

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das globale Weltbild durch die „Bipolarität“ zwischen Ost und West, zwischen USA und UdSSR, bestimmt. Europa spielte infolge der Schwächung aus den Kriegsergebnissen nur eine untergeordnete Rolle, es wurde durch die deutlich sichtbaren Machtlinien der Supermächte mitten durchgeschnitten<sup>2</sup>. Der alte Europagedanke war zu dieser Zeit eine unrealistische Wunschvorstellung. Die Realität ließ es naheliegender erscheinen, die – mehr oder weniger freiwillige – Bindung an die jeweils näherste-

hende Macht dieser bipolaren Welteinteilung zu akzeptieren. „Europapolitik“ wurde daher sowohl in der westlichen als auch der östlichen Hälfte des Kontinents als der jeweiligen Blockpolitik untergeordnet betrachtet. Eine bemerkenswerte Ausnahme von dieser Regel begründete der von Österreich initiierte Staatsvertrag aus dem Jahr 1955, der quasi eine „Zwitterposition“ unseres Landes zwischen den militärischen Machtkräften NATO bzw. Warschauer Pakt entstehen ließ.

Aber auch die Gründung der ersten der „Europäischen Gemeinschaften“ – der EGKS<sup>3</sup> hat ihre Wurzeln nicht allein in wirtschaftlichen Überlegungen. Der eigentliche Grund war der Versuch, den ein Jahrhundert währenden Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich für immer auszuräumen. Dieses Ziel wurde zweifellos erreicht, ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ist aus heutiger Sicht völlig auszuschließen.

Die bedeutendste Veränderung der politischen Landschaft Europas seit der Gründung der Sechser-Gemeinschaft sind jedoch die Demokratiebestrebungen in fast allen ehemaligen Ostblockstaaten, die den Zerfall des Warschauer Paktes und damit das Ende des Blockdenkens zwischen Ost und West bewirkten. Wenn sich diese Entwicklung in der geplanten Weise fortsetzt, wird sich das politische Selbstverständnis auf einer globalen Ebene radikal verändern: Politische, ökonomische und kulturelle Partnerschaften zwischen bisher formell „verfeindeten“ Staaten in Ost und West werden nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel bilden.

Die Selbstbestimmungswünsche von bisher unterdrückten ethnischen Gruppen werden künftig – nach einer ersten Phase möglicher Überreaktionen – wieder in dem Maße erfüllt werden können, indem daraus wirtschaftlich lebensfähige Staaten (gebildet) entstehen. Heute stehen wir daher an einem Punkt, wo die bereits im Mittelalter genannte ökonomische Zielsetzung – in der konkreten Form eines Europäischen Binnenmarktes – den realistischsten Konsolidationspunkt für die erstmalige Realisierung dieses alten Europagedankens ohne Trennung in Ost und West darstellt.

1 Vgl. H. Schneider (1976), „Leitbilder der Europapolitik“, Europa Union Verlag, S. 48 ff.

2 Diese Trennlinie war für unser Land in Form der Grenzen zwischen den einzelnen Besatzungsmächten besonders spürbar.

3 EGKS steht für die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, die am 18. April 1951 in Paris in Form eines auf 50 Jahre befristeten Abkommens begründet wurde.

4 Auch die übrigen EFTA-Staaten unterzeichnen ähnliche Abkommen.

5 Von allen österreichischen Exporten gehen 86,6 % in den EG-Raum, auf der Importseite sind es immerhin noch 65,2 %.

## **ÖSTERREICH'S ANNÄHERUNGSSCHRITTE AN DIE EG**

Der Abschluß der „Römer Verträge“ am 25. März 1957 hatte die Gründung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ zwischen den Ländern Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden zum Inhalt. Vier Jahre danach (15. Dezember 1961) bereits stellt Österreich einen ersten Antrag auf Assoziierungsverhandlungen mit der EWG. Daraufhin beauftragt der EWG-Ministerrat die Kommission mit der Erstellung einer Studie über die Möglichkeiten und Probleme eines Beitratts Österreichs. Am 2. März 1965 erteilt der EWG-Ministerrat der Kommission das Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit Österreich. Allerdings werden diese Aktivitäten im Jahr 1967 durch ein Veto Italiens wieder eingestellt.

Nach der Zurückziehung dieses Vetos im Dezember 1969 wird die EG-Kommission wiederum mit den Verhandlungen bezüglich eines Interimsabkommens mit Österreich betraut. Am 22. Juli 1972 kommt es dann zum Abschluß des Freihandelszonen-Abkommens für industriell-gewerbliche Waren zwischen EWG, EGKS und Österreich<sup>4</sup>. Dieses Abkommen tritt am 1. Oktober 1972 in Kraft und bringt eine Zollsenkung auf 70% gegenüber den Sätzen am 1. Jänner 1972.

Am 1. Jänner 1973 tritt das Globalabkommen zwischen Österreich und der EG in Kraft, welches eine schrittweise Beseitigung von Zöllen und sonstigen Handelshemmnissen bis Juli 1977 vorsieht.

Am 1. Februar 1973 treten spezielle Agrarvereinbarungen zwischen der EG und Österreich in Kraft, die allgemein als „Agrarbriefwechsel“ bekannt sind und in späteren Jahren mehrmals erweitert werden. Agrarerzeugnisse sind damit von den Zollsenkungsbestimmungen des Globalabkommens ausgenommen. Für höher verarbeitete Agrarprodukte wird eine Sonderregelung in Form eines Rohstoffpreisausgleichs geschaffen.

In den folgenden eineinhalb Jahrzehnten ergeben sich lediglich kleinere Annäherungsschritte zwischen Österreich und der EG, vornehmlich über EG-EFTA Vereinbarungen. Den nächsten bedeutsamen Schritt stellt dann erst das Beitrittsanuchen Österreichs vom Juli 1989 dar, welches zwei Jahre später mit dem ‘Avis’ beantwortet wurde.

## **ÖSTERREICH'S WIRTSCHAFT UND DIE EG**

Um einen Eindruck von den Größenordnungen der beiden Wirtschaftsbereiche zu erhalten, kurz einige Strukturdaten: Von den Bevölkerungszahlen her ist die EG mit etwa 340 Mill. Einwohnern etwa 44 mal so groß wie Österreich. Die Wertschöpfung der österreichischen Wirtschaft betrug im Jahr 1990 etwa 1.800 Mrd. ÖS und damit 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts der Zölfergemeinschaft. Die Wertschöpfung pro Kopf liegt in Österreich mit 16.300 ECU

um 13 % höher als jene in der EG (14.400 ECU). Die Arbeitslosenquote in Österreich ist mit ca. 5 % immer noch deutlich unter dem EG-Wert. Hinsichtlich des österreichischen Außenhandels kommt der EG sowohl auf der Export- als auch der Importseite der mit Abstand bedeutendste Stellenwert zu<sup>5</sup>. Innerhalb der EG-Länder liegt Deutschland mit 44 % Export- bzw. 37,4 % Importanteil klar an der Spitze. Im Bereich der Nicht-EG-Länder ist für uns mittlerweile Japan (4,5 %) der wichtigste Exportpartner geworden, auf der Importseite ist dies die Schweiz (6,9 %).

Nachdem die EG als Hauptziel einen möglichst freien Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital anstrebt, gilt grundsätzlich, daß die am wenigsten regulierten Bereiche der österreichischen Wirtschaft die geringsten bzw. keinerlei Anpassungserfordernisse zu erwarten haben. Allerdings zählt Österreich immer noch zu den am stärksten regulierten Ländern innerhalb der OECD, trotzdem hier in den

6 Ökonomisch betrachtet entspricht eine derartige Bevorzugung eines bestimmten Sektors einer Besteuerung der übrigen Bereiche. Sofern es durch eine suboptimale Allokation der Ressourcen zu Preisverzerrungen kommt, können exponierte Bereiche im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden.

7 Eigentlich sollte die Kenntnis der Preiselastizität bezüglich der eigenen Nachfrage nicht zu den großen Unbekannten für Unternehmensstrategien gehören. Ein sehr demonstriertes Beispiel für eine offensichtliche Ausnahme bildet die Jubiläumsausgabe einer Tageszeitung vom 8. August 1991; Telefon, Gebührensenkung und trotzdem Einnahmenrekord<sup>6</sup>.

8 Darunter versteht man die Möglichkeit, durch größere Produktionsmengen über Betriebsgrößenerweiterungen oder interne Effizienzsteigerung die Stückkosten zu senken.

9 BREUSS, F., SCHEBECK, F. (1991) EG-Binnenmarkt und Österreich, Sensitivitätsanalyse in dem WIFO-Makromodell, Schriftenreihe der Bundeskammer der Gewerbeblätter Wirtschaft, Wien.

10 Dabei ist zusätzlich offen, inwieweit diese Struktur schwächen einerseits als Ursache bzw. andererseits jedoch als Folge dieser Abschottung von den EG-Märkten zu quantifizieren sind.

11 Das „Consumer Subsidy Equivalent“ drückt aus, wie hoch die „Besteuerung“ inländischer Konsumen als Summe aus expliziten Steuerleistungen für die Landwirtschaft sowie implizit durch über dem Weltmarktpreis liegende Nahrungsmittelpreise liegt.

12 In den letzten 5 Jahren ist der von den Konsumenten über höhere Nahrungsmittelpreise geleistete Beitrag zur Stützung der Landwirtschaft von 28 % (Durchschnitt 1979-86) auf 45 % (1990) deutlicher angestiegen, als dies in der EG (41 %) bzw. der OECD insgesamt (36 %) der Fall war.

## **ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER EG**

**1951: EGKS – „Montanunion“ (D, F, I, B, L, NL)**

**1957: EWG, EURATOM („Römische Verträge“)**

**1967: EG (EGKS, EWG, EURATOM) – EG 6  
„Fusionsverträge“ (gemeinsame Organe bzw.  
Institutionen)**

**1973: Beitritt GB, DK, IRL (EG 9)**

**1979: Einführung des Europäischen Währungssystems  
(EWS) mit der Währungseinheit ECU**

**1981: Beitritt GR (EG 10)**

**1986: Beitritt E, P (EG 12)**

**1987: EEA (Weißbuch → EG-Binnenmarkt bis Ende 1992)**

**1989: Österreich stellt Beitrittsantrag**

**1993:  Verwirklichung des EG-Binnenmarktes**

**EWR (Zusammenschluß über 12 EG-Länder  
mit den 7 EFTA-Staaten)**

letzten Jahren bereits eine gewisse Trendumkehr erkennbar wurde.

Für viele Bereiche der österreichischen Wirtschaft bedeutet das jedoch, Abschied von bisher lieb gewordenen Gewohnheiten nehmen zu müssen. So werden die Staatsmonopole (Alkohol, Salz, Tabak) sowie analoge Konstruktionen im Außenhandelsbereich verschwinden, viele der oft sehr restriktiven Zugangsbeschränkungen im gewerblichen Bereich sind abzuändern, die in der Vergangenheit oft auf einer „ad hoc“ Basis vergebenen staatlichen Finanzhilfen für bestimmte Sektoren werden strikteren und transparenteren Regeln unterliegen und nicht zuletzt wird es – etwa im Banken- und Versicherungsbereich – zu einem deutlich schärferen Wettbewerb kommen.

Von einem gesamtwirtschaftlichen Blickpunkt betrachtet sind derartige Änderungen jedoch positiv zu sehen: Wettbewerbsbeschränkungen verursachen in der Regel Wohlfahrtsverluste. Geschützte Sektoren produzieren zumeist ineffizienter, die Kosten werden von den „outsidern“ – also den Konsumenten über höhere Preise bzw. den Arbeitskräften durch verminderde Beschäftigungschancen – getragen. Aber auch der internationale Konkurrenz ausgesetzte Sektoren können dadurch benachteiligt werden<sup>6</sup>. Daß Regulierung sogar bei den potentiellen Nutznießern selbst zu verminderten Unternehmensgewinnen führt ist zwar nicht die Regel, soll jedoch in Ausnahmefällen vorkommen<sup>7</sup>. Generell kann damit gerechnet werden, daß ein EG-Beitritt Österreichs die bereits begonnenen Strukturreformen absichern dürfte. Diese Ansicht findet sich auch im Avis.

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer positiven bzw. negativen Beitrittsentscheidung lassen sich mit Hilfe von geeigneten Simulationsmodellen abschätzen. Das größte Unsicherheitsmoment im Beitrittsfall liegt darin, wie stark bei den österreichischen Betrieben Skalenerträge<sup>8</sup> zum Tragen kommen. Neuere Simulationen des Wirtschaftsforschungsinstituts<sup>9</sup> zeigen auf, daß die Wachstumseffekte im günstigsten Fall bis zu 5,5 %-Punkten BIP-Wachstum innerhalb von 6 Jahren ausmachen könnten. Im Nichtbeitrittsfall dagegen werden die zu erwartenden Folgen in erster Linie vom Ausmaß der „Diskriminierung“ von Österreich als Drittland bestimmt. Je nach Annahme liegen die Wachstumseffekte in bezug auf das BIP zwischen + 1,8 % im günstigsten bzw. sogar - 0,5 % im ungünstigsten Fall, wieder nach einer mit 6 Jahren unterstellten Anpassungsperiode.

## SEKTORALE ASPEKTE: LAND- UND FORST- WIRTSCHAFT UND EG

Die in Österreich landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt etwa 3,55 Mill. ha, was ungefähr 3 % der agrarischen Nutzflächen der EG ausmacht. Berechnet man für die österreichischen Produktionsmengen den hypothetischen Marktanteil in der EG, dann liegen dabei die Höchstwerte bei 3,2 % für Getreide und 2,7 % für Zucker. Alle



Originelle Einladung zum Grazer „Stadt-Land-Fest“ auf dem Grazer Freiheitsplatz: Ein Apfel gefällig?

anderen Produkte liegen im Bereich von 2% oder sogar darunter. Auch bei Agrarprodukten ist die Gemeinschaft mit ca. 50 % der mit Abstand wichtigste Außenhandelspartner Österreichs.

In Avis wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft „keine unlösbar Probleme“ bereite würde. In der Tat weist die österreichische Land- und Forstwirtschaft eine Vielzahl von Berührungspunkten mit der EG auf, weil man sich bereits in den 60er Jahren entschloß, die österreichische Agrarpolitik sowohl wie möglich mit jener der EG abzustimmen. Ein Blick in die zuletzt veröffentlichten Zahlen der OECD (OECD 1991) bestätigt, daß das Produzentenstützungsniveau (PSE) in Österreich über die letzten Jahre hinweg in etwa jenem der EG entsprochen hat. Dennoch sind einige Problemberichte nicht zu übersehen. Erstens zeigt ein Blick auf die Außenhandelsdaten im Agrarbereich, daß seit dem Jahr 1972 die Importe aus der EG (+ 229 %) um ein Vielfaches der Exporte dorthin (+ 115 %) zugewachsen haben. Dafür zeichnet allerdings nicht allein der Drittland-Status Österreichs verantwortlich, vielmehr dürften auch die bekannten Strukturschwächen der österreichischen Landwirtschaft zu dieser Entwicklung massiv beigetragen haben<sup>10</sup>. Faktum bleibt, daß die Nichtteilnahme an der europäischen Integration der österreichischen Landwirtschaft den Zugang zu traditionellen Märkten erschwerte und ihr damit Marktanteilsverluste brachte.

Ein zweites Problem liegt im Bereich des agrarpolitischen Instrumentariums: Stellt man den oben erwähnten PSE-Zahlen die korrespondierenden CSE-Werte<sup>11</sup> gegenüber, dann liegen letztere im Falle Österreichs praktisch durchgehend über jenen der EG als auch der OECD<sup>12</sup>. Das ist ein erster Hinweis darauf, daß bei uns preispolitische Instrumente (noch) stärker Verwendung finden als in der Gemeinschaft.

Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Zeitreihen für administrierte Agrarpreise, daß sich in den letzten Jahren der Preisabstand zur EG bei wichtigen Produkten vergrößert hat. Folglich werden deutliche Preissenkungen bei wichtigen Produkten auch den markantesten Anpassungsschritt im Beitreitsfall darstellen.

Dennoch dürften diese Preissenkungen nicht bereits mit proportionalen Einkommensrückgängen gleichgesetzt werden. Dafür sprechen mehrere Gründe:

- (I) Den Preisrückgängen bei Endprodukten stehen mit Sicherheit auch sinkende Preise bei Vorleistungen und Anlagen gegenübert.
- (II) Nicht alle Produktpreise sinken gleichmäßig, was den Landwirten Substitutionsmöglichkeiten und damit eine diskretionäre Abschwächung des gesamten Deckungsbeitragsrückgangs erlaubt.
- (III) Die Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt wird auch die in den letzten Jahren gravierend beeinträchtigten Absatzchancen für Agrarprodukte erstmals wieder spürbar verbessern<sup>13</sup>.
- (IV) Gleichzeitig kann es unter bestimmten Voraussetzungen auch ökonomisch rational sein, angesichts der geänderten Preisstrukturen den Produktionsvorgang selbst grundlegend zu überdenken und eventuell umzugestalten („low input“-Strategien, Schließung offener Kreisläufe, ...).
- (V) Im Falle von Betrieben mit besonderen Benachteiligungen bzw. ökologisch positiv zu urteilenden Produktionsformen stehen auch in der EG - besonders für kleinere Betriebe - eine ganze Reihe von Förderungsmaßnahmen zur Verfügung.

In Summe dürften diese Möglichkeiten für die meisten Produzenten ausreichen aus eigener Kraft eine deutliche Abschwächung des preisbedingten Einkommensdrucks herbeizuführen.

## UMFASENDE VERÄNDERUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN

Die mit Vehemenz und teilweise auch Inkompétenz geführte Diskussion um die Sinnhaftigkeit<sup>13</sup> eines EG-Betriftes Österreichs geht jedoch häufig am eigentlichen Kern des Problems vorbei, als der Stellenwert dieser EG-Frage für die weitere Entwicklung gerade der österreichischen Landwirtschaft vielfach bei weitem überschätzt wird. Faktum ist, daß unabhängig von einem EG-Betrift - und zeitlich sogar deutlich früher - mit gravierenderen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu rechnen ist.

### (I) GATT-Verhandlungen

In den 80er Jahren fühlten sich die traditionellen Exportländer in zunehmendem Maße durch die aggressive Exportpolitik der EG, die ihre Ursachen in den steigenden Produktionsüberschüssen hatte, gestört. Die 8. GATT-Runde wurde 1986 u. a. ins Leben gerufen, um die immer zahlreicher werdenden Handelskonflikte bei agrarischen Produkten einer Lösung zuzuführen. Gerade in diesen Verhandlungen zeigte sich für Österreich der Vorteil eines starken „Bündnispartners“ in Form der EG. Viele unserer Forderungen in Richtung einer Absicherung einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft wären ohne das gleichgerichtete Interesse des gewichtigen Verhandlungsteilnehmers EG von vornherein als aussichtslos einzustufen gewesen.

Sollten die derzeit in einem entscheidenden Stadium befindlichen Verhandlungen der Uruguay-Runde zu dem im Jänner von A. Dunkel vorgeschlagenen Ergebnis<sup>14</sup> führen, dann würde das völlig unabhängig von einer EG-Mitgliedschaft spürbare Veränderungen in der agrarpolitischen Konzeption Österreichs bedingen. Das derzeit bestehende Übergewicht preispolitischer Maßnahmen müßte zugunsten von Direktzahlungen für umwelt-, regional- und sozialpolitisch motivierte Leistungen zurückgehen.

### (2) Entwicklungen in Osteuropa

Auch wenn die derzeitige Situation in vielen der ehemaligen Ostblockstaaten die Hypothese bestätigt, daß zwar der Wechsel seines politischen Systems oft über Nacht möglich ist, der Übergang von einem wirtschaftlichen System zu einem anderen jedoch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauert, so scheint diese Entwicklung dennoch langfristig vorgezeichnet. Die Dauer dieser Umstellungsprozesse, aber auch ihr endgültiger Erfolg dürfen nicht zuletzt vom Ausmaß der westlichen Hilfestellungen abhängen. Diese Hilfe ist insoweit nicht völlig selbstlos, als viele dieser Länder hohe Auslandsschulden im Westen haben, die zurückgezahlt werden sollten.

Für viele östliche Länder kommt dem Agrarbereich eine Schlüsselrolle zu. Zum einen ist die Agrarquote in diesen Ländern immer noch doppelt so hoch wie im Westen, zum anderen sind die natürlichen Produktionsvoraussetzungen vielfach ganz ausgezeichnet<sup>15</sup>. Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Organisationsformen wird bewirken, daß der Einsatz von Arbeit und Kapital deutlich effizienter gestaltet sein wird, als dies bisher der Fall war. Steigende Produktionsmengen bei reduzierten Lager- und Transportverlusten werden rasch dazu beitragen, die Inlandsversorgung sicherzustellen. Mittelfristig werden viele dieser Länder zu Nettoexporteuren agrarischer Produkte werden. Die Entwicklungen in Ungarn oder den neuen deutschen Bundesländern vermitteln einen ersten Vorgeschmack, wie eng es auf unseren bisherigen Absatzmärkten - speziell für Pflanzenbauprodukte - werden könnte. Die Bedrohung für unsere Märkte wird in diesem Fall durch Nichtbeitritt zur EG nicht gemindert, sondern vermutlich sogar noch erhöht: Während bilaterale Verhandlungen von EFTA-Ländern mit Ungarn, Polen sowie der CSFR eher zaghaft voranschreiten, sind entsprechende Assoziierungsabkommen zwischen der EG und diesen Ländern bereits fixiert. Längerfristig ist somit nicht auszuschließen, daß diese Länder zu EG-Mitgliedern werden. Für viele ehemalige Ostblockstaaten dürfte eine Teilnahme am EB eine enorme Beschleunigung ihrer ökonomischen Entwicklung bedeuten. Für Österreich als Dritt-

land resultiert daraus aber unter Umständen, daß bisherige Absatzmärkte unwiederbringlich verlorengehen.

### (3) Realisierung des Europäischen Binnenmarktes

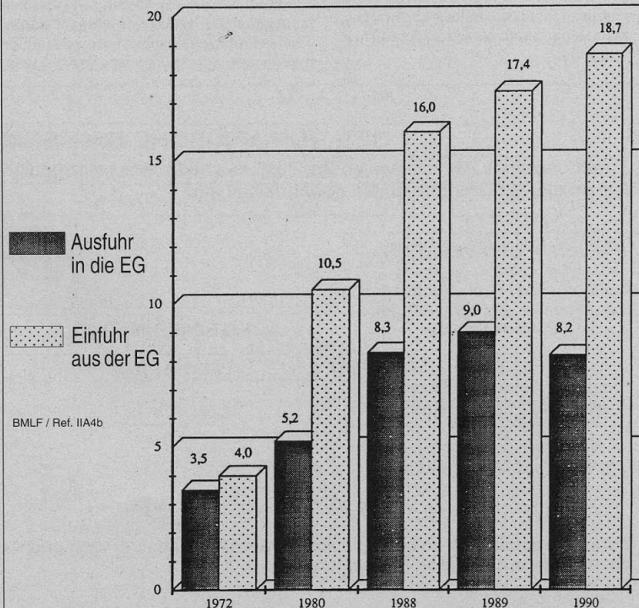
Als dritte Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Realisierung des Europäischen Binnenmarktes selbst zu bezeichnen. Auch wenn dieser Prozeß für den Agrarbereich der EG weniger bedeutsam ist, weil dieser bereits seit 30 Jahren als „Gemeinsamer Markt“ organisiert ist, so bedeutet er für alle anderen Wirtschaftssektoren spürbare Veränderungen. Das Prinzip der „Gemeinschaftspräferenz“, also die bevorzugte Behandlung von EG-Mitgliedern gegenüber Drittstaaten stellt für Österreich das zentrale Problem dar. Über gesamtwirtschaftliche Größen - z. B. Budgetentwicklung, Inflationsrate oder Arbeitsmarktsituation - ergeben sich indirekt auch für unsere Landwirtschaft dann negative Auswirkungen, wenn diese Gemeinschaftspräferenz der EG zu einer deutlichen Diskriminierung von Drittländern führt.

13 Damit aus diesen Absatzchancen auch tatsächliche Transaktionen resultieren, ist jedoch eine deutliche Verbesserung der Wettbewerbskraft in Verarbeitung und Vermarktung unabdingbar.

14 Das Dunkel-Papier sieht eine Reduktion der internen Stützungen um 20 %, der Exportstützungen um 36 % sowie Zollsenkungen um ebenfalls 36 % bis zum Jahr 1999 vor.

15 Man bedenke, daß Russland in den Zeiten der Monarchie einer der größten Getreideexporteure der Welt war.

### AGRARHANDEL ÖSTERREICHS MIT DER EG (in Mrd. Schilling)



## (4) Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EG

Gleichzeitig mit dem Entstehen neuer „gemeinsamer Märkte“ in der EG steht die Politik für den einzigen bisherigen gemeinsamen Markt, die „Gemeinsame Agrarpolitik“, vor ihrer vermutlich grundlegendsten Reform seit den 50er Jahren. Die Vorschläge von Ray MacSherry zielen auf eine deutliche Senkung der Produktionsmenge bei den Gütern mit Überschüßproblemen. Das Mittel dazu besteht in einer Entkopplung von Produktionsleistung und Einkommenserzielung. Konkret sollen dabei die zum Teil drastischen Preissenkungen für einen Großteil der EG-Landwirte durch Flächen- bzw. Stück-Prämien ausgleichen werden. Gleichzeitig sieht dieser Vorschlag begleitende Maßnahmen in Form finanzieller Anreize für eine verstärkte Aufforstung, für umweltgerechtes Verhalten und den Übergang in den Vorruhestand vor.

Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Österreich möglicherweise ein EG-Mitglied sein wird, werden die Entscheidungen bezüglich der künftigen Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik bereits getroffen und auch implementiert sein. Aus heutiger Sicht bedeutet das aber, daß eine Abschätzung der konkreten Folgen eines EG-Beitritts Österreichs im Agrarbereich solange mit einem entscheidenden Unsicherheitsfaktor behaftet ist, als die künftige EG-Agrarpolitik nicht definitiv feststeht.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

(a) Die potentielle Entwicklung in Europa mit einem europäischen Binnenmarkt als Bindeglied für einen Großteil der ost- und westeuropäischen Länder kommt dem eingangs erwähnten und bereits mehr als ein halbes Jahrtausend alten Ideal eines Vereinigten Europa sehr nahe.

(b) Diese Entwicklung wird weitgehend unbeeinflußt von der österreichischen Entscheidung bezüglich einer Mitgliedschaft ablaufen, wogegen die Entwicklung Österreichs selbst natürlich stärker von diesem Umstand beeinflußt sein wird. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, daß die Gesamtwirtschaft von einem EG-Beitritt netto betrachtet profitiert, obwohl einzelne Sektoren - unter anderem der Agrasektor - spürbaren Anpassungserfordernissen unterworfen sein werden.

(c) Viele dieser Anpassungserfordernisse werden jedoch auch ohne einen positiven EG-Entscheid Österreichs zum Tragen kommen, weil zum einen durch den allgemeinen Produktivitätsanstieg des Agrarsektors, speziell jedoch durch die erwarteten Entwicklungen in den ehemaligen Ostblockländern, mit einer deutlichen Verschärfung des Wettbewerbs auf Exportmärkten zu rechnen ist. Gleichzeitig ist im Zuge der laufenden GATT-Verhandlungen mit einer tendenziellen Aufweichung des derzeit sehr hohen Schutzniveaus für die einheimische Produktion zu rechnen.

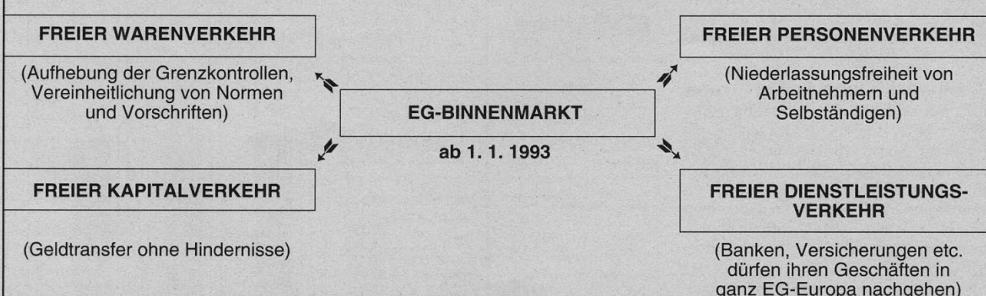
(d) Der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird in nicht unerheblichem Maße dadurch bestimmt, welche Produkte wir im Inland daraus zu welchen Kosten erzeugen. Unter sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen hängt die Erhaltung einer funktionsfähigen Land- und Forstwirtschaft in besonderem Maße – und zwar unabhängig von einem EG-Beitritt – davon ab, mit welchem Erfolg die teilweise bereits begonnenen Veränderungen in Richtung einer stärkeren Marktorientierung, Rationalisierung von Erzeugungsvorgängen und Strukturbereinigungen in den vor- und nachgelagerten Bereichen vor sich gehen.

(e) Die wichtige Absicherung überbetrieblicher Leistungen ist unter den produktionstechnischen Bedingungen der modernen Landwirtschaft über den Produktpreis nicht zielführend, ja in vielen Fällen sogar kontraproduktiv. Die derzeit in der EG diskutierten agrarpolitischen Vorschläge sind zwar sicherlich nicht ohne gewisse Detailkorrekturen auf unser Land übertragbar, zielen jedoch unzweifelhaft in eine Richtung, die auch Österreich unabhängig von einem EG-Beitritt zu verfolgen haben wird.

Dieser Beitrag versuchte aufzuzeigen, daß sich in dieser letzten Dekade vor der Jahrtausendwende das Umfeld der österreichischen Landwirtschaft grundlegend verändert wird. Die von manchen genährte Hoffnung, durch Verhinderung eines EG-Beitritts würde alles so wie bisher bleiben, ist damit der zentrale Irrtum unserer bisherigen EG-Diskussion. Die Zukunft unserer Landwirtschaft wird von deutlich erhöhten Anpassungswängen geprägt sein. In einer umfassenden Perspektive ist die EG-Frage nur ein Mosaikstein welcher in erster Linie die Höhe der Exporthürden gegenüber der EG und damit die langfristigen Absatzchancen für österreichische Agrarprodukte beeinflussen wird. Unter Berücksichtigung der in diesem Beitrag skizzierten Entwicklung ist die Ausgrenzung aus dem Binnenmarkt als Mittel zur Absicherung der Landwirtschaft im Sinne einer Konserverung der derzeitigen Situation unauglich. Die wichtigen Aufgaben der österreichischen Landwirtschaft für die Allgemeinheit werden auch in Zukunft nachgefragt werden. Sie werden jedoch nur dann erfüllt werden können, wenn wir nicht versuchen, die heranstehenden Herausforderungen zu ignorieren oder wegzudiskutieren, sondern diese aktiv anzunehmen und flexibel und unvoreingenommen darauf reagieren.

## DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT

Errichtung eines „Gemeinsamen Marktes“, das heißt, eines einzigen großen Marktes ohne Binnengrenzen, in dem die vier Grundfreiheiten gewährleistet sind:



Personen sollen sich so bewegen bzw. Waren, Dienstleistungen und Kapital so bewegt werden können wie derzeit innerhalb eines Nationalstaates.

Quelle: Beraterbrief des BMFL, 13. 11. 1991

# INSTITUTIONEN DER EG

In Brüssel, Straßburg und Luxemburg sitzt der riesige Apparat der Europäischen Gemeinschaft, der die europäische Politik im Namen der Mitgliedsstaaten verwaltet, vertritt und – minuter auch gegen deren Willen – vorwärts bringt.

## Der Europäische Rat

Der Europäische Rat ist das jüngste Kind der Gemeinschaft. Er besteht aus den Staats- und Regierungschefs der EG-Länder, der Präsident der EG-Kommission gehört mit zur Runde. Gemeinsam erlassen die Chefs der Mitgliedsstaaten bei ihren Treffen zwei Mal pro Jahr die allgemeinen politischen Leitlinien für das europäische Einigungswerk.

## Die Kommission

Die Kommission ist ein überstaatliches Organ und vertritt die Interessen der Gemeinschaft. Dementsprechend sollen ihre 17 Mitglieder unabhängig von ihrer Nationalität handeln, also nicht als Deutsche oder Engländer, sondern – eben als Europäer. Alle vier Jahre werden sie von den Regierungen ernannt, sind aber dennoch nicht an nationale Weisungen gebunden. Die Kommission steht einer großen Behörde mit etwa 11.000 Beamten vor und soll nach dem Willen der EG-Gründer der Hauptmotor der europäischen Einigung sein. Die Kommission hat ihren Sitz in Brüssel. Für folgende Aufgaben ist die Kommission verantwortlich:

- Sie arbeitet Vorschläge zur Verwirklichung der Einigung aus und nimmt am Entscheidungsprozeß aktiv teil.
- Sie führt Entscheidungen aus und beaufsichtigt die Routinegeschäfte der EG.
- Sie wacht darüber, daß die Bestimmungen korrekt eingehalten werden und geht Rechtsbrüchen nach.
- So gesehen war und ist die Kommission manchmal durchaus unbequem für die nationalen Regierungen.

## Der Ministerrat

Der Ministerrat, zuweilen einfach Rat genannt, setzt sich aus den Vertretern der zwölf nationalen Regierungen zusammen. Je nachdem, was gerade zur Debatte steht, sind das z. B. in Landwirtschaftsfragen die Landwirtschaftsminister, bei Fragen der Sozialpolitik die Arbeitsminister usw. Der Ministerrat ist das gesetzgebende Organ der EG. Seine Beschlüsse verpflichten die Gesetzgeber der EG-Staaten, sie in nationale Recht umzusetzen. Tagungsort des Ministrates ist Brüssel.

## Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament (EP) besteht seit dem 1. Januar 1986 aus 518 Mitgliedern. 434 davon waren im Juni 1984 von den Bürgern der damals zehn Mitgliedsstaaten gewählt worden. Nach der EG-Erweiterung 1987 kamen 60 spanische und 24 portugiesische Abgeordnete hinzu. Das Europaparlament tagt in Straßburg und

Brüssel.

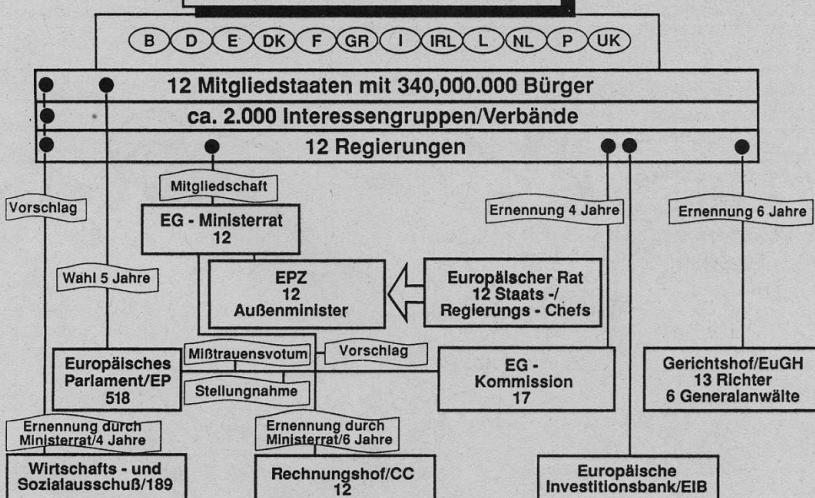
Anfangs hatte das Parlament nur eine beratende Funktion, im Laufe der Jahre hat es sich aber immer mehr Mitwirkungsrechte erstritten. So müssen seit 1975 bei Gesetzesvorhaben von größerem finanziellen Gewicht die Meinung von Rat und Parlament aufeinander abgestimmt sein. Dies gilt besonders bei Fragen, die den EG-Haushalt betreffen, den das Parlament aus schwerwiegenden Gründen ablehnen kann. Davon wurde z. B. 1980 und 1985 Gebrauch gemacht. Und wenn das Parlament einen Vorschlag des Rates oder der Kommission ablehnen will, kann es dies mit Hilfe der absoluten Mehrheit der Abgeordneten ebenfalls tun.

Seit 1985 kann der Rat nichts mehr entscheiden, ohne das Parlament gehört zu haben, auch wenn er sich die Vorstellungen des Parlaments nicht zueigen macht. Als demokratische Kontrollinstanz kann das Europäische Parlament die Kommission durch ein Mißtrauensvotum geschlossen zum Rücktritt zwingen, nicht aber den Ministerrat.

## Der Europäische Gerichtshof

Dieser besteht aus 13 Richtern, die von den Regierungen in gegenseitigem Einvernehmen auf 6 Jahren ernannt werden. Er sichert die Wahrung des Rechts bei Anwendung der Verträge und hat seinen Sitz in Luxemburg.

## INSTITUTIONEN DER EG



# SORGENSTUNDE

## mit bäuerlichen Politikern aus Nationalrat, Bundesrat, Landtag und Interessenvertretung

**D**ie „Sorgenstunde“ entstammte der Idee von Dr. Herbert Schwetz und sollte allen Besuchern der Landakademie die Möglichkeit bieten, ihre Sorgen und Ängste zum EG-Beitritt Österreichs in verschiedenen Arbeitsgruppen zu äußern. Moderiert wurden diese Arbeitsgruppen von Dipl.-Ing. Heiner Herzog, Mag. Maria Leßlhuber, Ludwig Kapfer und Dr. Herbert Schwetz. Alle in diesen Gruppen anwesenden Politiker und Funktionäre waren eineinhalb Stunden lang aufgefordert, „nur“ aktiv zuzuhören, um nicht gleich das Gespräch an sich zu reißen, und am darauffolgenden Nachmittag versuchten LAbg. Ing. Sepp Kaufmann, Landesrat Erich Pörtl, Dr. Alois Puntigam und Vizepräsident Gerhard Włodkowski in einer Antwortrunde unter der Leitung von Redakteur Gernot Hollerer die brennendsten Fragen der 280 Besucher zu beantworten. Aus Platzgründen ist es leider nicht möglich, die zahlreichen Fragen zur Gänze wiederzugeben, deshalb hat die Redaktion einige Auszüge zusammengefaßt.

### Gesundheit – Lebensmittel

Vordringlich erscheint die Frage, ob es sinnvoll sei, nach EG-Richtlinien zu produzieren in Bezug auf das Lebensmittelrecht, da unsere strengereren Bestimmungen eine bessere Qualität gewährleisten, wobei andererseits auch die Befürchtung angeklungen ist, daß durch die Einhaltung der strengereren Bestimmungen die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gewährleistet sein könnte.

10

### Einkommen, Preispolitik und Förderungen

Der Themenkomplex Einkommen, Preispolitik und Förderungsmöglichkeiten für die österreichischen Bauern war der umfangreichste. Viele Bauern befürchten, daß sie vom Staat nicht das entsprechende Rüstzeug mitbekommen, um im Konkurrenzkampf bestehen zu können. Gefordert wird vor allem, daß die nötige Chancengleichheit für alle gewährleistet sein wird. So fragt sich so mancher auch, ob nicht die Verschuldung bei einem Beitritt steigen wird oder ob nicht eine Betriebsvergrößerung bessere Chancen bieten könnte. Die Politiker warnen jedoch vor unüberlegten Investitionen und Vergrößerungen, da dies wieder nur zu einer Mehr- und Überproduktion führen würde, ohne wesentliche Einkommensverbesserung.

### Wo bleibt der Bauer als Mensch?

Dieser Fragmentbereich wurde interessanterweise vor allem von den Frauen vorgebracht und war für so manchen nach all den zahlreichen ökonomisch und politisch orientierten Fragen zu wenig ausreichend behandelt worden. Große Bedeutung haben natürlich die Sorgen „Kommt eigentlich in einer großen Europäischen Gemeinschaft der Mensch zu kurz?“ oder „Wo steht der Österreicher in seiner Einstellung zum neuen Europa oder zum Europa, das nach Osten hin keine Grenzen mehr hat?“

Angesprochen wurden auch die Bereiche Existenzangst, kultureller Verlust, man gelnder Mut zur Veränderung u.v.a.

### Jugend – Ausbildung

Die Frage „Ist unsere Jugend gerüstet“ hat den gesamten Bildungsbereich angesprochen. So wollten doch einige wissen, ob die bäuerliche Jugend nicht mit einer spezifischen Mehrfachausbildung bessere Chancen hätte, sich auf einem großen Euromarkt zu behaupten.

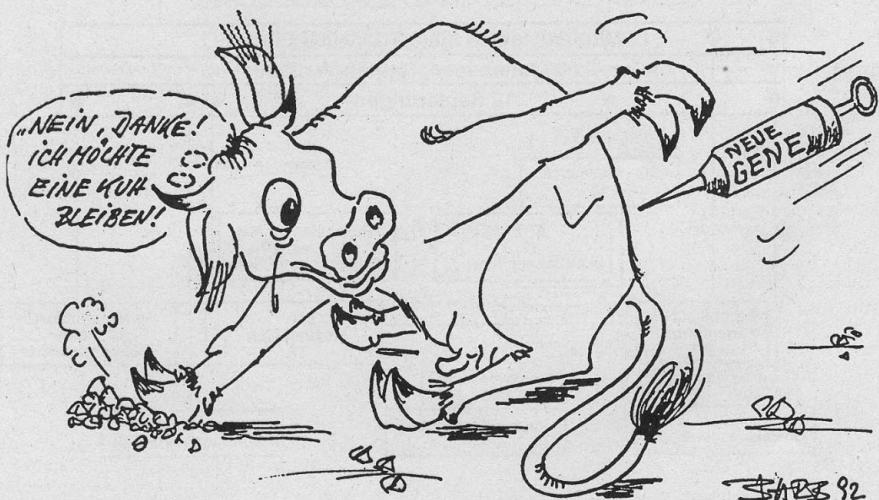
### Standesvertretung

Viele Bedenken und Anliegen wurden auch an die Standesvertreter der Bauern gerichtet und des öfteren wurden Bedenken geäußert, daß in Brüssel jene Leute verhandeln könnten, die den Bezug zur Basis verloren haben und mit deren Problemen nicht mehr so vertraut sein könnten.

### Umwelt – Ökologie

Wesentliche Bedeutung kommt auch dem Umweltbereich zu und viele Fragen wurden zu diesem Themenbereich gestellt. Mehrfach ist die Befürchtung angeklungen, daß die Gesellschaft den Bauern eher

Zuden Bildern nebenan: Bei der Diskussion ging es zeitweise lebhaft zu. Unten: *Gesunder Boden – gesunde Tiere – gesunde Nahrung.*





als Landschaftspfleger sehen möchte als als arbeitenden Bauern, der die Kulturlandschaft erhält und dafür sorgt, daß unsere Landschaft lebenswert und auch für den Fremdenverkehr annehmenswert bleibt. Auch die Sorge, daß zunehmender Tourismus auf Kosten der Umwelt gehen könnte

sowie die Angst vor dem wachsenden Transitzproblem sind angeklungen. So manch einer vertrat die Forderung nach einer CO<sub>2</sub>-Abgabe.

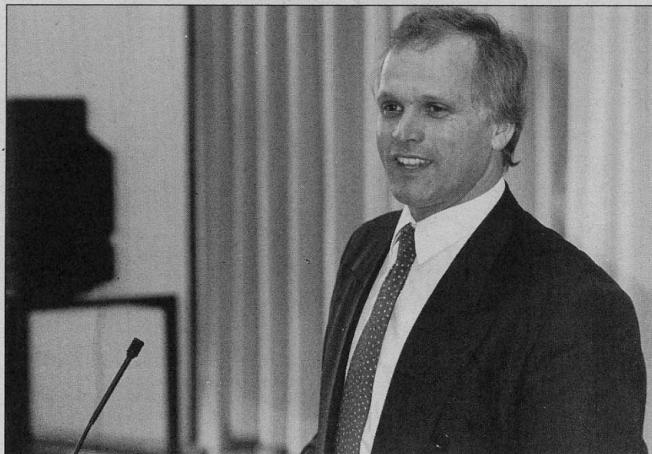
Das war nur ein kleiner Auszug aus dem umfangreichen Fragenkatalog, der von den Besuchern der Landakademie gestellt wurde. Mit dieser Sorgenstunde wurde versucht, jene Stimmung einzufangen, die in der Bauernschaft vorhanden ist, und vielleicht ist es auch gelungen, bei den Politikern und Funktionären ein offenes Ohr für

all die Sorgen der Bauern bezüglich eines EG-Beitrittes zu finden. Eines ist aber gewiß: Die Sorgenstunde hat sicher dazu beigetragen, den Kontakt zur Basis zu intensivieren.

**Zusammenfassung:**  
**Mag. Eleonore HIERZER**



# DIE DEUTSCHEN BAUERN IM BINNENMARKT



Peter Bleser, Landwirtschaftsmeister aus Rheinland-Pfalz, hat schon mit 16 Jahren einen großen Betrieb übernommen. Der CDU-Mann ist seit 1990 Mitglied des Bundestages.

12

Voraussichtlich wird 1993 der Europäische Binnenmarkt verwirklicht.

Für die Landwirtschaft ist der Gemeinsame Binnenmarkt schon seit der Gründung der EWG 1957 Realität. Einheitliche Agrarmarktordnungen, eine uniforme Preispolitik, relativ harmonisierte Rahmenrichtlinien für die Strukturpolitik – um nur einiges zu nennen – bedingen weitgehend einheitliche Wettbewerbsverhältnisse in Europa. Dennoch ist für das weitere Überleben des Agrarsektors, und damit des deutschen landwirtschaftlichen Betriebe, der Europäische Binnenmarkt 1993 lebenswichtig. Denn erst dann werden viele Harmonisierungsprobleme beseitigt.

Dazu gehören:

- eine fehlende gemeinsame Währungspolitik (Preisbeschlüsse der EG werden in ECU gefasst. In den Hartwährungsländern führen sie zu Preissenkungen, in den Weichwährungsländern zu Preissteigerungen.),
- eine unterschiedliche Umweltschutzgesetzgebung (z. B. Pflanzenschutzauflagen, Verbot von quecksilberhaltigem Beizmittel),

- unterschiedliche Tierschutzbestimmungen,
- verschiedene Besteuerungssysteme in der Landwirtschaft der EG-Länder,
- ein unterschiedliches Sozialrecht und
- ein gewisses Vollzugsdefizit in vielen EG-Ländern bei der Anwendung von EG-Verordnungen

Sie kennen die zum Teil böswillige Unterstellung der deutschen Bauern, daß die Brüsseler Verordnungen in Italien gelesen werden, in Frankreich irgendwann halbherzig und verändert umgesetzt werden, aber in Deutschland in vorauselendem Gehorsam genau und ohne Rücksicht auf die Betroffenen vollzogen werden.

Dies alles bedeutet derzeit noch Wettbewerbsverzerrung, die in der Regel zugunsten der ausländischen Konkurrenten der deutschen Landwirte ausfallen.

Der Grund: Die Bundesrepublik hat die schärfsten Tierschutz- und Umweltschutzgesetzgebungen sowie die effektivsten Kontrollen, um nur einige Beispiele zu nennen. Dennoch ist kein Gebiet so kennzeichnend für die Europäische Gemeinschaft geworden, wie die Landwirtschaft. Durch Agrarmarktordnungen kann der Gesetzgeber in die landwirtschaftlichen Märkte eingreifen. Dabei wird zwischen der Preispolitik und der Marktstrukturpolitik unterschieden.

Wichtige außenwirtschaftliche Instrumente sind Zölle, Exporterstattungen, mengenmäßige Begrenzungen des Außenhandels aber auch technische und administrative Vorschriften.

Wichtige binnengewirtschaftliche Maßnahmen sind direkte Marktinterventionen, die Einhebung von Abgaben (z. B. eine Mit-

verantwortungsabgabe bei Getreide oder Milch, z. Zt. 1,98 DM/dt) oder die mengenmäßige Begrenzung der Produktion bzw. des Verkaufs (Milchquote, Zuckerquote, Mengenregulierung beim Wein).

Die Marktstrukturpolitik setzt den Rahmen für einen funktionsfähigen Wettbewerb und eine faire Preisbildung mit Hilfe der Strukturordnungspolitik. Instrumente dieser Strukturordnungspolitik sind sowohl Maßnahmen zur Förderung der Markttransparenz als auch die Schaffung neuer Vermarktungseinrichtungen oder in überbesetzten Märkten den Abbau von Kapazitäten.

Also, es gibt Hilfen von der EG, z. B. für die Finanzierung von Erzeugergemeinschaften zur Straffung des Angebots oder den Bau von Lagereinrichtungen (25%)

## 1. Historischer Überblick und Funktionsweise des Gemeinsamen Marktes

### Die Situation nach dem 2. Weltkrieg

Durch die Zerstörung und Demontage der Industrieanlagen konnten für die deutsche Landwirtschaft kaum Produktionsmittel bereitgestellt werden. Um die Versorgungslage nicht weiter zu verschärfen und die unter dem Weltmarktniveau festgesetzten Preise bis etwa 1950 beizubehalten, wurde die Zwangsbewirtschaftung bei Agrarprodukten noch einige Jahre fortgeführt. Zusätzlich wurden die Einfuhren durch Subventionen vom höheren Weltmarktpreis auf einen niedrigeren Binnenmarktpreis gedrückt.

Um 1950 war es daher immer noch ein wichtiges Ziel der Agrarpolitik, die inländische Produktion durch Preisstützung zu fördern. Unter dieser Prämisse wurden für alle landwirtschaftlichen Produkte Marktordnungen eingeführt, die bis zum Eintritt in die EG galten.

Dies waren:

- Vorratskäufe- und Verkäufe (Interventions-) durch staatliche Stellen, Verwendungschwänge, d. h. Mindestanteile inländischer Produkte bei der Verarbeitung, so z. B. bei Weizen,
- Bindung der Lieferbeziehungen zwischen Produzenten und Abnehmern, z. B. bei Milch; die damit den Wettbewerb eingesenkt und höhere Preise für die Produkte ermöglichen,
- Subventionen, z. B. bei Roggen und Handelsdünger,
- Verbrauchssteuern zur Deckung des Finanzbedarfes des Staates, vor allem bei Tabak, Bier, Branntwein, Schaumwein und Zucker,

- Preisbindungen, d. h. Festpreise für Zucker in allen Handelsstufen, Höchstpreise für Trinkmilch aller Handelsstufen, Mindest- und Höchstgrenzen der Erzeugerpreise für Getreide.

Bei der Einfuhr von Agrarprodukten wurden Zölle, Abschöpfungen, mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen und Sperrfrieten als regulierende Maßnahmen eingesetzt.

Die geschilderten bundesdeutschen Instrumente nach dem Krieg sowohl für die Preispolitik als auch bei der Einfuhr von Agrarprodukten existieren heute im Europäischen Binnenmarkt.

### Gründung der EWG 1957

Am 24. März 1957 wurde der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet. Die Artikel 38 bis 47 heben die Landwirtschaft besonders hervor. Ziel einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ist demnach

- die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft,
- die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen,
- die Märkte zu stabilisieren,
- die Versorgung sicherzustellen und
- die Verbraucher zu angemessenen Preisen mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die zwei letztergenannten Ziele sind voll erreicht worden. Von allen anderen Zielen sind wir weiter entfernt als je zuvor.

Um diese Vorgaben des EWG-Vertrages zu erreichen, wurden für die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Erzeugnisse schrittweise Marktordnungen geschaffen. Im Mittelpunkt aller Marktordnungen steht das *Preisniveau*. Dieses Preisniveau wird durch Richtpreise gekennzeichnet, die vom Ministerrat jährlich festgelegt werden. Von diesen Richtpreisen werden eine Reihe anderer Preise wie Interventionspreise (untere Preisgrenze) und Schwellenpreise abgeleitet. Sie werden ebenfalls administrativ festgelegt und sollen dazu dienen, daß das angestrebte Richtpreisniveau erreicht wird. Auch dies geschieht alljährlich in langen Verhandlungsmaatrathons des EG-Ministerrates. Wobei die Kommission das Vorschlagsrecht hat. Dieser Vorschlag ist die Verhandlungsbasis. Nur durch ein einstimmiges Votum der Minister aller 12 Mitgliedsländer kann er generell abgelehnt werden. Sie können sich vorstellen, daß es leicht ist, einen Vorschlag so zu gestalten, daß mindestens ein Land ihn für gut befindet.

Die gemeinsamen landwirtschaftlichen Marktordnungen unterteilen sich in vier Hauptgruppen:

1. Etwa 70% der Produkte (Getreide, Reis, Zucker, Milcherzeugnisse, Rind-, Schaf- und Schweinefleisch, bestimmte Obst- und Gemüsesorten, Tafelwein) unterliegen einem System, das auf einem *Stützpreis* beruht und den Absatz der Erzeugnisse und deren Preise garantiert. Fallen die Marktpreise unter ein bestimmtes Niveau, kaufen die Interventionsstellen die ihnen angebotenen Mengen zum Interventionspreis auf. Der Markt kann aber auch durch elastischere Maßnahmen wie Lager- oder Destillationsbeihilfen gestützt werden. Zunehmend werden stark dirigistische Instrumente eingesetzt, so bei Zucker und Milch die Produktionsquoten. Bei Getreide gibt es langfristig auch keine andere Möglichkeit. Wobei hier das Problem der Kontrollmöglichkeiten entsteht.
  2. Etwa 25% der Erzeugnisse (Eier und Geflügel, Wein, Obst und Gemüse) werden lediglich gegen Niedrigpreiseinfuhren aus Drittländern geschützt.
  3. *Ergänzungsbeihilfen* gelten für 2,5% der Erzeugnisse: Es sind Hartweizen, Olivenöl, bestimmte Ölsaaten und Ölfrüchte sowie Tabak. Diese Beihilfen sind Erzeugnissen vorbehalten, die in der Gemeinschaft nicht in ausreichender Menge produziert werden. In diesem Jahr fällt erstmals auch Raps unter dieses System. Hier werden 1992 durchschnittlich anstatt eines Stützpreises 1.200 DM/ha direkt produktionsunabhängig gezahlt. Die Ergänzungsbeihilfen ermöglichen verhältnismäßig niedrige Verbraucherpreise, sichern den Landwirten aber ein bestimmtes Erlöspreisniveau.
  4. Außerdem gibt es *Pauschalbeihilfen*, die je Hektar oder je nach Produktionsmenge gewährt werden (Baumwollsaaten, Flachs, Hanf, Hopfen, Seidenraupen, Saatgut und Trockenfutter).
- Infolge der nach 1969 aufgetretenen Währungsruhen mußten sogenannte Währungsausgleichsbeträge eingeführt werden, um die Auswirkungen auf die gemeinsamen Preise in den einzelnen Mitgliedstaaten auszugleichen. Dieser positive Währungsausgleich wurde inzwischen wieder abgeschafft. Für eine Übergangszeit von 5 Jahren wurde den deutschen Landwirten eine um 5% höhere Vorsteuerpauschale belassen. Diese Regelung ist am 31. 12. 1991 ausgelaufen. Nur noch 1992 gibt es den gleichen Betrag, aber produktionsunabhängig: 236 DM/ha, maximal 24.000 DM pro Betrieb.
- Gegen Niedrigpreiseinfuhren und Schwankungen des Weltmarktes schützt sich die Gemeinschaft durch Zölle und/oder Abschöpfungen, d. h. eine bewegliche Einfuhrabgabe, die wie eine Schleuse an den Gemeinschaftsgrenzen wirkt. Das Abschöpfungssystem funktioniert folgendermaßen:
- Liegen die Preise der eingeführten Erzeugnisse unter den Gemeinschaftspreisen, so wird ein Abschöpfungsbetrag in Höhe des Unterschieds zwischen beiden Preisen erhoben. Auf diese Weise wird der freie Zugang zum Gemeinschaftsmarkt gewährleistet, ohne daß es zu Verfälschungen im innergemeinschaftlichen Wettbewerb kommt. Dies gilt natürlich auch umgekehrt. Aber es kommt heute bei keinem Produkt mehr vor, daß Weltmarktpreise über den Gemeinschaftspreisen liegen. Aus diesen Grundsätzen der Markteinheit und der Gemeinschaftspräferenz ergibt sich die gemeinsame finanzielle Solidarität. Sie kommt darin zum Ausdruck, daß sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik direkt in den Haushaltsposten der Gemeinschaft eingesetzt werden. Genauer gesagt, die Ausgaben werden vom Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) getragen, der Bestandteil des Gemeinschaftshaushaltes ist. Dieser Fonds finanziert alle öffentlichen Ausgaben, die mit der Durchführung der gemeinsamen Marktordnung verbunden sind. Dazu gehören die Ankäufe durch die Interventionsstellen, Lagerhaltungskosten, direkte Einkommensbeihilfen oder Subventionen zur erleichterung der Vermarktung, aber auch finanzielle Beihilfen, die zum Ausgleich des Unterschieds zwischen den Marktpreisen

Die EG hat vernünftigerweise die 12 Sterne des Europarates übernommen – gemeinsames Symbol für Straßburg, Luxemburg und Brüssel.



sen der Gemeinschaft und den Weltmarktpreisen gewährt wird, also sogenannte Exporterstattungen.

Wertung:

Die gemeinsame Agrarpolitik der EG führt zu einer zwiespältigen Wertung.

1. Das Ziel der *Produktivitätssteigerung* ist erreicht. Die Produktivität hat ungewöhnlich rasch zugenommen, im Jahresdurchschnitt 3 bis 4%. Diese Entwicklung hält – mit Einschränkung der quotierten Produkte Milch und Zucker – unvermindert an.

2. Die *Einkommen der Landwirte* sind in Deutschland nur bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre annähernd in dem Umfang gestiegen wie in der übrigen Wirtschaft. Während des letzten Jahrzehnts zeigte sich ein deutliches Auseinanderklaffen. Von 1974 bis 1990 stieg das durchschnittliche Einkommen der Gesamtwirtschaft um real 25%. Die landwirtschaftlichen Einkommen gingen dagegen um 13% zurück. 1990 betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen pro landwirtschaftlicher Arbeitskraft in Deutschland 24.427,- DM (Rang 9 in der Zwölfergemeinschaft), der wirtschaftliche Vergleichslohn in der gewerblichen Wirtschaft lag bei 40.914,- DM. Aber auch innerhalb der europäischen Landwirtschaft sind die

Unterschiede bei den Einkommen mindestens so groß wie zwischen der bundesdeutschen Landwirtschaft und anderen deutschen Wirtschaftszweigen. Das landwirtschaftliche Realeinkommen je Arbeitskraft betrug 1990 beispielsweise in Portugal 8.072,- DM (Rang 12), in den Niederlanden 65.786,- DM (Rang 1).

3. Ein weiteres Ziel – *die Versorgungssicherheit* – ist ebenfalls gewährleistet. Der Selbstversorgungsgrad liegt in der Bundesrepublik Deutschland bei 100%, in der EG bei 110%. Bei einer zunehmenden Zahl von Einzelprodukten übersteigt die Produktion die Nachfrage beträchtlich. Zu den Überschuerzeugnissen zählen heute Milch (115%), Getreide (111%, durch die Substituteneinfuhr 18 bis 20 Mio t jedoch wesentlich höher), Rindfleisch, Zucker, Wein, verschiedene Obst- und Gemüsearten und schließlich auch Geflügelfleisch.
4. Das Ziel, die Verbraucher zu *angemessenen Nahrungsmittelpreisen* zu beliefern, ist erreicht. Die Lebenshaltungskosten betragen im Durchschnitt nur noch 16% des Gesamteinkommens. Zum Vergleich: 8% werden inzwischen schon für Kosmetik und Hygieneartikel ausgegeben.
5. Das Ziel der *Stabilisierung der Märkte* innerhalb der Gemeinschaft konnte ebenfalls weitgehend erreicht werden.

Die Überschußsituation ist nicht ohne weiteres in den Griff zu bekommen, weil Preisstützungen auf Dauer nur funktionieren, wenn die Mengen nicht größer als der Bedarf sind. Ansonsten muß mit hohen Exporterstattungen (teilweise über 20,- DM/dt Weizen) die überschüssige Menge auf dem Weltmarkt abgesetzt oder in einer riesigen Lagerhaltung vom Markt genommen werden. Beides ist sehr kostenintensiv. 1991 waren es 58,4 Mrd. DM, die die EG für die Landwirtschaft aufwendete.

## 2. EG-Agrarreform und GATT-Verhandlungen

Die Überschußbeseitigung mit Hilfe von Exporterstattungen hat die übrige Welt auf den Plan gerufen. Im Zuge der GATT-Verhandlungen ist deshalb die europäische Landwirtschaft ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Die erheblichen Lagerbestände von ca. 18 Mill. t Getreide, ca. 750.000 t Rindfleisch, ca. 490.000 t Butter, ca. 550.000 t Magermilchpulver, steigende Haushaltsbelastungen der EG – nach Schätzung der Kommission 1991 20% mehr, 1992 nochmals 12,5% mehr – und wachsende Spannungen im Welthandel machen eine Agrarreform unabdingbar. Denn trotz steigender Haushaltsausgaben sinken die Erzeugerpreise und damit die Einkommen der Landwirte. Für das abgelaufene Wirt-



„Macht das GATT auch in der Krise satt?“  
– Diese und andere kluge Sprüche regten bei den Demonstrationen zum Denken an.

schaftsjahr 1990/91 wird der Rückgang der Gewinne in Vollerwerbsbetrieben in den alten Bundesländern auf 21% geschätzt.

### Falscher Weg der EG-Agrarreform

Ich stimme zwar mit der EG-Kommission darin überein, daß eine grundlegende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik notwendig und dringend ist, aber den von der Kommission vorgesehenen Weg halte ich für falsch. Bei Getreide sind Preissenkungen in Höhe von 42% und damit auf Weltmarktniveau vorgesehen. Eine Tonne Weizen, die heute 365,- DM/t kostet (Interventionsaufkaufpreis November 1991), käme dann nur noch auf 212,- DM/t, minus der Händlerspanne, also ca. 18,50,- DM/dt für den Landwirt. Die dadurch entstehenden Einkommensverluste sollen durch direkte Übertragungen ausgeglichen werden. Sie sollen bei Getreide 740,- DM/ha betragen. Allerdings unter der Voraussetzung, daß jährlich 15% der Ackerfläche stillgelegt werden. Bis zu einer Getreidefläche von insgesamt 38 ha soll darüber hinaus eine Entschädigung in Höhe der Hektarbeihilfe für die stillgelegte Fläche gezahlt werden.

Für Ölsaaten gilt dieses Verfahren schon in diesem Jahr. Die Marktordnungspreise werden in einem Schritt auf 38,30,- DM/dt z. B. für Raps gesetzt. Als Ausgleich wird je nach Ertragsniveau der Region, unterschiedlich hoch, ein Entgelt gezahlt werden. In meiner Region sind dies voraussichtlich 1.100,- DM bis 1.200,- DM/ha. Bei Milch soll die Garantiemenge in drei jährlichen Schritten um 4% gekürzt werden und die Richtpreissenkung für Butter soll 15% betragen. Als Ausgleich für die Senkung der Butterintervention und damit des Milchauszahlungspreises sollen 176,- DM/Kuh gezahlt werden. Als Obergrenze sind 40 Tiere je Betrieb vorgesehen.

Am radikalsten sind die Kommissionsvorschläge bei der Rindfleischerzeugung: Interventionspreis minus 15% bei schon jetzt niedrigem Niveau. Diese Interventionspreissenkung um 15% ist in drei Schritten von 808,- DM/100 kg auf 686,- DM/100 kg Schlachtgewicht geplant. Als Kompensation werden 423,- DM/Masttier angeboten, bei maximal 90 Stück pro Betrieb. Die Mutterkuhprämie soll 176,- DM betragen. Fatal ist allerdings der Vorschlag, für 8–10 Tage alte Kälber eine „Vermarktungsprämie“ von 235,- DM zu zahlen. Dies ist nichts anderes als eine „Killerprämie“, die, so wirksam sie auch ist, aus moralischen Gründen keine Anwendung finden darf. Wir lehnen dies strikt ab.

Die deutschen Bauern wehren sich massiv gegen die Agrarreformvorschläge des zuständigen EG-Kommissars Mac Sharry. In zahlreichen Demonstrationen wird mit dem Ruf „stoppt Mac Sharry“ die strikte Ablehnung des EG-Modells, Weltmarktpreise und anstatt Preisstützung direkte Einkommensübertragungen anzubieten, abgelehnt. Man traut der Politik nicht zu, dauerhaft mehrere zehntausend Mark an direkten Zahlungen pro landwirtschaftlichen Betrieb zu leisten.

Man fürchtet, daß eine Neiddiskussion sehr

schnell zum Abbau dieser Subventionen führen würde. Zudem besteht die Gefahr, daß eine Scheinproduktion höhere Gewinne pro Hektar erwarten läßt, als eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung. Als Begründung dieser Annahme gilt die Tatsache, daß unter Weltmarktbedingungen, also 18,50,- DM/dt für die Leitfrucht Weizen, die Kosten nicht erwirtschaftet werden können. Dies würde bedeuten, daß langfristig bei einer Rückführung der staatlichen Stützung, besonders Mittelgebirgsregionen aus der Getreideproduktion aussteigen müßten. Damit ist auch eine Interessen-Gleichheit zwischen den „Südstaaten“ der Bundesrepublik und Österreich hergestellt. Beide können oder könnten mit den Brüsseler Vorschlägen auf Dauer nicht leben. Die Bundesregierung hat, wie der Deutsche Bauernverband, die Brüsseler Vorschläge abgelehnt.

Bei den GATT-Verhandlungen, die den äußeren Rahmen für die zukünftige Agrarpolitik darstellen, ist ebenfalls Deutschland das Land, welches den Bauern am meisten Schutz vor Nahrungsmittelimporten aus Drittländern gewähren will. Staaten wie die Niederlande, Großbritannien oder Dänemark beziehen hier Positionen, die sich weitgehend mit denen der EG-Kommission decken. Sollte also Österreich Mitglied der EG werden, hätte automatisch der Süden Europas mit seiner mittelstrukturierten Landwirtschaft ein größeres Gewicht in der Gemeinschaft. Schon aus diesem Grund würden wir deutschen Bauern Sie gerne an unserer Seite sehen.

Was erwartet Österreich nun 1995 in der EG?

Wir Bauern in der EG kennen die langatmigen Agrarverhandlungen in Brüssel seit vielen Jahren. Die Tatsache, daß der bundesdeutsche Landwirtschaftsminister Kieckle bisher mit seiner sturen Haltung weder die GATT-Verhandlungen, noch die EG-Agrarreform zu den Vorstellungen der EG-Kommission und der Amerikaner zum Abschluß kommen ließ, läßt hoffen.

Wir Deutsche wollen:

1. Die Aufrechterhaltung des Außenschutzes der EG, damit Nahrungsmittel, die mit weniger Umweltauflagen oder un-

ter einem anderen außerlandwirtschaftlichen Lohnniveau und unter anderen geographischen Bedingungen erzeugt werden, nicht zu jedem Preis bei uns verkauft werden können. Damit wollen wir eine positive Preisentwicklung zu mindest wieder möglich machen.

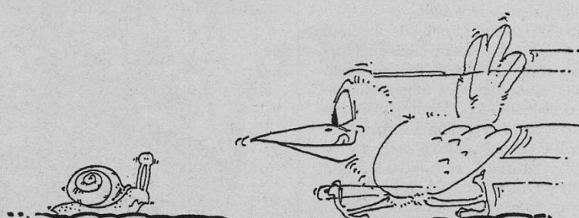
2. Um dies zu erreichen, wollen wir eine *strikte Mengenrückführung*, auch bei Getreide, und ein Verzicht auf Exporte zu Dumpingpreisen. Damit diese nicht unterlaufen werden, fordern wir eine Abschöpfung oder ein Verzollen von Getreide-Substituten an den EG-Außenbezirken.
3. Für den Erhalt der Kulturlandschaft wollen wir einen dauerhaften, von der EG garantierten, flächenbezogenen Ausgleich.

Bei Milch und Rindfleisch werden ebenfalls nur Mengenrückführungen bei Aufrechterhaltung des Außenschutzes angestrebt, um ein für uns akzeptables Preisniveau zu erhalten.

Meine verehrten Kolleginnen, verehrte Kollegen, was soll ich Ihnen raten? Sie haben bei Ihrem Beitritt in die EG einen großen Anpassungsdruck auf EG-Verhältnisse zu erwarten. Der Strukturwandel wird sich fortsetzen und – wie in der EG – weiter beschleunigen. Einen Beitritt deshalb abzulehnen, halte ich dennoch für falsch. Es ist besser, Mitglied in der von den anderen Staaten als Festung bezeichneten Europäischen Gemeinschaft zu sein, als außerhalb zu stehen. Dies gilt insbesondere in Anbetracht der Entwicklung in Osteuropa, deren Nahrungsmittel nach einer Phase der Konsolidierung mit Wucht auf den Weltmarkt und in die Gemeinschaft drängen werden. Diesem Druck halten Sie besser in der EG stand als außerhalb. Zudem ist der Traum vom geeinten Europa, mit allen Völkern, Regionen und Ländern in einer großen Vielfalt von verschiedenen Kulturen zusammenzuleben, so faszinierend, daß ein Fernbleiben gegenüber unseren Kindern nicht zu verantworten wäre.

Wir deutschen Landwirte freuen uns auf Mitstreiter für eine vom bäuerlichen Familienbetrieb geprägte Landwirtschaft. Seien Sie uns willkommen.

### „Die Großen fressen die Kleinen – aber nur die langsamen!“



Zeichnung: Ammer, Strommer; Erfolgskurs 2001, Österr. Agrarverlag 1990.

# BAUERN OHNE PARTNER – WOLLEN SCHWEDENS BAUERN IN DIE EG?



Erika von Buxhoeveden kommt aus einem Familienbetrieb in Südschweden und arbeitet in der Föreningsbank von Malmöhus Län als Expertin für Agrarmarketing. Auch Schweden drängt bekanntlich zur EG.

Der durchschnittliche Hof hat eine Größe von 27 Hektar, in Südschweden von ca. 37 Hektar.

Ich selbst wohne in Süd-Schweden und bewirtschafte gemeinsam mit meinem Mann und einem meiner beiden Söhne einen Hof mit 75 Hektar Ackerland. Nebenbei arbeiten wir aber auch außerhalb des Betriebes. So bin ich in der Föreningsbank von Malmöhuslän mit Marketing- und Landwirtschaftsfragen befasst. Außerdem bin ich Vorstandsmitglied des regionalen Landesbauernverbandes, der ca. 18.000 Mitglieder umfaßt.

## Bauern ohne Partner

Heute wird die Landwirtschaft mit den Maßstäben der Industrie gemessen. Betont wird, daß er ein Wirtschaftszweig wie jeder andere sei. Vergessen und unbeachtet bleibt dabei aber, daß die Landwirtschaft von den natürlichen Faktoren Sonne, Luft, Regen und Boden lebt und auf diese angewiesen ist. Die Landwirtschaft ist eigentlich der einzige Produktionszweig, der einen reellen Zuwachs bringt. Gesprochen wird aber nur von Technik, Chemie, Ökonomie und freier Marktwirtschaft.

In Schweden haben wir Bauern keine klar definierten Partner z. B. in Form einer politischen Partei. Es gibt wohl unsere Center-Partei, die von Bauern gegründet

wurde, aber da die Zahl der Bauern immer mehr abnimmt, stützt sich diese Partei zunehmend auf andere Wählergruppen. Jedoch stark entwickelt hat sich der unpolitische *Schwedische Bauernverband*.

## Sind wir Bauern selbst stark genug?

Zu diesem Verband zählen 90 Prozent der Bauern, unabhängig von der Produktionsrichtung, von der Betriebsgröße und -art, ob Vollerwerb oder Nebenerwerb.

Parallel dazu haben wir eine starke Genossenschaft, in der die Meiereien zu 100 %, die Schlächtereien zu 80 % und der Getreidehandel zu 60 % vertreten sind.

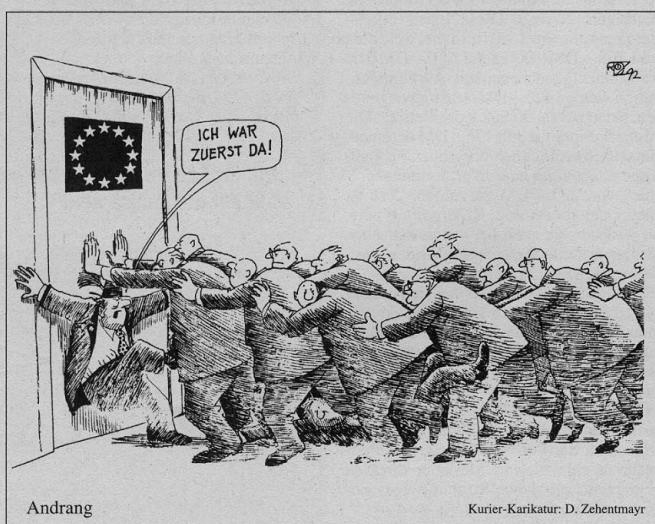
Unser Schwedischer Bauernverband und die Genossenschaften zusammen sind der derzeit größte Konzern Schwedens.

Bis 1990 hat unser Bauernverband mit den Verbrauchern und den Regierungspolitikern über unsere Ein- und Verkaufspreise verhandelt. Er hat eine starke Lobby entwickelt und ist relativ erfolgreich gewesen. Doch zu geringes landwirtschaftliches „Know-how“ und zu wenige landwirtschaftlich orientierte Stimmen machten es immer schwieriger, so daß bei den Verhandlungen immer mehr die Interessen der Konsumenten nach billigen Nahrungsmitteln durchgesetzt wurden.

## Die Voraussetzungen der schwedischen Landwirtschaft

Schweden ist mit europäischen Augen gesehen, ein großes Land mit einer Bevölkerung von 8,5 Millionen Menschen. Geographisch gesehen, misst es ca. 2000 km von Nord nach Süd. Es hat eine Ausdehnung wie von Lübeck bis nach Sizilien. Das bedeutet aber auch, daß es in Schweden sowohl Mentalitätsunterschiede in der Bevölkerung als auch große klimatische und damit verbundene große produktions-technische Unterschiede gibt.

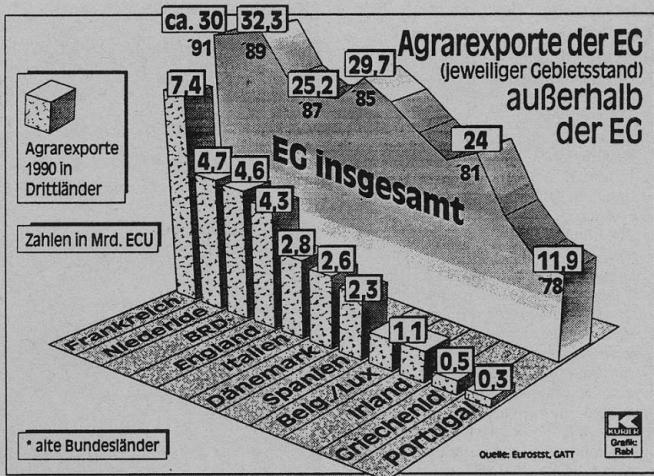
Ungefähr die Hälfte des Landes ist mit 23,5 Millionen Hektar bewaldet. Über ein Drittel der gesamten Fläche wird von Seen, Bergen und Sumpfgebieten eingenommen. Nur ca. drei Millionen Hektar sind landwirtschaftlich genutztes Land, gemeinsam mit dem Weideland sind das sieben Prozent der Gesamtfläche Schwedens. Dank des warmen Golfstroms kann bis in den hohen Norden das Land landwirtschaftlich genutzt werden. Jedoch sind die Vegetationsperioden von sehr unterschiedlicher Dauer. Der Sommer hat im Süden eine Dauer von etwa 240 Tagen, im Norden nur von ca. 130.



Andrang

Kurier-Karikatur: D. Zehentmayr

Schweden hatte wie die meisten Industrieländer bis 1990 einen gewissen Preisschutz zugunsten der eigenen Landwirtschaft. Diese Agrarpolitik hatte ihren Ursprung in den 30er Jahren. Damals wurden in Zusammenarbeit mit dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen staatliche Regelungssysteme zum Schutz der Landwirtschaft vor Weltmarkt-Dumping-Preisen eingeführt. Der jetzige sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Schwedens setzte sich allerdings mehr für die Interessen der Konsumenten ein und weniger für die der Bauern. Dieser Minister erarbeitete ein theoretisches Modell wie wir schwedischen Bauern an den landesinternen freien Markt angepaßt werden könnten, und infolgedessen sollten die Lebensmittelpreise sinken. 1990 beschloß der schwedische Reichstag mit 6 von 16 Parteien diese neue „Lebensmittelpolitik“, wobei alle landesinternen Regelungen für die Landwirtschaft abgeschafft und die freien Marktkräfte auf uns Bauern losgelassen wurden.



## Die Umstellung 1990

Um den Übergang mit seinen drastischen Folgen für uns Bauern etwas zu mildern wurde eine fünfjährige Übergangszeit festgelegt. In dieser Zeit sollen ein Drittel des Ackerlandes umgestellt und ein Drittel der Rinder abgeschafft werden. In der ersten Zeit sollten alle Bauern Einkommenszuschüsse bekommen. Außerdem wird pro Hektar „umgestelltes Ackerland“ und für die Reduzierung des Milchviehs ein gewisser Betrag bezahlt. Außerdem wurde der Weizenpreis für drei Jahre festgesetzt. Danach sollte der freie Markt die Preisregelung übernehmen.

Der Weizenpreis

1990: 1,30 SKR/kg Weizen

1991: 1,10 SKR/kg Weizen

1992: 0,90 SKR/kg Weizen

Allerdings gibt es kaum einen schwedischen Bauern, der zu diesen Preisen produzieren könnte.

In den letzten zwei Jahren (1993 — 1994) sollte das eine Drittel Ackerland langfristig umgestellt werden, sonst müßten die Bauern die Prämien zurückzahlen.

## Die Frage ist nur, worauf sollen die Bauern umstellen?

Die erlaubten Alternativen sind zum Beispiel:

1. Extensive Rinderweiden
2. Laub- und Tannenwald
3. Energiefasern z. B. Salix

Heute sind wir im dritten Jahr der Umstellung. Diese neue Situation verändert aber auch unsere starke eigene Organisation. Wir demonstrierten mit 20.000 Bauern in Stockholm und besuchten Reichstagspolitiker. Aber ohne Erfolg!

## Der Schwedische Bauernverband und die EG-Frage

Schweden hat sich im 20. Jahrhundert von einem Agrar- zu einem Industriestaat ent-

wickelt. 1991 hat Schweden um die Mitgliedschaft bei der EG angesucht und voraussichtlich werden wir 1995 beitreten. Der schwedische Bauernverband hat sich schon früh offiziell positiv zur EG gestellt. Es wurde ein Büro in Brüssel eröffnet und eher für einen EG-Beitritt informiert, allerdings als *vollwertiges Mitglied*.

Welche Vor- und Nachteile würde ein EG-Beitritt bringen?

1. Isolation von den europäischen Geschehnissen, bei einem Nichtbeitritt.
2. Eine schnelle An gliederung könnte der Industrie Vorteile bringen, allerdings auf Kosten der Bauern.
3. Eine starke Wirtschaft ist gut für alle Gruppen der Gesellschaft.
4. Wenn die GATT-Verhandlungen abgeschlossen sind, muß Schweden seine Grenzen öffnen. Der schwedische Bauernverband fürchtet, daß es dann keinen Zugang auf den europäischen Markt ohne Mitgliedschaft bei der EG geben wird.
5. Schweden bliebe ohne Beitritt ein weißer Fleck auf den EG-Europakarten, was für den Tourismus bestimmt nicht gut wäre.

Der schwedische Bauernverband vertritt also die Ansicht, daß wenn wir schon zwischen Pest und Cholera wählen müssen, uns das kleinere Übel aussuchen.

## Was können wir bieten?

- Wir benutzen weniger Chemikalien und Kunstdünger als unsere EG-Nachbarländer.
  - Wir produzieren umweltfreundlichere Produkte.
  - Wir haben Naturprodukte wie Wild, Lachs u. v. a. nordische Spezialitäten.
- Wichtig ist, sich zu fragen, was es für eine Alternative zur EG gibt und aus diesem Blickwinkel gesehen, erklärt sich die positive Einstellung des schwedischen Bau-

ernbundes zum EG-Beitritt. Der Beschuß „Dafür zu arbeiten, daß Schweden so bald wie möglich ein vollwertiges Mitglied der EG werden kann“ wurde auch ohne große Diskussion im Juni 1990 auf der Reichstagsversammlung gefaßt.

Es erscheint unserem Bauernbund sinnvoller, den Mac Sharry-Plan mit Prämien für Flächennutzungen bis zu 15 % zu verfolgen. Bei der Tierhaltung werden die Überschüsse bis Jänner 1992 bereits in Mangelproduktion übergegangen sein. Es werden Fleisch und Milch für Käse fehlen. Um gleichbleibende Mengen produzieren zu können, müssen Exporte erlaubt sein und diese werden mit Zuschüssen gestützt werden.

Unser Bauernverband geht davon aus, daß nicht nur die Bauern und die Lebensmittelindustrie sondern die gesamte Gesellschaft daran interessiert sind, auch in Zukunft eine effektive Landwirtschaft ungefähr mit der heutigen Größe beizubehalten.

Ähnliches vertrat auch die bürgerliche Regierung letzten Herbst.

Die EG-Euphorie, wie sie noch vor zwei bis drei Jahren präsent war, ist einer weitgehenden Skepsis gewichen. Damals wurde nur ein Markt von 350 Millionen Konsumenten gesehen. Heute wird aber auch registriert, daß mit diesem Markt auch die Konkurrenz schärfer wird und daß der eigene Markt sehr wichtig ist.

Der Kampf gegen die Umstellung 1990 hat aber auch seine Spuren hinterlassen. Einige Bauern haben aufgegeben und viele fühlen sich mutlos oder kämpfen ums Überleben. Andere wiederum haben noch nicht verstanden, was der freie Markt und die EG eigentlich bedeuten werden.

Der schwedische Reichstag, der die Umstellung 1990 gefordert und beschlossen hat, wäre als EG-Mitglied bereit, die gesamte EG-Agrarpolitik mit dem Preis unserer gesamten Mehrwertsteuer zu übernehmen.

## Forderungen des Schwedischen Bauernverbandes für die kommende EG-Arbeit

1. Akzeptable ökonomische Voraussetzungen für die Landwirtschaft von 1992 – 1994, parallel dazu schnelle Anpassungen an die kommenden agrarpolitischen Regeln der EG.
2. Entsprechende Alternativen zum traditionellen Ackerbau.
3. Freiwillige Flächenstilllegung von ca. 300.000 Hektar nach dem Mac Sharry-Modell.
4. Gewährung einer staatlichen Preisgarantie, denn es ist nicht einsehbar, warum die schwedischen Bauern ihre Getreidepreise schneller senken sollen als andere in Europa.

Unser Bauernverband hat sich sehr um eine Umstellungskommission für diese wichtigen und schwierigen Aufgaben bemüht. Auch die Regierung hat kürzlich eine Kommission einberufen, die die Folgen eines EG-Anschlusses für die Bauern analysieren und als Ratgeber für die Regierung fungieren soll.

Das erklärte Ziel ist, schon 1993 einen exakten politischen Beschuß für die Landwirtschaft zu erarbeiten in Hinblick auf die EG-Anpassung. Dieses Ziel ist hochgesteckt, aber äußerst notwendig.

## Was ist aber mit den Bauern selbst?

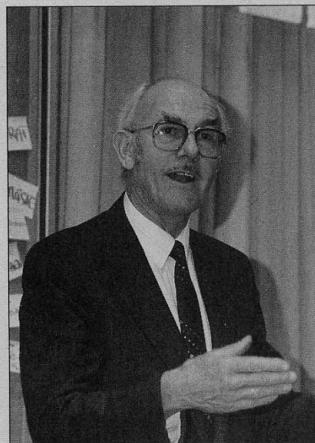
Können wir durch Seminare und gezielte Information über die Bauernpresse eine mentale Bereitschaft bei den Bauern erzielen?

- 18 Wir wissen, daß Krisen oft Kreativität hervorbringen, daß positives Denken Kraft und Energie gibt, während negatives Denken und Pessimismus den Menschen den nötigen Elan rauben, um ihre Ziele zu verfolgen.



Rüsten für die Zukunft. Beim Feldtag 1991 fanden Alternativfrüchte und Bodenlockerungsmaschinen großes Interesse.

# SCHWEIZ UND DIE EG AUS DER SICHT DER BAUERN



Rudolf Reichling ist Präsident des schweizerischen Zentralverbandes der Milchproduzenten; er bringt aber auch einen ausgezeichneten Wein auf den Markt.

**D**ie Frage eines EG-Beitrittes kann von uns Schweizer Bauern nicht isoliert betrachtet werden. Die eng mit der Beitragsfrage verknüpften Probleme sind:

- Das heutige Verhältnis der Schweiz zu den europäischen Staaten, zur EG, zur EFTA, zu den osteuropäischen Staaten.
- Die Schaffung eines EWR.
- Die GATT-Uruguarynde.
- Das Verhältnis der Schweiz zu den außereuropäischen Staaten, das durch einen EG-Beitritt fundamental verändert würde.
- Das Verhältnis zur UNO als einziges EG-Land, das nicht der UNO angehören würde.

Diese Problemkreise dürften für die Schweiz und analog für viele andere Staaten die wichtigsten außenpolitischen Fragen der 90er Jahre sein. Ich kann jetzt nur auf einen Teil dieser Probleme eingehen.

## Die Schweiz will und kann sich nicht isolieren

Schon beim Entscheid über einen UNO-Beitritt und jetzt wieder bei der Frage des verstärkten Zusammenschlusses der europäischen Staaten, wurde von den jeweiligen Befürwortern behauptet, ein Beiseitestehen der Schweiz würde zu einer Isolation, zu einem Inseldasein führen mit schwerwiegender Beeinträchtigung der in-

ternationalen Beziehungen. Die Erfahrung zeigt, daß nichts dergleichen zu befürchten ist. Damit keine falschen Vermutungen aufkommen, will ich gleich zu Beginn festhalten, daß sich kein vernünftiger Schweizer vom Ausland abkapseln will. Die Schweiz war und ist ein Teil Europas. Durch die zentrale Lage im Herzen des Kontinentes, kommt der Schweiz – vergleichbar mit Österreich – sogar eine immer wichtige Aufgabe zu, weil der Mobilität eine überproportionale Bedeutung beigemessen wird. Die Schweiz kann sich keine Isolation leisten, denn außer Gesteinen, Holz und Wasser hat sie keine Rohstoffe. Sie hat sehr wenig landeseigene Energie, sie hat zu wenig Nahrung für die Normalversorgung der Bevölkerung, und schließlich ist ihre Wirtschaft hinsichtlich Versorgung und Absatz extrem auslandabhängig.

Bei dieser Sachlage ist es selbstverständlich, daß die Schweiz die politischen Strömungen in Europa und der Welt sorgfältig beachten und in der Innenpolitik berücksichtigen muß. In dieser Beziehung besitzt kein Staat der Welt die absolute Unabhängigkeit.

Die Schweiz hat aber in den letzten Jahrhunderten kein Diktat von außen hingenommen:

Von 1291 bis 1847 war die Schweizerische Eidgenossenschaft ein Staatenbund, d. h. sie hat während über 500 Jahren zäh an der Unabhängigkeit der einzelnen Stände oder Kantone festgehalten; seit 1848 bis heute, d. h. während 143 Jahren ist sie ein föderalistischer Bundesstaat. Die Zentralisation der politischen Kompetenzen bei der Eidgenossenschaft nimmt zwar ständig zu, aber doch sehr zögernd und in der Regel gegen grundsätzlichen Widerstand. Im Zeichen solcher Entscheide werden Bundesbeamte heute noch gerne als Vögte bezeichnet. Im internen Sprachgebrauch wird die Schweiz als Bund bezeichnet.

## Heutige Stellung der Schweiz in Europa

Vorweg zur materiellen Seite.

Bis Ende des letzten Jahrhunderts gehörte die Schweiz zu den ärmsten Ländern Europas. Weder die Entstehung des Bundes der Eidgenossen in den Waldstätten, noch der spätere Beitritt der übrigen Kantone erfolgte aus Wohlstandsgelüsten. Es ging immer um Fragen der kollektiven Sicherheit. Auch ein Anschluß an einen wirtschaftlich stärkeren Nachbarn wurde nicht in Erwägung gezogen.

Heute hat die Schweizer Bevölkerung das höchste Prokopfeinkommen Europas,

BSP/Kopf 1989	CH	27,787 \$
	BRD	19,751 \$
	EFTA	21,601 \$
	EG	14,607 \$
Arbeitslose 1989	CH	0,7%
	EFTA	2,5%
	EG	9,7%

Die wirtschaftliche Verflechtung mit Europa ist enorm:

Außenhandel	Import	Export
der Schweiz mit der EG	73,4%	57,1%
mit der EFTA	18,1%	7,2%

91,5% 64,3%

Die EG exportiert nach	CH	9,2%	( 6,85 Mio. Einw.)
	S	5,6%	( 8,59 Mio. Einw.)
	USA	22%	(249,23 Mio. Einw.)
	Japan	3,3%	(123,52 Mio. Einw.)

Diese Zahlen zeigen, daß die Schweiz für die europäischen Staaten ein sehr guter Handelspartner ist. Die Gefahr der Isolierung oder gar der Abnabelung erscheint sehr gering.

Positive Beurteilungen in wirtschaftlicher und sozialer Sicht gelten auch für den Bauernstand. Sein durchschnittliches Einkommen ist höher als in den übrigen europäischen Staaten. Der Bauernstand ist gesellschaftlich anerkannt und in den Behörden gut vertreten. Die Anpassung der Betriebsstrukturen an den technisch-biologischen Fortschritt erfolgt freiwillig im Wechsel der Generationen, für viele Ökonomen zu gemächlich. Es besteht daher wenig Anlaß zur Veränderung, insbesondere kein Zwang.

## Europa lockt die Manager der Wirtschaft

Europa lockt nun als größter und kaufkräftiger Wirtschaftsraum der Welt mit 340 Millionen Konsumenten und dem freien Verkehr von Waren, Kapitalien, Dienstleistungen und Personen. Es besteht kein Zweifel, daß viel auf dem Spiel steht und eine Entscheidung sehr sorgfältig erwogen werden muß.

Dabei ist zu bedenken, daß die Konsumgüterindustrie ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz bereits eingebüßt hat, ebenso die Fahrzeugindustrie, der Motorenbau, die Herstellung von Haushaltsgeräten. Wettbewerbsfähig sind die Produktion von Spezialitäten, wie Grundstoffe für die Weiterverarbeitung (Garn, Gewebe, Papier, Kunststoffe, Farben), die Zulieferung von Komponenten im ganzen Bereich der Maschinenindustrie, Uhren, Werkzeuge und Instrumente und der Bijouterie gelieben.

Im Bereich der Landwirtschaft eigentlich nur der Käse. Beim Wein sind bisher - wohl zu Unrecht - geringe Anstrengungen für den Export unternommen worden.

Ganz wenige schweizerische Unternehmungen wären in der Lage, mit einem oder mehreren Produkten den europäischen Markt zu versorgen, diese wenigen dürften heute schon Produktionsstätten außerhalb der Schweiz betreiben. Viele Unternehmungen sind aber leistungsfähig genug, um der Großindustrie qualitativ hochwertige Komponenten anzubieten. Hierzu besteht schon im heutigen Europa (EG wie EFTA) kein Hindernis. Eine politische Integration in Europa erscheint daher kaum notwendig zu sein. In der Schweiz leben über eine Million Ausländer, zum größten Teil Europäer. Eine Integration könnte eher die Dezentralisation der Wirtschaft und damit Gebiete mit Unterbeschäftigung zur Folge haben als einen zusätzlichen Aufschwung in der bevölkerungsreichen aber gut beschäftigten Schweiz.

Wesentlich bleibt die qualitative Leistung, die dem Preisdruck weniger ausgesetzt ist. Unser Problem sind nicht Handelshemmnisse oder fehlende Beziehungen sondern das Kostengefälle bei Löhnen, Produktionsmitteln, Dienstleistungen, sodann die gesetzlichen Auflagen für Sicherheit, Infrastruktur und Umweltschutz. Die Erhaltung der Wirtschaftskraft ist eine Voraussetzung für eine prosperierende Landwirtschaft.

## Damit kommen wir zur Landwirtschaft

Als Folge der Erfahrungen aus zwei Weltkriegen ist die Landwirtschaft gut geschützt. Trotzdem ist die Schweiz pro Kopf der größte Agroimporteur Europas und im Ausmaß des Bedarfes absolut liberal. Der Selbstversorgungsgrad beträgt 65%. Gravierend für die Landwirtschaft sind das große Kosten- und Preisgefälle gegenüber den Nachbarländern. Die wichtigsten Gründe sind höhere Fremdkosten (Löhne, Bauarten, Maschinen, Hilfsstoffe, Dienstleistungen), ungünstigere Produktionsbedingungen (Höhenlage, Hangneigung, Niederschläge), eine kleinere Betriebsstruktur (BRD 2x größer, GB 4x größer) und nicht zuletzt der höhere Schutzgrad, der sich im Einkommen widerspiegelt.

Während in der Schweiz zufolge Mengenbegrenzungen bei den Hauptprodukten die Preise einigermaßen den Kosten angepaßt werden konnten, mußten die EG-Bauern ständig reale Preiseinbußen in Kauf nehmen. Wenn die EG am Prinzip der Mengenregulierung über den Preis festhält, so muß sich das Preisgefälle noch drastisch vergrößern. Mengenregulierung über den Preis führt zur Liquidation der bäuerlichen Familienbetriebe, also zur Konzentration auf Großbetriebe. Die Schweizer Bauern verfolgen sehr aufmerksam, was mit ihren Berufskollegen in Deutschland und Frankreich geschieht und sie werden eine ähnliche Entwicklung in der Schweiz nie kampflos hinnehmen. Damit ist schon das wesentliche zu einem allfälligen EG-Beitritt gesagt.

## Maßnahmen der Schweizer Landwirtschaft:

Die Probleme sind mit einer Bekämpfung des EG-Beitrittes deshalb nicht gelöst. Unsere Inlandsproduktion leidet an zunehmendem Marktverlust zufolge der großen Konsumentendenz in Grenznähe. 1,5 Millionen Schweizer Konsumenten wohnen in Grenznähe. Fleisch, Käse, Rahm, Butter etc. kann im benachbarten Frankreich und Deutschland zum halben Preis eingekauft und im kleinen Grenzverkehr ungehindert eingeführt werden. Selbst aus der Innerschweiz entwickelt sich ein Einkaufstourismus ins angrenzende Ausland. Eine Studie von COOP schätzt das Einkaufsvolumen der Schweizer Konsumenten im benachbarten Ausland auf 900 Millionen St.

1. Unabhängig von der Frage eines EG-Beitrittes und obwohl unsere Nahrungsmittelkosten im Vergleich zur Kaufkraft mit 12-13% des Einkommens sehr günstig liegen, muß die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Landwirtschaft verbessert werden, denn solche Marktverluste können nicht mit Verboten beseitigt werden. Mit zwei Strategien soll dieses Ziel angestrebt werden, mit Kostensenkung einerseits und teilweisem Ersatz der Produktionsweise durch Direktzahlungen zur Abgelösung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen anderseits. Die Voraussetzungen für eigenstaatliches Handeln in diesem Bereich sind vorhanden. Im Abkommen, das die Schweiz mit der EG am 22. Juli 1972 abgeschlossen hat, wird den Partnern eine eigenständige Agrarpolitik mit bilateraler Regelung der Grenzschutzmaßnahmen zugestanden. Aus diesem Abkommen entstanden der schweizerischen Landwirtschaft keine Nachteile, die anstehenden Probleme könnten regelmäßig gelöst werden, letztmals begleitend zu den EWR-Verhandlungen.

## 2. Wettbewerbsverzerrende Auflagen und Infrastrukturstarken müßten in Zukunft vom Staat getragen werden:

Unser hohes Kostenniveau hängt natürlich eng zusammen mit dem staatlichen Schutz an der Grenze, von welchem die ganze Wirtschaft profitiert, neben der Landwirtschaft am meisten der Gewerbestand, der auf Inlandsleistungen ausgerichtet ist. Hauptfaktor ist das Lohnniveau. Sodann sind es die staatlichen Auflagen bezüglich Maschinenausstattung, Tierschutz, Gewässerschutz, Aufenthaltsbewilligung, etc.. Die Landwirtschaft sieht eine reelle Chance zur Kostensenkung im EWR-Vertrag. Die vier Freizeigkeiten, vor allem diejenige der Personen, können markante Kostensenkungen zur Folge haben, insbesondere bei den Investitionen und Reparaturen. Die Landwirtschaft steht deshalb dem EWR-Vertrag positiv gegenüber.

Ob der EWR-Vertrag für uns ein Faktor der Kostensenkung wird, ist noch ungewiß. Die unerwartete Erklärung des Bundesrates, daß sein außenpolitisch Ziel der rasche EG-Beitritt sei, hat nun leider die Chancen für eine Zustimmung zum EWR-Vertrag abrupt dezimiert.

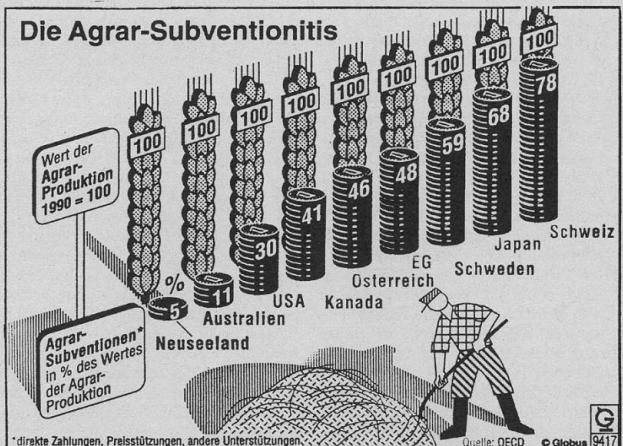
## Strukturanzapassungen werden notwendig

Von großer Bedeutung für die Kostensenkung wird die künftige Strukturrentwicklung in unseren Betrieben sein. In der bisherigen Agrarpolitik waren viele Elemente der Strukturerhaltung eingebaut: Gestaffelte Preise, gestaffelte Beiträge, Höchstbegrenzungen, Realteilungsverbot usw. Das beachtlich gute Abstimmungsresultat, welches die Kleinbauerninitiative vor kurzem auf sich vereinigen konnte, hat diese Tendenz leider noch verstärkt. Der generelle Übergang zu vermehrten Direktzahlungen wird ebenfalls ein Hindernis für Strukturanzapassungen bilden, weil der Bun-



Die Schweiz gehört zu den wichtigsten Nahrungsmittelimporten Europas, daher werden auch hochgelegene Gebiete landwirtschaftlich genutzt.

## Die Agrar-Subventionitis



### Staatliche Hilfe für die Bauern auch in den USA

In der Schweiz verdanken die Landwirte nach Berechnungen der OECD 78% ihres Einkommens agrarpolitischen Schutzmaßnahmen und Subventionen. Die EG nimmt mit einem Subventionsgrad von 48% einen Mittelpunkt ein. Sogar die Amerikaner, die in den GATT-Verhandlungen die Agrarsubventionen so heftig bekämpfen, helfen ihrer Landwirtschaft: Die US-Farmer hätten ein um 30% niedrigeres Einkommen, wenn es die staatliche Hilfe nicht gäbe.

desrat diese Direktzahlungen in einen Sockelbeitrag für alle Betriebe und nur teilweise eine leistungsabhängige Komponente aufteilen will und zudem die hohen Beiträge, welche an rationale Familienbetriebe in der Größenordnung von 30–50 ha ausgerichtet werden müßten, ein ernsthaftes politisches Hindernis darstellen werden. Berechnungen haben ergeben, daß eine Vergrößerung der Betriebsfläche erhebliche Kostensenkungen erlauben würde, welche die Differenz zur EG bis zu einem Drittel auffangen könnten. Wir sind aber der Auffassung, daß Strukturangepassungen nicht erzwungen werden dürfen, sondern sich im Zuge des Generationswechsels freiwillig einstellen müssen, weil sonst keine Gewähr besteht, daß der Landwirtschaft die geeigneten Betriebsleiter erhalten bleiben. Unterstützt und beschleunigt werden könnte ein solcher Prozeß am besten durch eine Vorruhestandsregelung für Bauern ohne Betriebsnachfolger. Über ein solches Instrument ließen sich zur Produktionsstabilisierung gleichzeitig am leichtesten Kulturländer aus der Nahrungsproduktion nehmen. Der Bedarf für die Schweiz beträgt etwa 100.000 ha bis zum Jahr 2000. Ein anderer wichtiger Faktor der Wettbewerbsförderung, die Produktionsausweitung und -intensivierung, bleibt der schweizerischen Landwirtschaft verschlossen, der dürfte sich auch bei allen entwickelten Staaten, welche kein Hungerproblem kennen, als Bumerang erweisen, denn er verhindert die Gesundung der Agrarmärkte und damit die Preisstabilität, ohne aber einen Beitrag zur Beseitigung des Hungers zu leisten.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß wir das Landwirtschaftsproblem eigenständig

oder im Rahmen des EWR-Vertrages lösen müssen. Der Landwirtschaft kommen insbesondere in Europa viel größere Aufgaben zu als nur die billige Nahrungsproduktion weil die Erzeugerpreise einen immer kleineren Anteil der Kosumentenpreise ausmachen.

### Die EG – nur eine vage Hoffnung auf eine wirtschaftliche Besserstellung?

Eine völlig andere Dimension als der EWR-Vertrag hat ein allfälliger EG-Beitritt. Das Schwergewicht der EG liegt im politischen und nicht im wirtschaftlichen Bereich. Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme braucht es keine politische Integration. Die EG ist zentralistisch und bürokratisch regiert und verwaltet. Sie kennt sehr wenig Demokratie, keine Volksrechte, die Großstaaten dominieren und die Tüchtigen bezahlen. Die EG ist zudem kein verfassungsmäßig konsolidiertes Gebilde, sondern ein Entwicklungsprozeß, dessen Richtung und Geschwindigkeit nur vage abgeschätzt werden kann.

Bedenken Sie einmal die Frage und allfällige Auswirkungen einer Aufnahme der Türkei in die EG. Wo endet Europa? Am Mittelmeer, am Bosporus, am Ural oder in Sibirien?

Die EG-Befürworter wollen dem Schweizer Volk glaubhaft machen, ein Beitritt zur EG sei ein wirtschaftliches Erfordernis und sie behaupten, eine Gegnerschaft zu einem EG-Beitritt zeuge von Europafeindlichkeit. Offenbar hat sich nun auch der Bundesrat zu dieser These bekannt, nachdem er noch vor wenigen Monaten erklärte, ein EG-Beitritt komme für die Schweiz aus Sou-

veränigungsgründen nicht in Frage, deshalb müsse auf vertraglicher Basis ein EWR geschaffen werden. Viele Schweizer sind da anderer Meinung, nämlich daß sich die Schweiz mit den europäischen Staaten aufs engste verbunden fühlen könne, ohne sich zentralen Behörden unterwerfen zu müssen.

Ein EG-Beitritt würde auch unsere Solidarität und Disponibilität zu allen übrigen Staaten der Welt markant einschränken. Die Schweiz als Land der Guten Dienste würde an Bedeutung verlieren. Es geht um die Frage, ob die Souveränität einer vagen Hoffnung auf wirtschaftliche Besserstellung geopfert werden solle. Diese Frage wird in der Schweiz nicht der Bundesrat entscheiden. Wenn noch schon das Parlament zu einem solchen Vorhaben NEIN sagen würde, bleibt das letzte Wort beim Volk und bei den Ständen. Dort wird nicht auf die Umfragen und Popularitätshoffnungen abgestellt, sondern die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden sich gut überlegen, ob sie die politische Unabhängigkeit unkündbar und unwiderruflich nach dem Jubiläumsjahr preisgeben wollen.

Viele von uns glauben sogar, daß über kurz oder lang die heutige EG wieder einen Weg zurück einschlagen müsse, zu mehr Kompetenz und Eigenverantwortlichkeit der Staaten. Nach einer solchen Entwicklung könnte auch für die Schweiz ein Weg geöffnet werden für eine nähere Assoziation, ähnlich der heutigen EFTA.

Bei solchen Überlegungen steht der wirtschaftliche Aspekt im Hintergrund. Trotzdem will ich aus bürgerlicher Sicht noch kurz darauf hinweisen. Ich habe schon gesagt, daß die Auswirkungen der EG-Agrarpolitik für uns derart abstoßend sind, daß sich der Bauernstand praktisch geschlossen gegen einen Beitritt zur Wehr setzen wird.

Die schweizerische Agrarpolitik versuchte über Produktionsbeschränkungen den Inlandmarkt in Ordnung zu halten, um auf diese Weise den Bauern eine Einkommensentwicklung zu erlauben, welche mit der übrigen Bevölkerung Schritt halten konnte. Das ist in den letzten Jahrzehnten weitgehend gelungen ohne unverhältnismäßige Belastungen der Konsumenten. Demgegenüber will die EG das Mengenproblem über den Preisverfall lösen, wobei einzelne Staaten mit den günstigsten Produktionsbedingungen die Hoffnung hegen, die Preise würden so tief sinken, daß die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gemäß GATT-Zielsetzung eine zusätzliche Produktionsausweitung ermöglichen würde. Das mag für gewisse Gebiete treffen, aber nur um den Preis der Dezimierung des Bauernstandes und des Verzichtes auf eine flächendeckende, umweltschützende Landbewirtschaftung. Wir glauben, daß das Schweizer Volk einen solchen Preis nicht bezahlen will und ich vermute, daß auch der Tourismus in Österreich bei einer solchen Entwicklung Schaden nehmen könnte.

Leider hat unser Bundesrat durch sein unüberlegtes Vorpreschen mit seiner Ab-

sichtserklärung dem Land und Volk einen schlechten Dienst erwiesen. Er hat erstens befürchtet, daß er den ausgehandelten EWR-Vertrag für so unbrauchbar betrachtet, daß er gar nicht zum Vollzug kommen sollte, und er hat den EG-Gegnern in die Hand gespielt, weil nun viele anfängliche Befürworter des EWR-Vertrages nicht zu Steigbügelhaltern des EG-Beitrittes werden wollen.

Sie bemerken, daß ich mich nicht nur auf die Beurteilung von EWR-Vertrag und EG-Beitritt beschränkt habe. Es geht mir darum, Ihnen zu zeigen, daß sich der Schweizerische Bauernverband grundsätzlich mit der Entwicklung unserer Landwirtschaft auseinandersetzt und nach Mitteln und Wegen sucht, wie unser Bauernstand seine multifunktionalen Aufgaben im Landesinteresse erfüllen kann, unabhängig davon, ob ein EWR-Vertrag oder gar der EG-Beitritt zustande kommt. Der EWR-Vertrag könnte uns die Aufgabe erleichtern, ein EG-Beitritt würde sie aufs schweiste gefährden.

### Entscheidend ist der Ausgang der GATT-Verhandlungen

Nun wird leider die ganze Meinungsbildung zum EWR-Vertrag und zum EG-Beitritt für uns Bauern überschattet vom Agrardossier der Uruguayrunde, welche in der Abschlußphase steckt. Die Agrarmarktfrage, welche für uns von größter Bedeutung ist, wurde aus den EWR-Verhandlungen ausklammert, in der Annahme, daß künftig für alle Staaten das Ergebnis der Uruguayrunde zur Anwendung kommen werde. Die EG bringt in die GATT-Verhandlungen ihre noch nicht einheitliche Stellungnahme zur Agrarpolitik ein. Diese

Liberalisierungsvorstellungen der EG-Minister werden aber von den Forderungen der Cairns-Staaten (größte Agrarexportreute) bei weitem in den Schatten gestellt. Das Dunkel-Papier, die jüngste Verhandlungsgrundlage zum Agrardossier, das meines Wissens in der vorliegenden Form nur von Australien und Neuseeland akzeptiert wurde, geht deshalb noch einen Schritt weiter als die EG-Agrarpolitik. Weltweit soll die Landwirtschaft nur noch nach der sogenannten „wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ ausgerichtet werden. Das Maß sind die Produktionskosten im jeweils jüngsten Produktiongebiet der Welt, für die Milch wäre das Neuseeland mit frischer Weide rund um das Jahr. Jeder höhere Produzentenpreis würde als staatliche Stützung betrachtet und wäre etappenweise abzubauen.

Diese GATT-Zielsetzungen widersprechen der schweizerischen Auffassung diametral, vergleichbar der EG-Agrarpolitik, nur noch extremer. Der Bundesrat hat im Oktober 1990 eine Offerte zur Liberalisierung des Agrarmarktes eingerichtet, welche jedem Staat unter Verzicht auf externe Marktstörungen erlaubten würde, eine eigenständige Agrarpolitik im Landesinteresse zu verfolgen. Er hat auch erklärt, daß jeder weitergehende Abbau des Schutzes für die Schweiz untragbar wäre. Leider steht er mit dieser Offerte weltweit ziemlich isoliert da, die Schweizer Bauern sind zu tiefst enttäuscht, daß die Bauern Europas und des Fernen Ostens nicht mehr Kraft aufbringen gegenüber ihren Regierungen einen Riegel zu schieben. Wir sind der festen Überzeugung, daß der Weltagrarmarkt nur mit Produktionsdisziplin in Ordnung ge-

halten werden kann, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der flächendeckenden Landbewirtschaftung, welche den Erfordernissen des Umweltschutzes genügt. Es ist unverantwortlich, daß nun über das GATT-Abkommen die Landwirtschaft extrem auf die Billigproduktion ausgerichtet und an der Erfüllung ihrer multifunktionalen Aufgaben gehindert werden soll und es ist in höchstem Maße unverständlich, daß europäische Regierungen zu einem solchen Vorhaben JA sagen können.

Freier Marktzutritt zu Weltmarktpreisen führt zum raschen Preiszusammenbruch und damit zum Ruin des Bauernstandes, weil kein Staat der Erde auf die Dauer in der Lage sein wird, solche Einkommensausfälle durch Direktzahlungen aus Steuergeldern wettzumachen, ganz abgesehen von der beschämenden Erniedrigung des Bauernstandes, welcher nur noch mit Almosen des Staates lebensfähig wäre. Für die Schweiz hat man für die erste 6jährige Abbauperiode gemäß Dunkelpapier die Einkommensausfälle in der Landwirtschaft auf ca. 4 Milliarden Sfr. berechnet.

Wir wünschen aber vorerst im Interesse und zum Wohle aller Bauernfamilien Europas, daß dieses unheilvolle Agrardossier der Uruguayrunde Schiffbruch erleide, damit der Weg frei wird für nationale Agrarpolitiken, welche die Multifunktionalität des Bauernstandes respektieren und auf eine wirkungsvolle Sanierung des Weltagrarmarktes ausgerichtet sind. Wir hoffen, daß auch die österreichischen Bauern in Zukunft ein gerechtes Einkommen aus ihrer schweren Arbeit erzielen können und nicht zu bloßen Almosenempfänger des Staates erniedrigt werden.



Beim Steirischen Wein brauchen wir sicher keine Mengenreduktion. Unsere Spezialitäten und Raritäten sind weit über Österreich hinaus bekannt.

### GATT – was ist das?

General Agreement of Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Wurde 1947 zur Erleichterung des gegenseitigen Handels auf der Basis der Meistbegünstigung in Genf abgeschlossen und trat 1948 in Kraft. Seit 1986 versucht das GATT seine Regeln – im Sinne der USA – auch auf den Handel mit Agrarprodukten auszudehnen. Diese sogenannte Uruguay-Runde stieß jedoch auf den weltweiten Widerstand der Bauern und scheiterte schließlich.

Stichwort „nichttarifäre Maßnahmen“: alle Maßnahmen betreffend Einfuhren außer Zölle, z. B.: Abschöpfungen, Importausgleiche. Stichwort „non trade concerns“ (nicht handelsbezogene Ziele): z. B. verlangte Österreich die Ausklammerung interner Stützmaßnahmen (Direktzahlungen, Regionalprogramme) von den zukünftigen GATT-Regeln.

### GATT – Auswirkungen für die Landwirtschaft

#### Geplant sind:

- Abbau der inländischen Agrarförderungen, die die Produktion direkt stimulieren, um 20% von 1993 – 1999.
- Verringerung der Exportsubventionen um 36% von 1993 – 1999.
- Änderungen des bestehenden Außenhandelssystems – Wegfall der mengenmäßigen Importbeschränkungen, die einen wesentlichen Teil des Außenschutzes unserer Landwirtschaft ausmachen.

#### GATT in dieser Form würde für uns

- Preissenkungen
- Mengenreduktion
- mehr Importe
- weniger Einkommen

bedeuten!

# DER WEG IN DIE INTEGRATION: „KLASSE STATT MASSE“



Gerhard Włodkowskij, Vizepräsident der Steirischen Landwirtschaftskammer, kennt die bürgerlichen Sorgen aus eigener Erfahrung.

In den letzten Wochen führte ich zahlreiche Gespräche mit Bauern. Dabei kam immer ein Thema zur Sprache „Die Sorge der Bauern vor der Europäischen Integration“.

## Warum will Österreich der EG beitreten?

Dazu eine direkte Antwort:

Die eigentliche Zielsetzung der EG sieht nicht in wirtschaftlichen oder agrarischen Fragen, sondern in der Sicherung des Friedens in Europa durch eine enge wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration. Dieser Friede ist nicht so selbstverständlich. Durch Jahrhunderte, ja bis vor 50 Jahren haben jene europäischen Staaten, die heute das Fundament der EG bilden, immer wieder Kriege geführt. Dies ist für die junge Generation von heute nicht mehr vorstellbar, deswegen muß man manchmal daran erinnern. Die Sicherung des Friedens und auch des Wohlstandes durch eine Integration von West-, Mittel- und auch Osteuropa, das ist die Zielsetzung, um die es in der EG letztlich geht und die natürlich auch für Österreich von Bedeutung ist.

Ob die internationalen Herausforderungen für Österreichs Bauern eine Gefahr oder eine Chance werden, hängt wesentlich davon ab, was Österreich für die Sicherung der bürgerlichen Landwirtschaft selbst tut!

Dabei gilt das Wort von Strohmeier: „Verkümmert nicht das Land, wenn verfällt der Bauernstand?“

Allerdings wird die Diskussion um Europa fast nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Während sich die Wirtschaft und viele Konsumenten Vorteile erhoffen, wird gerne übersehen, daß die Landwirtschaft Österreichs zahlreiche Nachteile zu tragen hätte. Diese Beurteilung ist heute unwidersprochen. Wenn sich aber alle übrigen Wirtschaftsgruppen Vorteile erwarten und die Landwirtschaft mit Einkommenseinbußen größerem Umfangs rechnen muß, so ist es nur selbstverständlich und legitim, wenn wir sagen, ein „Ja“ zur EG gibt es nur dann, wenn der Landwirtschaft die drohenden Einkommensverluste ausgeglichen werden.

Die Sorge vor der Teilnahme an der Agrarpolitik der EG ist indirekt eine Anerkennung für die österreichische Agrarpolitik der letzten fünf Jahre. Ohne falsche Bescheidenheit dürfen wir festhalten, daß es in den vergangenen fünf Jahren gelungen ist, die Situation der bürgerlichen Betriebe zu verbessern.

Dazu einige Beispiele:

Für wichtige Produkte, wie etwa für die Milch gab es kontinuierliche Preiserhöhungen – im Gegensatz zur Marktentwicklung in Deutschland.

Die Schulden je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche sind seit zwei Jahren rückläufig.

Ein Grund für den relativen Erfolg der österreichischen Agrarpolitik liegt darin, daß es in Österreich besser als in der EG gelungen ist, die Überschußproduktion zu beschränken, insbesondere bei der Milch und auch bei den Schweinen. Auch der weitere Zuwachs der Getreideproduktion wurde durch die Ausdehnung der Alternativkulturen gestoppt. Die EG war in der Lösung dieser Frage weniger erfolgreich als Österreich. Es ist dort nicht gelungen, die Überproduktion zu reduzieren und diese Überschüsse sind der eigentliche Grund für ständige Verschlechterungen der Einkommenslage der bürgerlichen Familien in den EG-Ländern.

Dazu kommen diverse Konzessionen, die die EG-Länder gegenüber der osteuropäischen Landwirtschaft machen und die zu weiteren Preisrückgängen in Westeuropa führten.

In den EG-Ländern ist man derzeit mitten in einer Umstellung der Agrarpolitik, deswegen ist es auch so schwer zu sagen, was auf die österreichischen Bauern zukommt, wenn sie in drei, fünf oder sieben Jahren tatsächlich am gemeinsamen Markt teilnehmen.

Auf diese Möglichkeit müssen wir uns aber einstellen und heute schon entsprechende Vorbereitungen treffen und zwar folgende:

## 1. Strukturanzapassungen im Vermarktungsbereich:

Die Leistungsfähigkeit der Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe, wie Molkereien, Mühlen, Handelsbetriebe, ist in den EG-Ländern mit dem großen Markt generell deutlich höher als in Österreich. Ohne leistungsfähige Vermarkter können aber unsere Bauern auch die besten Produkte nicht überregional verkaufen. Der Ab-Hof-Verkauf und die Direktvermarktung sind zwar da und dort erfolgreiche Auswege, aber nicht das Rezept für alle; deswegen ist die Schaffung leistungsfähiger Vermarktungsbetriebe auch durch entsprechende Förderungsmaßnahmen, wie in der EG, schon vor dem Beitritt notwendig, damit sich die Betriebe im größeren Markt gleich behaupten können.

## 2. Lange Übergangsperiode für die Landwirtschaft:

Ich plädieren für eine ausreichend lange Übergangsphase vor Abschluß der Beitrittsverhandlungen bis zur vollen Integration der Landwirtschaft in die EG. Eine solche Übergangsperiode wird auch in der Stellungnahme der EG-Kommission aus Brüssel (Avis) für wichtige Märkte vorgeschlagen und hat sich auch im Fall anderer Länder bewährt. Diese Übergangsperiode soll nicht 10 Jahre, wie im Beispiel Portugal sein, aber doch für gewisse Bereiche fünf bis sechs Jahre dauern.

## 3. Strukturanzapassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse:

Unsere heimische bürgerliche Landwirtschaft befindet sich seit Jahren in einem großen Strukturwandel, auch ohne europäische Integration. In den letzten fünf Jahren hat sich jährlich die Zahl der Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft im Durchschnitt um 8000 Personen verringert. Ein Grund dafür liegt im Einkommensgefälle zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaft.

Ein beschleunigter Strukturwandel als Vorbereitung auf die EG, wie ihn manche vorschlagen, wäre der falsche Weg, denn dann wird es immer schwieriger werden, eine flächendeckende bürgerliche Landwirtschaft überhaupt noch zu erhalten. Das ist ja das Ziel, über das sich alle einig sind: die flächendeckende bürgerliche Landwirtschaft und nicht die Entstehung von industriellen agrarischen Produktionsstätten. Allerdings muß spätestens mit Beginn der Übergangsphase den entwicklungswilligen

Betrieben die Möglichkeit auch zur Vergrößerung geboten werden.

#### 4. Keine EG-Vorbereitung durch Einkommensrückgang:

Manche Vorschläge aus dem Kreis anderer Wirtschaftspartner nach Preisentskungen, Wegfall von Stützungen und Marktordnungen dienen offensichtlich dem Ziel, die Einkommenslage der Landwirtschaft schon vor dem EG-Beitritt so zu verschlechtern, daß es durch die Integration nichts mehr zu verlieren gibt. Dieser vorausseilenden Anpassung auf Kosten der bäuerlichen Einkommen muß nachdrücklich entgegengestellt werden. – Ganz im Gegenteil, der bestehende rasche Strukturwandel und die Einkommensdifferenz machen es notwendig, daß Österreich für die Bauern die Agrarpolitik fortsetzt, die zur Verringerung der Überschußprobleme und Verbesserung der Einkommen beiträgt. So ist es notwendig, etwa im Kälberbereich, in der Anpassung der Rinderproduktion, vor allem auch in der Verringerung der Getreideproduktion in den nächsten Monaten deutliche Schritte zu setzen, damit auf diesem Gebiet die Probleme besser gelöst werden. Auch eine totale Liberalisierung der Milchmarktordnung zugunsten der Bauern, die am Ende möglicherweise uneinheitliche und schlechtere Erzeugerpreise für die Bauern und höhere Kosten für Interventionsmaßnahmen erfordert, ist abzulehnen. Wenn solche Anpassungen notwendig sind, dann nach den Beitrittsverhandlungen in der Übergangsphase.

#### 5. Eigene Anstrengungen:

Natürlich muß die Landwirtschaft selbst auch eigene Anstrengungen setzen, um sich auf den europäischen Markt vorzubereiten. Das bezieht sich auf die weitere Verbesserung der Betriebsführung, Senkung der Kosten, Ausbau der Qualitätsproduktion eigener Herkunftsmarken und einer gezielten Verstärkung des agrarischen Marketings. Dies alles wird große Anforderungen an die Ausbildung und Beratung stellen. Wichtig ist auch die Öffentlichkeitsarbeit, die darauf abzielt, den Wert der bäuerlichen Landwirtschaft für die österreichische Gesellschaft bewußt zu machen und zu erklären, warum eine nachhaltige bauerliche Landwirtschaft, die eine Vielzahl von Funktionen erfüllt, nicht in Konkurrenz treten kann zu Großbetrieben, die vielfach ohne Rücksicht auf die Produktionsgrundlagen arbeiten.

#### 6. Wünsche an die Öffentlichkeit:

Aus der Analyse der Unterschiede zur EG und der zu erwartenden Schwierigkeiten folgen auch die Vorschläge für die Maßnahmen der Öffentlichkeit. Sie müssen sich im wesentlichen auf die Senkung von Kosten beziehen, wie etwa Erhöhung der Zuschüsse zur Hagelversicherung, Übernahme der Kosten der Milchleistungskontrolle, der Kosten der Wegerhaltung und des Wegebaues sowie Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, aber gleichzeitig auch einen Katalog zur Zahlung von Leistungsentgelten, die jene Leistungen umfassen, die die Landwirtschaft im Bereich

der Erhaltung der Produktionsgrundlagen und der Pflege der Kulturlandschaft für die Öffentlichkeit erbringt.

### Schwerpunktaufgaben

#### Vorbereitung auf den EG-Beitritt

##### Kostensenkung:

- Hagelversicherung
- Milchleistungskontrolle
- Wegerhaltung
- Sozialversicherung

##### Ausbau der Entgeltzahlungen:

- Bergbauernzuschuß
- benachteiligte Gebiete
- Prämien für Tierhaltung
- ökologischer Ackerbau

##### Finanzielle Unterstützung für:

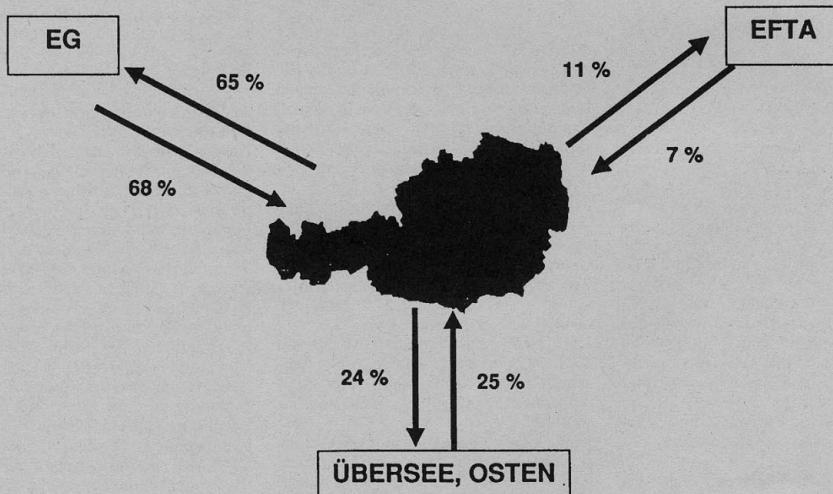
- Modernisierung der Vermarktungsstrukturen
- Marketingprogramme

##### Eigene Anstrengungen:

- Beratung, Information über EG-Beitritt
- unternehmerisches Handeln fördern
- Fachberatung ausbauen

## ÖSTERREICHISCHER AUBENHANDEL

### EXPORTE, IMPORTE 1990 in %





„Ho ruck! – Die Jugend ist am Zug.“ Wär' doch gelacht, wenn sie die Herausforderung der Zukunft nicht bewältigen würde.



# VORBEREITUNGEN AUF DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION



Heinz Kopetz, Direktor der Steirischen Landwirtschaftskammer, hat als Ökopionier internationalen Ruf. In seinem jüngsten Buch fordert er den Bauern als Energiefieberanten.

Die Vorbereitungen der steirischen Land- und Forstwirtschaft in Richtung EG stehen natürlich unter der Unsicherheit, daß derzeit noch niemand definitiv weiß, ob Österreich der EG beitreten wird. Wir gehen jedoch davon aus, daß die Österreichische Bundesregierung vor 2 Jahren einen Beitrittsantrag gestellt hat und daher die notwendigen Vorbereitungen auf den EG-Beitritt zu treffen sind, auch auf die Möglichkeit hin, daß letztlich eine andere Entwicklung kommen könnte. Die Diskussion um den EG-Beitritt Österreichs wird vielfach nur unter ökonomischen Kriterien geführt. Dies erscheint mir zu eng. Die EG ist mehr als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft. Der europäische Einigungsprozeß bietet die einmalige Chance, daß West- und Mitteleuropa nach 800 Jahren, die immer wieder durch Kriege zwischen den großen europäischen Ländern geprägt waren, sich auf eine Epoche des Friedens und der Freiheit hin entwickelt. Das ist wirklich eine einmalige Chance, die keine Generation vor uns in diesem Jahrhundert bisher erleben konnte. Gerade die Beispiele in Südost- und Osteuropa zeigen, wie rasch der Wegfall eines Ordnungsrahmens wiederum zu begrenzten Konflikten führt, die für die Bevölkerung mit unendlich viel Leid verbunden sind. Soweit eine kurze Vorbemerkung.

Im Sinne einer gediegenen Vorbereitung

auf den wahrscheinlichen EG-Beitritt hat die steirische Landwirtschaftskammer kürzlich analysiert, wie sich ein Beitritt Österreichs bei der EG im Jahre 1990 auf die bäuerlichen Einkommen in der Steiermark ausgewirkt hätte.

Das Ergebnis war nicht erfreulich. Die Zahlen zeigten vielmehr, daß die Einkommen um mehr als 10% geringer gewesen wären und die gesamte Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark in ihrer Wertschöpfung um mehr als 1 Milliarde Schilling zurückgefallen wäre.

Im Hinblick auf diese Aussichten vertritt die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft die Ansicht, daß sich die Landwirtschaft nur dann für einen EG-Beitritt aussprechen kann, wenn durch innerstaatliche Maßnahmen in Österreich die absehbaren Einkommensausfälle ausgeglichen werden.

Die Vorbereitungen der Landwirtschaft auf die künftige europäische Integration gliedern sich in **3 Schwerpunkte:**

- möglichst objektive Information der Mitglieder
- Vorschläge an die Bundes- und Landesstellen zum Ausgleich der wirtschaftlichen Nachteile
- eigene Vorbereitungen der Landwirtschaft

Diese Vorbereitungen der Landwirtschaft sind damit das eigentliche Thema. Anhand von 5 konkreten Beispielen soll gezeigt werden, wie sich die steirische Landwirtschaft und mit ihr die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft auf die künftige

europäische Integration vorbereiten. Diese Beispiele betreffen folgende Bereiche:

- Rationalisierung der Vermarktungsstruktur
- Innovationen aus der heimischen Landwirtschaft
- Neue Produktionsmethoden — Beispiel biologischer Landbau
- Die Direktvermarktung als Brücke vom Erzeuger zum Verbraucher
- Der Ausbau der Direktzahlungen in der Steiermark

Die Rationalisierung und Verbesserung der Effizienz in der Vermarktungsstruktur für die heimischen Agrarprodukte ist eine wichtige Maßnahme, die mit und ohne EG durchgeführt werden muß. Trotz aller Bemühungen um die Direktvermarktung wird der Großteil der agrarischen Erzeugnisse nicht von den Bauern direkt an die Konsumenten verkauft, sondern an nachgelagerte Bereiche wie Schlachtbetriebe, Molkereien, Handelsbetriebe, Mühlen, Obsthändler u.v.a.

Vergleicht man die Struktur in diesen Vermarktungsbereichen mit jenen in der EG, so zeigt sich, daß hier zum Teil der Nachholbedarf Richtung Effizienz und Kostensenkung größer ist, als im Produktionsbereich. Es würde unseren Bauern nicht viel helfen, wenn die Produktion weiter rasch rationalisiert wird, aber auf der anderen Seite durch die zu hohen Kosten in der Verarbeitung und Vermarktung unsere Erzeugnisse teurer zu den Konsumenten kämen, als jene der Konkurrenz aus dem Ausland.



Umweltschonend mit Ökodiesel tanken. Wo? Vor der Rapsraffinerie in Mureck.

Wir glauben auch nicht, daß wir mit dem Slogan Österreich als Feinkostladen Europas, solche Preisunterschiede überwinden werden. Es stimmt zwar, daß 10 bis 20% der Konsumenten bereit sind, für Lebensmittel höhere Preise auszugeben, wenn sie punkto Qualität und Herkunft besondere Anforderungen erfüllen. Aber der größere Teil der Bevölkerung auch in Österreich ist auf Grund der allgemeinen Einkommenssituation bestrebt, Lebensmittel billig einzukaufen.

Durch die erwartende Integration wird der Druck von Lebensmitteln aus dem Ausland nach Österreich größer werden. Wenn der tägliche Bedarf des Großteils der Bevölkerung nicht weiter durch preiswerte Angebote aus der heimischen Landwirtschaft gedeckt werden kann, würden die Importe zunehmen und der Absatz der eigenen Erzeugnisse erschwert.

Natürlich wird sich die Landwirtschaft bemühen, durch besondere Qualitätsprodukte im Inland und verstärkt auch im Ausland unter dem Motto „Feinkostladen Europas“ Märkte zu erreichen; aber es wird nie möglich sein, die gesamte Produktion so zu verkaufen. Deswegen wird es notwendig sein, nicht nur punkto Qualität sondern auch punkto Preis mit dem Ausland ebenbürtig in Konkurrenz zu treten. Dazu ist eine rationale Struktur in der Agrarvermarktung unerlässlich.

Die praktische Umsetzung dieser Überlegung demonstrieren jene steirischen Obstgenossenschaften, die sich vor mehr als einem Jahr fusioniert haben, um durch die Zusammenführung von 6 bisher selbständigen Genossenschaften in einer neuen Unternehmung eine Vermarktungsstruktur zu erreichen, die europäisches Format hat. Herr Prem, der Obmann der Steirerfrucht wird im Einzelnen die Zielsetzungen und Vorhaben dieser neuen Genossenschaft präsentieren.

Dieses Beispiel steht für verschiedene andere Aktivitäten im Bereich der Vermarktungsstruktur.

Entscheidend für die künftige Entwicklung einer Wirtschaftsgruppe ist ihre Kraft zu Innovationen. Die steirische Landwirtschaft kann hier mit einer Reihe von positiven Beispielen aufwarten. Ein solches Beispiel ist die Entwicklung einer eigenen Technologie zur Erzeugung von Dieseltreibstoffen aus Pflanzenölen. Von ersten Anfängen an wurde diese Technik in den letzten Jahren in der Steiermark praxisreif entwickelt und es gibt nun seit einem Jahr eine selbständige Genossenschaft, die südsteirische Eiweiß- und Energiegenossenschaft SEEG unter dem Obmann Karl Totter, die aus Raps der Südsteiermark Treibstoffe für die eigenen Traktoren produziert und damit europaweit Aufsehen erregt. Karl Totter wird diese Innovation präsentieren.

Die Landwirtschaft muß flexibel auf die geänderten Konsumentenwünsche reagieren. Die Gruppe der Konsumenten die direkt beim Bauern, sei es nun am Hof oder am Erzeugermarkt einkaufen will, wächst. Daher bemüht sich die Landeskammer die Direktvermarktung entsprechend zu un-

terstützen. Als Beispiel dafür berichtet Frau Fl. Kulmer über die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft für Direktvermarktung.

Ebenso liegt es im allgemeinen Trend, daß immer mehr Konsumenten Produkte vom biologischen Landbau verlangen, auch das Interesse der Bauern am Beitritt zum Verein „Biologischer Landbau“ nimmt zu. Der Steiermark ist es gelungen, ein Förderungsmodell zu entwickeln, das mittlerweile auch vom Bund übernommen wurde.

Herr Ing. Renner, der zuständige Referent für diese Sache, wird über die Entwicklung des biologischen Landbaus in der Steiermark berichten. Die weitere Zunahme des biologischen Landbaus in der Steiermark wird das Vertrauen der heimischen Konsumenten in unsere Erzeugnisse weiter stärken und die Region Steiermark europaweit als eine Region positionieren, in der ökologische Wirtschaftsweise besonders groß geschrieben wird.

Neben diesen Anstrengungen auf dem Gebiet der Vermarktung, der Innovation, der Einführung neuer Produktionsmethoden, wird seit Jahren in der Steiermark daran gearbeitet, die Entgeltzahlungen für besondere Leistungen der Bauern auszudehnen. Diese Entgeltzahlungen oder Direktzuschüsse für Bergbauern und für Betriebe in benachteiligten Gebieten, dienen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen. Es ist erfreulich, daß diese Entgeltzahlungen in der Steiermark in den letzten Jahren beinahe verdoppelt werden konnten.

Soviel zu den 5 Beispielen, an denen wir exemplarisch die Vorbereitung der steirischen Landwirtschaft für die europäische Integration zeigen wollen. Natürlich gibt es darüber hinaus eine Reihe anderer Aktivitäten.

Innerhalb der Kammer wurden im Rahmen der Kammerreform eine Reihe von Schriften gesetzt, um die Herausforderungen des größeren Marktes besser zu bewältigen. So erfolgte eine Reorganisation innerhalb der Landeskammer, die Einrichtung eines eigenen EG-Referates, die Schaffung neuer Ausschüsse für besonders aktuelle Fragen und schließlich bemühen wir uns mittelfristig, die Fach- und Spezialberatung aufzubauen und, soweit es möglich ist, den Verwaltungsbereich zurückzudrängen.

Besonders wichtig sind auch die Arbeiten in den Arbeitsgruppen zur Umstellung der steirischen Agrarförderung auf die Rahmenbedingungen der EG. Zu diesem Zweck wurde von Herrn Bundesminister Fischer eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Dr. Pohl, einem Südtiroler, der als Konsulent in Wien tätig ist, eingesetzt.

Der Zweck dieser Arbeiten liegt darin, aufzuzeigen, wie die steirische und österreichische Agrarförderung vorgehen muß, um die Förderungsmöglichkeiten aus Brüssel voll auszuschöpfen. Gerade von Südtirol kann man in dieser Hinsicht viel lernen. Außerdem wird seitens der steirischen Kammer bis zum Herbst eine Unterlage vorbereitet werden, in der jene Vorschläge und Punkte zusammengestellt sein werden, die aus der Sicht der Steiermark von den österreichischen Vertretern bei den

Verhandlungen mit Brüssel, besonders berücksichtigt werden müssen.

Jüngste Umfragen in Österreich bestätigen, daß die Bevölkerung großes Interesse daran hat, auch in Zukunft gesunde Lebensmittel aus der heimischen Landwirtschaft zu erhalten. Viele Konsumenten machen sich über die künftige Entwicklung unserer Bauern ebensoviel Sorgen wie die Bauern selbst. Dieses Interesse der Konsumenten an der heimischen Landwirtschaft ist ein positives Zeichen. Es wird darum gehen, durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit das Verständnis der Allgemeinheit für die Anliegen der Bauern weiter zu vertiefen, damit durch ausreichende Ausgleichsmaßnahmen der Eintritt in den europäischen Wirtschaftsraum für die Landwirtschaft insgesamt unter zumutbaren Bedingungen erfolgt.

*Die Steiermark besitzt bereits moderne Hackschnitzelanlagen. Mit Fernwärme werden ganze Orte versorgt.*



# BEISPIELE AUS DER PRAXIS

## 1. Innovationen: Raps-methylesterprojekt Mureck Karl Totter



Karl Totter, ein Vorkämpfer für die neue bürgerliche Kreislaufwirtschaft: Energie vom eigenen Feld.

Unsere Tiere fressen Futter aus Amerika, unsere Traktoren werden aus den arabischen Ländern getränkt und wir wissen nicht, wie wir unsere einseitige Produktion loswerden sollen! – Mit dieser Erkenntnis haben wir (22 Bauern gemeinsam mit der Schulabteilung und der Landeskammer) 1986 in Silberberg das Pilotprojekt „Ökodieselerzeugung aus der Rapsfazie“ begonnen.

Als am 28. August 1987 Kammerpräsident a.D. Rupert Buchberger erstmals einen Traktor mit Ökodiesel tankte, und Landesrat Hermann Schaller den Traktor startete, glaubten viele an eine Spinnerei. Am 20. Oktober 1989 wurde die Südsteirische Energie- und Eiweißerzeugung reg. Gen. m.b.H., kurz SEEG genannt, ins Leben gerufen, mit dem Ziel, aus Raps Treibstoff zu erzeugen. Heute umfaßt die SEEG 401 Mitglieder mit einer Rapsanbaufläche von 450 Hektar.

Die Zielsetzung, daß der Bauer seine wichtigsten Betriebsmittel wieder selber anbaut und erzeugt und dabei immer Eigentümer seiner Produkte bleibt, ist einzigartig auf der Welt. Dabei bringt sie wertvolle volkswirtschaftliche Leistungen. Diese ökosoziale Kreislaufwirtschaft ist ein sehr einfaches System.

Aus der Wunderpflanze Raps können viele verschiedene Betriebsmittel hergestellt werden:

### 490.119 kg Raps ergaben folgende Produktionsausbeute und Betriebsmittelverbrauch:

		ergibt/Tonne Raps
Ökodiesel	162.240 Liter	33 l 1 (291,3 kg Öl)
Filterkuchen	2.445 kg	5 kg (Trub)
Rapskuchen	311.315 kg	635 kg
Glycerinphase	34.286 kg	70 kg
Methanol	29.405 l	60 l
KOH	2.800 kg	5,7 kg
Strom	34.632 kWh	70 kWh

### SEEG – Rapsöl Verwendungsmöglichkeiten

Speiseöl	Betriebsmittel für jedes Mitglied
Futteröl für Schweine	
Sägekettenöl	
Kompressoröl	
Hydrauliköl	
Holzschutz	
Schalöl	

Die Rapsmethylestererzeugung ist eine wirtschaftlich interessante Alternative, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die volkswirtschaftlichen Leistungen entsprechend abgegolten werden. Diese Rahmenbedingungen sind notwendig, weil es für die Fossilenergie keine realen Preise gibt. Wir leben im Ausbeuterzeitalter und wirtschaften verschwenderisch. Die Erhaltung der Kulturlandschaft, ein gesunder Boden, ein gutes Wasser, eine reine Luft und eine entsprechende Krisenvorsorge kann es nicht wie bisher weiterhin zum Nulltarif geben. Die Leistungen für eine lebensgerechte Umwelt müssen auch im Energiepreis berücksichtigt werden und wenn das geschieht, wird auch der Preis für den Ökodiesel wettbewerbsfähig.

Andere ökosoziale Kreislaufwirtschaften der SEEG in Mureck herrscht international großes Interesse. Die steirische Idee und steirisches „Know how“ erwecken Weltinteresse. Von April 1991 bis 7. Jänner 1992 besuchten uns 111 Exkursionen mit 5.000 Teilnehmern, davon kamen über 1.000 Teilnehmer aus dem Ausland. Im Oktober 1991 drehte der BBC einen Film über unsere Ökodieselerzeugung.

Wenn wir mit den Besuchern reden und die Ausgangspositionen vergleichen, so kommen wir zu dem Schluss, daß es in Österreich noch eine gut funktionierende bürgerliche Landwirtschaft gibt. Bewahren wir diesen Wert, wir haben viel zu bieten. Werden wir nicht größernahnsinnig, indem wir größere Strukturen suchen. Diese sind im Osten gescheitert und werden auch im Westen scheitern, es ist nur eine Frage der Zeit.

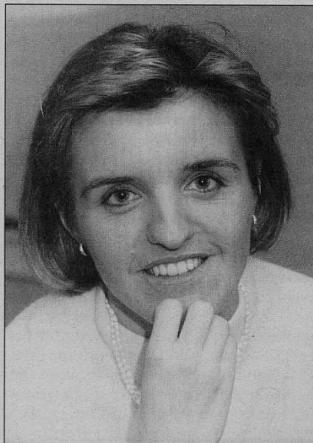
Die SEEG-Mitglieder sind in die Kreislaufwirtschaft eingestiegen. Wir müssen vor dem EG-Beitritt den europäischen Bauern und auch den amerikanischen Farmern die ökosoziale Kreislaufwirtschaft lehren. Die europäischen Bauern sehnen sich wieder nach einem humanen Bauernum. Sie fragen sich, ob es nicht besser wäre, wenn die EG zu Österreich kommt und nicht umgekehrt.

Es ist unsere und vor allem die Aufgabe der Politiker und unserer Vertreter dafür zu sorgen, daß wir unser gutes Rüstzeug in die EG mitnehmen können. Wenn nicht, bleiben wir zuhause. Wir müssen die Verhandlungen so führen, daß wir weiterhin als echte Bauern für eine lebenswerte Kulturlandschaft zu einem gerechten Lohn arbeiten können und folgendes wieder zutrifft: „Unsere Tiere fressen heimisches Eiweißfutter, unsere Traktoren werden aus der Energie vom eigenen Feld versorgt – so lösen wir unsere Umwelt- und Überschußprobleme.“



## 2. Marktnischen entdecken

### Grete Kulmer



Grete Kulmer, Fachlehrerin für Hauswirtschaft, agile Beraterin bei der Direktvermarktung.

Die Arbeitsgemeinschaft bärlicher Selbstvermarkter umfaßt Betriebe, die unter dem Motto „Frisch vom Bauernhof“ produzieren und ist beispielgebend dafür, wie mit gemeinsamen Produktions-, Verarbeitungs- und Marketingkonzepten gezielte Nischenpolitik betrieben werden kann, denn der Markt ist begrenzt, und um die gegenseitige Konkurrenz abzubauen, entwickelt die Landwirtschaftskammer einen Strukturplan für Bauernmärkte in der Steiermark.

Die Philosophie der Arbeitsgemeinschaft bärlicher Selbstvermarkter lautet:

1. „Frisch vom Bauernhof“-Betriebe produzieren, verarbeiten und vermarkten die besten bärlichen Spezialitäten für umwelt- und gesundheitsbewußte Erlebniseinkäufer.
2. Die Mitgliedsbetriebe verdienen pro eingesetzter Arbeitsstunde mehr als der Durchschnitt.
3. Die ARGE bietet den Mitgliedsbetrieben gezielte Hilfestellung durch:
  - Information und Schulung
  - Qualitätssicherung
  - Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
  - Interessenvertretung
  - Auffinden und Initiiieren von Synergieeffekten und Kooperationen

- Bereitstellung von Betriebs- und Werbemitteln
- marktgerechte Preisberatung

Die Produktionsrichtlinien der „Frisch vom Bauernhof“-Betriebe lauten: konventionell, naturmah-kontrolliert und biologisch. Und das Marketingkonzept umfaßt eine gemeinsame Arbeitsausrichtung, Qualitäts sicherung sowie eine einheitliche „Frisch vom Bauernhof“-Werbung.

Die Vermarktung kann entweder ab Hof, auf dem Bauernmarkt, in einem rustikalen Fachgeschäft oder durch Zustellung erfolgen. Und damit sich alle Betriebe an diesem Konzept orientieren, werden Instrumente für die Umsetzung und Einhaltung der gemeinsamen Richtlinien eingesetzt. Diese sind: Schulungen, Produktionskontrolle über Landesverbände, Kontrollen im Verdachtsfall und offizielle Betriebsanerkennung. Die Erfahrung zeigt, daß der Konsument gerne auf „Frisch vom Bauernhof“-Produkte zurückgreift, so werden ihm doch einerseits Frische, Qualität und die Gewißheit, ein bärliches Naturprodukt gekauft zu haben, garantiert und andererseits das Einkaufserlebnis Bauernmarkt oder Bauernhof geboten.



Bärliche Gruppen mit Spezialangebot erobern in jüngster Zeit mit ihren „Nischen“ auch verschiedene Supermärkte. Das Foto stammt vom Interkauf in Graz.

### 3. Neue Vermarktungsstrukturen: Steirerfrucht Fritz Prem



Fritz Prem, Obstbauer aus dem Hartbergerland, hat als Initiator der STEIRERFRUCHT neue Horizonte aufgestoßen: miteinander statt gegeneinander.

#### Unsere Ausgangssituation:

In der Steiermark werden 75% von Österreichs Tafeläpfel produziert. Knapp 10 % werden direkt vermarktet, 90 % nehmen den Weg zum Konsumenten über den organisierten Handel. Die Importe von Obst und Gemüse sind in den letzten Jahren ständig angestiegen, vor allem von Bananen, Süßfrüchten und von exotischen Monatsfrüchten, sowie Tomaten und Paprika. Im Zuge der EG- und EWR-Diskussion haben sich selbstverständlich die Obst- und Gemüsebauern mit ihrer Zukunft im neuen Haus Europa auseinandergesetzt.

Die Obstbauern haben in den letzten 2-3 Jahren eine erfreuliche Reisetätigkeit quer durch alle wichtigen Obstbauregionen Europas hinter sich. Die Angst ist einem Realismus gewichen, der sich wie folgt darstellt:

Der Apfelanbau konzentriert sich in Europa auf die Regionen Bodensee, Südtirol, in Frankreich Limousin, sowie auf einige kleinere Obstregionen, zu denen auch die Steiermark gehört. Der gesamte Osten steht noch als ein Fragezeichen dar. Regionen wie Holland und Belgien gleichen ihre Standortnachteile durch verbesserte Forschungs-, Organisations- und Vertriebsstrukturen aus.

Österreich hat an der europäischen Gesamtapfelernte einen Anteil von etwa 1,5 %. Es zeichnet sich besonders im letzten Jahr ab, daß sich in Europa nicht einzelne Handelsunternehmen sondern ganze Regionen als Marketing-Einheit am Europäischen Markt formieren. Für uns stellt sich die Frage, ob wir die Herausforderung EG annehmen und Glauben an unsere Zukunft haben können.

Unsere Stärken sind:

- Mit der Marke „Frisch-Saftig-Steirisch“ haben wir eine bekannte regionale Marke kreiert.
- Die Betriebsgrößen sind ähnlich wie in den übrigen europäischen Zukunftsbieten.
- Ein stark ausgeprägter Gemeinschaftsgeist innerhalb unserer Sparte ist vorhanden.
- Wir liegen in der europäischen Apfel-Gunstlage (im Alpenvorland)
- Wir haben ein entwicklungsfähiges Ausbildungssystem für unsere Betriebsführer

Unsere Nachteile:

- Unsere Produktivität liegt nur im Durchschnitt
- Kostennachteile bei Betriebsmittel, Ha-gelversicherung, Sozialversicherung u. a.
- Wesentliche Kostennachteile bei Lagerung und Vertrieb durch EG-ungeeignete Strukturen und deutlich niedrigere Projektförderungen.

Für ein großes Haus Europa müssen die Wettbewerbsnachteile unserer Region ausgeschaltet werden. Wir brauchen mindestens die gleichen Startbedingungen wie unsere Konkurrenten.

Für den endgültigen Startschuß zur STEIRERFRUCHT waren drei Punkte ausschlaggebend:

1. Wir stehen vor der Haustüre der EG und haben bereits angeklopft.

2. Ein großer Investitionsschub stand bei allen Genossenschaften bevor.
3. Ein Generationswechsel bei den Funktionären ermöglichte ein neues Denken und Handeln.

Bei der Gründung der STEIRERFRUCHT waren 7 autarke Genossenschaften mit insgesamt 9 Standorten beteiligt, die vormals am Markt Konkurrenten waren. Jeder Betrieb hat sich aber seine eigene Infrastruktur gehalten.

Ein gemeinsamer Kraftakt war notwendig. Wir wußten, daß wir die Betriebsstruktur im genossenschaftlichen Bereich wesentlich verbessern müssen, und daß die Agrarpolitik in Form von unterstützender Förderung ein neues Projekt festigen muß.

Das Ergebnis dieses gemeinsamen Kraftaktes gibt uns Mut und Zuversicht:

Wir haben die Obst- und Gemüsesparten aus den Primärgenossenschaften herausgelöst und eine autonome Steirische Obst- und Gemüsegenossenschaft daraus geformt. Die bisherigen Lager- und Betriebeinrichtungen wurden in der Steirerfrucht eingegliedert. Die Gesellschaftsform als Genossenschaft im Sinne Friedrich Raiffeisens bietet die beste Voraussetzung für eine GEMEINSCHAFT VON ERZEU-GERN. Das Entscheidungs-, Macht- und Willenszentrum bilden die Eigentümer selbst. Der Informationsfluß läuft über die regionalen Obst- und Gemüseausschüsse. Steirerfrucht ist damit aus europäischer Sicht ein Vermarktungsbetrieb mittlerer Größe geworden.



Die österreichische Agrarpolitik hat es ermöglicht, daß sich diese leistungsfähige Struktur festigen kann. Wir sind von der Größe her überschaubar und trotzdem bereits rational organisiert.

Der Grundgedanke war, eine professionelle Infrastruktur für die Obst- und Gemüsevermarktung zu schaffen. Diese Infrastruktur bilden die einzelnen Interessengruppen gemeinsam (z. B. Äpfel, Birnen, Pfirsich, Salat, Gurken usw.).

Entscheidend ist, daß die einzelnen Sparten für sich allein gewinnbringend sind, sodaf z. B. der Salatbauer nicht die Defizite der Pfirsichbauern mittragen muß. Es muß eine Kosten- und Ertragswahrheit geben, das heißt für gleiche Produkte soll es zum gleichen Zeitpunkt den gleichen Erlös geben.

Die Infrastruktur der Steirerfrucht nutzen zur Zeit etwa 1200 Obst- und Gemüsebauern.

Das Leistungsprofil kann sich international sehen lassen. Wir haben Lagermöglichkeit für 2300 Waggons, eine Sortier- und Verpackungsleistung von je 20 Tonnen in der Stunde, ein zentrales Verkaufsbüro, das direkt am Warenfluß sitzt, ein einziges Expedit und ca. 350 Kunden (von Fahrverkäufern bis zu allen großen Handelsketten Österreichs), einen auf unsere Erfordernisse abgestimmten Fuhrpark und die Möglichkeit, die Logistik ständig zu optimieren.

Die Steirerfrucht erbringt vorwiegend Leistungen für ihre Mitglieder und Interessengruppen (z. B. Dienstleistungen im Bereich von biologisch dynamischen Produkten).

Es war uns bewußt, daß wir auch ohne EG eine Strukturverbesserung durchführen müssen. Die Steirerfrucht hat damit begonnen, andere werden diesem Weg folgen müssen.

Unser Ziel ist es, am gemeinsamen Markt Europas als Obst- und Gemüsebauern zu bestehen. Wir müssen unsere Stärken hervorheben, unsere Schwächen beheben und unsere agrarpolitischen Rahmenbedingungen ebnen.

Mit Vertrauen auf unser Können und auf die Agrarpolitik, und ohne Jammern und Miesmachen haben wir unsere Ziele formuliert und uns auf den Weg in ein gemeinsames Europa begeben.

Es liegt noch ein hartes Stück Arbeit vor uns, aber die ersten Schritte haben wir bereits hinter uns gebracht.

Eine ständige Weiterentwicklung und Verbesserung unserer Vermarktungsstrukturen sind für uns selbstverständlich.

## 4. Ökologische Produktionsweise Josef Renner



*Josef Renner, führender steirischer Biobauer, weiß, daß er und seine Berufscollegen im Trend liegen.*

Der biologische Landbau versucht, die gesamte Landwirtschaft anzusprechen und forciert die Umstellung der Betriebe in Richtung Kreislaufwirtschaft. Diese beginnt mit einem gesunden Boden, der gesunde Pflanzen hervorbringt, und diese wiederum dienen als Futtermittel für gesunde Tiere. Der gesunde Mensch braucht diese gesunden Lebensmittel.

Die **Grundsätze** für den biologischen Landbau lauten:

- Wirtschaftsdüngerpflege
- Artgerechte Tierhaltung
- Vielseitige Fruchfolge
- Verzicht auf: leichtwasserlösliche Mineraldünger und chemisch synthetische Spritzmittel, chemische Beizmittel, Antibiotika und Importfuttermittel.

### Die Organisation:

Der biologische Landbau ist nicht nur österreichweit sondern weltweit organisiert. Die IFOAM (Internationale Vereinigung aller

Bioverbände) zählt weltweit 500 Mitgliedsverbände aus 80 Staaten. Auch die EG hat eine eigene Verordnung für die biologischen Landwirte. In Österreich existiert der Lebensmittelkodex. Das eigentliche Kernstück der Biobauern bilden Arbeitsgruppen, wo wichtige Informationen ausgetauscht werden, und diese wiederum bilden die Verbände.

Zur Zeit gibt es steiermarkweit 650 biologisch landwirtschaftende Betriebe, österreichweit bilden sie die stärkste Gruppe. Bis 1992 werden voraussichtlich noch ca. 200–300 Betriebe dazukommen.

### Leistungsabgeltung:

Die Leistungsabgeltung soll zwar nicht im Vordergrund stehen, sie hat jedoch beim biologischen Landbau, der die größten ökologischen Leistungen in der Landwirtschaft vollbringt genauso ihre Berechtigung. So beträgt der Sockelbetrag bis zu S 8.000,-/Betrieb, bei Spezialkulturen bis zu S 6.000,-/ha, bei Ackerland bis zu S 3.000,-/ha, bei Grünland bis zu S 1.500,-/ha. Die Obergrenze beträgt S 70.000,-/Betrieb und die Mindestfläche beträgt 2 ha RLN, 0,7 ha bei Spezialkulturen. Die Förderung gilt für Umstellungsbetriebe und anerkannte Betriebe.

„Der Biobauer liegt im Trend“ so ein Zitat von NРАbg. Mag. Wilhelm Molterer, der meint, daß die biologische Landwirtschaft mehr als nur eine Marktnische sei und daß noch viel Pionierarbeit für eine Neuaustrichtung der Agrarpolitik geleistet werden müsse.

## Bioinseln in den Supermärkten

Der biologische Landbau braucht in der Steiermark dringend Unterstützung im Aufbau von neuen Vermarktungsstrukturen. Die Direktvermarktung allein reicht nicht mehr aus, wir müssen in den Supermärkten auch Bioinseln schaffen, wo genau deklariert und gesondert die Bioprodukte angeboten werden.

### Abschließend noch kurz ein paar Worte zu biologischer Landbau und EG:

Wir müssen uns genau überlegen was geschehen wird, wenn wir nicht beitreten und wir müssen genau die Vor- und Nachteile eines Beitritts abwägen und dann erst die Entscheidung treffen.

*Es gibt drei Arten von Menschen:*

*solche, die unbeweglich sind,  
solche, die beweglich sind;  
und solche, die sich bewegen.*



# (LAND-)WIRTSCHAFT INMITTEN VON EUROPA UND EG



Wolfgang Schüssel, unser Wirtschaftsminister, weiß den Wert der Bauern für die gesamte Gesellschaft zu schätzen.

**M**ein Thema sollte sein, daß ich, ein bißchen unabhängig von irgendwelchen ökonomischen Studien, versuche, die Rahmenbedingungen der österreichischen Wirtschaft auf den Punkt zu bringen und dann kann jeder selbst entscheiden, welche Strategie man in einer sich dramatisch verändernden Situation anwenden soll. Ich beginne einmal damit, daß sich die Weltwirtschaft in einer ziemlich abrupten Veränderung befindet.

Ein amerikanischer Wahlkampf wird heute im pazifischen Raum mitentschieden. Eine europäische politische Situation wird heute in Osteuropa wesentlich geprägt. Und auch der japanische oder pazifische Raum ist natürlich von den Schwankungen in der Weltwirtschaft ungeheuer betroffen. Das geht glaube ich auf die vielzitierte Triade zu, wo drei große Wirtschaftsböcke, die „Amerikas“ auf einer Seite, der pazifische Raum, dominiert von Japan und die europäische Integration, der europäische Wirtschaftsraum, die Gewichte bestimmen und die Themen vorgeben. Wie gesagt, es ist auch kein Zufall daß alle diese drei großen Wirtschaftsräume sich eine ganz ähnliche Philosophie zu eigen gemacht haben, nämlich:

1. Ausschaltung des Kursrisikos. Das heißt, möglichst einheitliche Währungspolitik. In den „Amerikas“, ich nenne bewußt diesen Begriff, haben sie heute schon eine Freihandelszone und eine strikte Währungsbildung zwischen den USA und Kanada und Sie können sicher sein, daß die Leitwährung in Südamerika ja auch heute schon der Dollar ist. Das heißt, man versucht hier eben Kursschwankungen auszuschalten.

Die ganz ähnliche Situation haben Sie im pazifischen Raum, da ist alles an der Leitwährung, den Yen orientiert und ganz ähnlich versucht jetzt die europäische Gemeinschaft mit den Maasicher Beschlüssen die Entwicklung ihrer eigenen europäischen Währung, dem ECU, der sich aus einem Korb, bestehend aus den wichtigsten EG-Währungen zusammensetzt. Wir sind ja praktisch schon assoziiert hier über die Bindung an die DM.

2. Die zweite Grundidee ist der Freihandel, das Prinzip des Freihandels und Eröffnung der Märkte. Wiederum in Amerika das Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko. Ich bin ganz sicher, daß das in absehbarer Zeit ausgedehnt wird auf eine Freihandelszone, die von Feuerland bis Neufundland reichen wird, also Nord- und Südamerika einschließen wird und das ist eben die Voraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität, und eine ganze ähnliche Konzeption ist natürlich die EWG immer gewesen, jetzt auch die EG, und jetzt in der sehr interessanten Zwischenstufe zum europäischen Wirtschaftsraum, wo in 19 Ländern Versuche laufen, diese Prinzipien des Freihandels zu verwirklichen. Wir verhandeln ja auch schon neben diesen 380 Millionen, die diesen Wirtschaftsraum heute schon darstellen sollen, das heißt, morgen ab 1. Jänner 1993, mit Polen, Ungarn, und der Tschechoslowakei, den baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, sicherlich Slowenien, Kroatiens und in absehbarer Zeit auch mit den reformwilligen GUS-Staaten. Ganz ähnlich wie im pazifischen Raum. Sie haben ganz ähnliche Konzeptionen in diesen drei Wirt-

schaftsblöcken, die eben nicht zufällig zu diesen dominanten Figuren in der Weltwirtschaft geworden sind. Diese Belebung der Weltwirtschaft ist auch absolut notwendig, denn die Weltwirtschaft war immer eine Konjunkturlokomotive für alle Staaten der Welt, man kann sagen, daß der Welthandel im Durchschnitt pro Jahr ungefähr um 7,8% gestiegen ist und es hat sich jetzt etwas verlangsamt.

## Die Entwicklung, auf die wir zusteuern

Das war auch der Grund, warum vor 5 Jahren die sogenannte Uruguay-Runde, diese GATT-Veränderung begonnen hat. Man wollte damals die Spielregeln des freien Welthandels, der ungefähr nur 1/3 der Güter und Waren insgesamt betroffen hat, ausweiten, wesentlich ausweiten auf Dienstleistungen, auf Textilien, auf tropische Produkte, auf Landwirtschaft, auf geistiges Eigentum usw., um damit quasi eine Verdopplung der Güterströme zu bekommen. Das heißt, wenn sich heute 1/3 des Weltwirtschaftshandels nach dieser GATT-Disziplin abwickelt, werden in Zukunft etwa 2/3 nach diesen gemeinsamen Spielregeln abgewickelt. Im Prinzip ist es natürlich richtig, daß sich die Weltwirtschaft auf solche einheitliche Spielregeln festlegt. Daß die Spielregeln natürlich jetzt in dem speziellen Punkt Agrarwirtschaft für uns ganz wesentlich noch verändert werden müssen, nach stärkeren ökologischen Gesichtspunkten und Produktbeschränkungen, steht auf einem anderen Blatt. Aber im Prinzip ist dies ungeheuer wichtig, ja unverzichtbar, für ein kleines exportorientiertes Wirtschaftsland wie Österreich, das gilt für die Landwirtschaft genauso wie für die Industrie, oder für das Gewerbe. Es ist wichtig, daß man hier gleiche oder vergleichbare faire Wettbewerbsspielregeln hat. Das ist also die Entwicklung, auf die wir zugehen. Und diese Entwicklung ist aber auch schmerhaft. Das muß man ganz offen sagen. Das kann sich in allen einzelnen Ländern, oder auch in den verschiedenen Gemeinschaften zum Teil ja mit unterschiedlichen Spielregeln heraustralieren, an die sich die Leute gewöhnt haben, die Vorteile und Nachteile kennen und ausnutzen.

## Die Aussichten für Österreich

Die Aussichten für uns sind deswegen nicht gerade rosig, wenn wir so bleiben wie wir sind; denn ein kleiner Markt, nehmen wir einmal an, wir gehen nicht in die Europäische Gemeinschaft hinein, mit 8 Millionen Menschen ist natürlich eine Insel, verglichen mit einem 320 Millionen-Markt, 350

Millionen-Markt in der EG und einem immer größeren Bereich in Mittel- und Osteuropa. Die Mittel- und Osteuropäischen Staaten werden über kurz oder lang in der Europäischen Gemeinschaft sein, da führt überhaupt kein Weg vorbei. Sie wollen gestern schon dabei sein und nicht bitte erst in 5 oder 10 Jahren, was wahrscheinlich das realistischere Szenario ist. Ich bin ganz sicher, daß auch andere Staaten dies wollen und Sie können Gift darauf nehmen, daß diese Länder alles versuchen werden, um auch durch einseitige Konzessionen gegenüber der Europäischen Gemeinschaft alles zu erreichen, um an diesem großen Markt partizipieren zu können. Und dann entsteht wirklich die dramatische Situation, daß das kleine Österreich eine an sich sehr starke Wirtschaft, die zwölftreibste Wirtschaft, pro Kopf gerechnet, der Welt, als Insel überlebt immiten dieses riesigen gemeinsamen Marktes. An einem kleinen Beispiel sei es erläutert, was das bedeuten kann:

Sie wissen, daß wir im Westen Österreichs eine ungeheuer starke Textilindustrie haben. Ich rede nicht bitte von der Bekleidungsindustrie, man muß das immer auseinander halten. Also Anzüge erzeugen in Österreich und nähen lassen ist undenkbar. Höchstens in einem Spitzensegment möglich, im gehobensten Bereich, aber sicherlich nicht wirklich in einem Bereich, in dem wir mit unserer doch immerhin sehr guten Lohn-Situation mithalten werden. Das soll man noch all jenen sagen, die natürlich immer wieder von 10.000 Schilling Mindestlohn und 12.000 Schilling Mindestlohn reden, haben ökonomische Auswirkungen. Es wird die burgenländische Närherin blitzartig nach Polen abwandern, (der Arbeitsplatz natürlich), weil zu diesen Konditionen diese Produkte nicht mehr erzeugt werden. Aber nun zur Textilindustrie. Bei Garnen, Strickereien, höchst gewebten Stoffen ist die Situation völlig anders. Wir erzeugen z. B. in Vorarlberg, auch in Tirol und in anderen Teilen Österreichs solche gigantische Qualitätsstoffe, die die besten Modeschöpfer verwenden. Wie z. B. ein Yves Saint Laurent oder eine Paloma Picasso. Es wissen ja wenige Leute, wie gut wir sind. Paloma Picasso läßt ihre Brillen in Österreich, in der Steiermark fertigen. Die besten Sachen, die ja oft mit aufregendsten Farben und Kombinationen und Muster gemacht werden, werden in Österreich design, gewebt, gestrickt, oder gefertigt und dann nach Italien, nach Frankreich, nach Deutschland geliefert. Also im Toppbereich, das sind nicht irgendwelche krisengeschüttelten Grenzkostenbetriebe, die man mit Staatssubventionen fördern muß, das sind Spitzenbetriebe, mit 80, 90% Exportanteil. Und jetzt kommt es: Wenn zum Beispiel, was sich jetzt dramatisch verändert durch den Abschluß der Freihandelsabkommen von Polen und der Tschechoslowakei nicht der Europäische Gemeinschaft. Wenn zum Beispiel wie früher, oder jetzt noch, ein österreichischer Stofferzeuger (Anzugsfutter für super Boss-Anzug) nach Deutschland liefert, dort wird das ganze dann nach Ungarn geliefert, end-

# Ohne Bauern würde uns die Luft ausgehen.

gefertigt, genäht und wiederum rückverichtet, dann muß jetzt dafür für den österreichischen Vorlieferungsanteil Differenzzoll bezahlt werden, das ist in der Größenordnung von 8–12% und dafür eine eigene Faktura gestellt werden. Selbst wenn also der österreichische Produzent sagt, damit er im Geschäft bleibt, „ich zahle euch diesen Differenzzoll, damit ich im Geschäft drinnen bleibe“, ist es undenkbar, daß der Betrieb sich das antut, weil diese Differenzverzöllung tut sich kein Mensch mit der Bürokratie an. Das heißt, wir fliegen aus dem Markt, nur deshalb, weil die ungarischen Lieferungen, die jetzt durch diese Vereinbarungen zollfrei sind, billiger sind. Und das ist bitte sehr nur erreichbar, nur änderbar, wenn wir entweder eine Sonderregelung bekommen, auf das haben jetzt die Brüsseler Bürokratie und vor allem portugiesische Mitkonkurrenten nur gewartet, um uns freiwillig eine solche Sondervereinbarung zu geben, oder durch einen Beitritt. Ich sage das sehr sehr deutlich und da sind 30.000 Arbeitsplätze betroffen, die werden nicht morgen alle gefordert sein, aber ein großer Teil, manche sagen, die Hälfte ist in 1–2 Jahren weg. Und ähnliches bitte sehr haben wir natürlich auch im Bereich der Agrarpolitik, im Bereich der Agrarwirtschaft, wenn man die drei großen Bereiche hennimmt, Fleisch, Wild und Getreide, dann muß man sehen, daß im Getreide überall, wo man die Beispiele erwähnt, Überproduktion herrscht, wenn es nur einigermaßen glatt zugeht. Diese Märkte sind in Wahrheit überfüllt, da ist bitte auch der Heimmarkt Österreich nicht unbegrenzt erweiterbar und alle anderen Märkte haben die gleichen Probleme wie wir. Die Sektoren hängen sehr stark mit der Tiefe und Verarbeitungsqualität zusammen. Da würde ich sagen, da hätten wir noch einiges anzubieten und noch einiges zu lernen und noch einiges zu verbessern, da liegen meiner Meinung nach unglaubliche Chancen drinnen und wir haben drittens natürlich den Fleischbereich, der ja immer wichtiger wird, der aber sehr, sehr bedroht gewesen ist. Ein Riesenerfolg, des früheren viel zu wenig geschätzten Agrarministers Josef Riegler und spä-

teren Bundesparteiobmann-Vizekanzler, (jetzt von Franz Fischler in die Scheune gefahren, gestern im Handelsausschuß haben wir's beschlossen) ist das bilaterale Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft, das uns ermöglicht 63.500 Tonnen ausführen zu können in die Europäische Gemeinschaft zum begünstigten Abschöpfungssatz von nur 13%. Das heißt, die wichtige Säule Fleisch ist ununterbrochen bedroht gewesen. Und jetzt haben wir im vergangenen Jahr eine positive Entwicklung gehabt, wir haben also praktisch innerhalb von 2 Jahren unsere Exporte von 50.000 Tonnen auf über 70.000 Tonnen steigern können und das ist bitte fast ausschließlich in die EG, und da wiederum vor allem nach Norditalien gegangen. Man muß hier schon sehen, auf welche Situation wir zugehen, machen wir uns da überhaupt nichts vor. Der heimische Markt ist nicht mehr unbegrenzt erweiterbar. Aber da sind gigantische Steigerungsraten wohl nicht zu erwarten.

## Wir haben wichtige Bereiche, um die wir uns kümmern müssen:

- 1.) Das erste ist, wie können wir auf dem Europäischen Markt unsere Position beaupten. Hier ist die Integration für uns lebenswichtig. Wir haben z. B. 1972 durch das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft bekanntlich die Einbeziehung der Landwirtschaft nicht erreichen können. Was dieses „Draußensein“ bedeutet, will ich Ihnen nur an einem einzigen Punkt nennen: Der EG-Anteil der österreichischen Agrarprodukte ist innerhalb dieser Zeit von 67% auf 51% zurückgegangen. Das heißt, wir sind ausgegrenzt worden, und haben gegenüber der Europäischen Gemeinschaft mittlerweile ein Agrarhandelsbilanzdefizit von mehreren Milliarden Schilling zustandegekommen, weil es uns nicht gelungen ist damals 1972 die Integration der Landwirtschaft voll zu erreichen. Das ist die Folge des Draußenseins. Das heißt, wir müssen alles tun, um die Position auf diesem ungeheure wichtigen Markt für uns sicherzustellen.
- 2.) Zweiter Punkt ist das Ost-Thema, wo ich auch persönlich glaube, daß es ein zunächst mittelfristig unlösbares Problem für uns sein wird. Die Situation ist natürlich so, daß die Europäische Gemeinschaft diesen Ländern, damit sie aufgenommene Kredite und Schulden einigermaßen hereinbekommt, einfach diese Konzessionen einleiten muß. Was können diese Länder anbieten? Praktisch nur Textilien, Stahl, Landwirtschaft und Energie. Das trifft nahtlos aber wiederum volle Länge uns in den EG-Märkten, das heißt, wir haben auf den europäischen Märkten verstärkt mit dieser Konkurrenz aus Mittel- und Osteuropa zu kämpfen, was also wiederum ohne eine ausreichende Integration ungeheure Schwierigkeiten geben wird. Dazu kommt noch, daß wir natürlich auf unserem eigenen Markt diese ähnlichen Schwierigkeiten bekommen werden, denn es läßt sich jetzt schon abschätzen, daß wir natürlich nicht umhinkommen, auch mit diesen drei Ländern Polen, Ungarn und Tschecho-



Eifige Diskussion nach dem Referat von Minister Schüssel.

slowakei zumindest drei Freihandelsverträge abzuschließen, die gewisse Konzessionen auf diesen Bereichen notwenig machen. Wir halten diese Konzessionen mit striktem Einvernehmen natürlich mit der Landwirtschaft so gering als möglich. Aber es ist klar, daß wir hier nicht eine völlige Abschottung machen können. Wir haben doch 180 Mrd. Schilling Verbindlichkeiten stehen in diesen Ländern, nicht nur in Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, sondern in Gesamtmittel- und Osteuropa und können daher nicht einfach sagen, handelspolitisch machen wir überhaupt nichts. Das heißt, es kommt von dieser Seite her eine ziemliche Problematik auf uns zu und wir müssen uns meiner Meinung nach auf diese Dinge einstellen. Was sollen wir nun aus eigenem Interesse tun? So wie es ist wird's nicht bleiben, das ist unbestritten und selbst wenn wir gar nichts machen würden, würde unsere Position relativ immer schlechter werden, weil eben die Auslandsmärkte immer stärker auf verstärkte Konkurrenz treffen, wo der Heimmarkt nur langsam wächst, aber stabil bleibt und zugleich wettbewerbsbeschränkende oder verzerrnde Faktoren auf den Inlandsmärkten zu finden sind.

### Wir sollten uns daher drei Schritte überlegen

1) Punkt eins, wir sollten neben einer Gesamtpositivlinie die Aufnahme der Europäischen Integration in den Vordergrund rücken. Man sollte vor allem die Chancen in der Weise nützen, daß man versucht die österreichische Agrarmarktordnung rechtzeitig anzupassen. Das hat überhaupt nichts

mit dem Beitritt zu tun, das sag ich ganz offen, daß müßten wir tun, ob wir Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden wollen, oder nicht. Vor allem die wettbewerbshemmenden und konservierenden Regelungen im nachgelagerten Be- und Verarbeitsbereich müßten meiner Meinung nach beseitigt werden. Wir haben gemeinsam, Fischerl und ich, eine Studie über Wirtschaftsforschungsinstitute gemacht über die Chancen der Nahrungsmittelindustrie. Dabei ist natürlich sehr klar herausgekommen, daß wir in diesem Bereich im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Produktivität haben, daß wir so gut wie überhaupt keine Marktentwicklung besitzen, daß also auf diesem Sektor eine ungeheure Umstrukturierung geschehen muß. Man sollte sich natürlich auch im Bereich der Agrarpolitik überlegen, ob bestimmte Regelungen, Bestandsobergrenzen und vieles andere, wirklich Chancen für die heimische Landwirtschaft bedeuten, oder ob da nicht manche Dinge auch ein bißchen überzogen sind.

2) Zweiter Punkt: Wir sollten dringend versuchen, Wettbewerbsverzerrende Vereinbarungen, Bestimmungen, Normen im Vorleistungsbereich in der landwirtschaftlichen Produktion zu überdenken oder zu beseitigen, mit dem Ziel, daß wir wirklich alle Kostenvorteile für die Agrar- und Ernährungswirtschaft nutzbar machen. Auch der Bauer ist natürlich davon betroffen, daß er eben vergleichsweise relativ kostensteuer Betriebsmittel, Maschinen oder andere Dinge bekommt. Auch diese Dinge werden natürlich den Rationalisierungsdruck in bestimmten Handelsbranchen deutlich erhöhen.

3) Dritter Punkt: Die Neukonzeption des Agrarmarketings mit dem Ziel einer Intensivierung des absatzpolitischen Instrumentariums auf den europäischen Märkten mit Betonung auf Qualität und auf spezifische Eigenheiten der österreichischen Agrarprodukte. Das ist eben das Schlagwort „Feinkostladen“. Das das möglich ist, ist in der Praxis bewiesen. Ein Beispiel: Die Dänen sind meines Wissens das einzige Land in Europa, das mit Japan einen Handelsbilanz-Überschuß hat. Und zwar nicht, weil sie irgendwelche Hightechprodukte nach Japan liefern, sondern weil sie Speck, Schweinsriperln und ähnliches nach Japan liefern. Die Japaner haben jahrelange Vorarbeiten und Millionen und Abermillionen in Entwicklung- und Forschungskosten, natürlich auch Marketingkosten investiert, indem sie zunächst einmal genau den Markt studiert haben, genau überlegt haben, welche Sanitär-Veterinärmaßnahmen notwendig sind, und welche lebensmittelpolizeilichen Vorschriften in Japan verlangt werden. Sie haben sich japanische Spezialisten hergeholt, die ganz genau die Bauernhöfe und die Fleischverarbeitungsfabriken besucht und kontrolliert haben, sie haben genau die Spezifikationen erbracht, die dort notwendig waren und haben dort Millionen in Werbekampagnen hineingesteckt mit dem Ergebnis, daß sie heute mit einem an sich wie wir sagen „unintelligenten Produkt“ unglaublich erfolgreich gewesen sind. Das ist wirklich leicht gesagt, es ist ein hervorragendes gutes Beispiel, aber es setzt eben voraus, daß es wirklich so etwas gibt wie eine österreichische Konzeption auf diesem Gebiet. Die einzige Konzeption, die es in

Österreich derzeit gibt, auf irgendwelche Agrarprodukte, ist bekanntlich das Weinmarketing. Man muß sich wirklich überlegen, ob man nicht neue Prioritäten setzen soll!

## Kooperation und Partnerschaft sind gefragt

Die Partnerschaft, die Pörtl so intensiv beschworen hat, ist gefragt. Es hat ja überhaupt keinen Sinn, wenn ein jeder seinen Schrebergarten oder seinen Acker beackert und pflückt. Das ist eben die notwendige Kooperation, die wir in Österreich ja unglaublich schwer unter Verleugnung sämtlicher spezifischer Eigenschaften zusammenbringen. Die Industrie muß mit der Landwirtschaft, mit dem Tourismus, mit den besten Köchen die wir haben, mit den Biobauern, oder mit bestimmten anderen Bereichen oder Spezialkulturen zusammenarbeiten. Das ist die notwendige Voraussetzung bis hinein in den Handel. Man könnte sich einmal überlegen, daß beispielsweise bestimmte Marken, bestimmte österreichische Qualitäten besonders herauszustellen. Diese Vernetzung, diese Kooperation ist im Bereich der Agrar-Marketingposition absolut notwendig. Wie gesagt, ich glaube, daß alle diese drei Maßnahmen zunächst gar nichts zu tun haben mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft. Ich glaube, all dies müßten wir tun, ob wir dazugehen wollen, oder nicht. Ich sage nur eines, daß eben die Chancen und die Produktions-Spielräume,

die Absatz-Spielräume für die österreichische Industrie für das österreichische Gewerbe, für den Tourismus, für die Landwirtschaft, alles für Wirtschaftszweige von Österreich durch diesen angestrebten EG-Beitritt besser sind und wir daher alles tun müssen, um uns diskriminationsfrei in diesem Markt zu bewegen. Die Leute erwarten von uns eine klare und ausdruckstarke Meinung. Und man kann mit dieser Meinung konform gehen oder nicht, das ist in einer Demokratie immer möglich. Es ist überhaupt niemand gezwungen, eine Meinung für richtig oder für gut zu finden, jeder kann eine eigene Meinung haben. Aber ich glaube, Aufgabe der Politik ist es, die Situation aufzuzeigen und Alternativen und Lösungsmöglichkeiten anzubieten und dazu zu stehen. Dafür verstehe ich meine Funktion als Wirtschaftsminister, als einer, der eben seine fundierte Meinung hat, daß an dieser europäischen Integration kein Weg vorbeiführt, wenn wir unseren Wohlstand halten wollen, wenn wir unsere Chancen und unsere Möglichkeiten verstärken wollen, daher muß man aktiv darum kämpfen. Aber ich bin eigentlich sehr zuversichtlich, daß die Österreicher, wenn's um die echte Entscheidung geht, wo natürlich abgewogen werden muß, die Vor- und auch die Nachteile eines solchen Beitritts, letztlich für die eigenen Vorteile und auch für die eigene Geldtasche sein werden. Ich nenne Wohlstandsvoorteile von 50 Milliarden oder Preisvorteile für die Konsumenten, die auch von nicht unbeträchtlicher

Höhe sind. Manche glauben, daß die Neutralität eine aktive Versicherungspolizie ist gegen Kriege, das ist sie natürlich nicht. Die Einbindung in eine gesamteuropäische Sicherheitskonzeption ist die einzige Versicherungspolizie gegen militärische Konflikte, die es überhaupt gibt. Ich muß das jetzt am Schluß sagen, damit niemand glaubt, die ökonomischen Interessen sind die wichtigsten.

Es geht um wohlverstandene sicherheitspolitische, gesamtstaatliche Interessen und darum, ob wir in dieser sich unglaublich dramatisch verändernden Landschaft bestehen können oder nicht.

*Die Landakademie bietet immer wieder die Chance zum regen Erfahrungsaustausch.*



Reinhard Rack

## (EG)ANGST – EIN SCHLECHTER RATGEBER – AUCH FÜR DIE BAUERN



Reinhard Rack, wirkt nicht nur an der Grazer Universität, sondern auch als Europa-Beauftragter der Steiermärkischen Landesregierung. Er will das Informationsdefizit über die EG rasch abbauen helfen.

Je näher die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes heranrückt, desto mehr scheinen sich die Ängste in der Bevölkerung vor diesem Integrationsschritt zu verdichten. Es handelt sich um Ängste in nahezu allen Berufsgruppen und sonstigen Interessengemeinschaften. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß sich sämtliche Befürchtungen – auch jene der Bauernschaft – als nicht wirklich begründet erweisen. Nicht nur das! Um es noch deutlicher zu formulieren: Unter dem Strich sollte es und wird es in Österreich weitaus mehr Gewinner als Verlierer im Prozeß der europäischen Integration geben. Das gilt auch für die Bauern: Gehen wir aber zunächst auf die einzelnen Ängste in der Bevölkerung etwas näher ein. Die österreichischen Arbeitnehmer befürchten, daß sie ihre Arbeitsplätze an ausländische, billigere Arbeitskräfte verlieren müssen, daß sämtliche sozialen Vergünstigungen – und hier sind nicht nur solche gemeint, die unmittel-

bar im Zusammenhang mit der Berufsausübung stehen – von Ausländern übermäßig in Anspruch genommen werden, daß die Wohnungsnot durch die vermehrte Nachfrage hereinströmender Arbeitnehmer ansteigt und daß dadurch der Zugang zu den Sozialwohnungen für Inländer erschwert wird.

Keine dieser Befürchtungen hält den nachstehenden Überlegungen stand. Die im Rahmen der Freizügigkeit der Arbeitnehmer gebotene Nichtdiskriminierung im Hinblick auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen beginngt letzten Endes nicht nur die Arbeitnehmer aus den anderen Mitgliedstaaten in Österreich, sondern auch die österreichischen Arbeitnehmer, die in den EG-Ländern ohne Bewilligung jede Arbeit aufsuchen und aufnehmen können. Erhebliche Wanderbewegungen innerhalb des EG-Raumes sind ohnehin nicht zu erwarten. Allenfalls wird mit einem vermehrten Zustrom aus dem Raum der ehemaligen Ostblockstaaten zu rechnen sein, der aber von der EW/EU-Freizügigkeit nicht begünstigt wird! Diese Arbeitnehmer kommen nur, wenn und weil wir sie brauchen und rufen. Alle bisherigen Erfahrungen in den Mitgliedsländern der EG bestätigen das.

Der Sozialstandard Österreichs kann bei einem EG-Beitritt unter Beachtung des Grundsatzes, daß Arbeitnehmer aus anderen EG-Staaten in keiner Weise diskriminiert werden dürfen, voll aufrecht erhalten werden. Die EG ist bestrebt, das unterschiedliche soziale Niveau ihrer Mitgliedstaaten einander anzugeleichen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Um die südlichen EG-Länder zu einer Hebung ihrer Sozialstandards zu veranlassen, hat der Europäische Rat schon im Dezember 1989 die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer verabschiedet. Aber auch der am 7. 2. 1992 in Maastricht unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union enthält Beschlüsse in diese Richtung.

Alle freiberuflich Tätigen und Gewerbetreibenden in Österreich befürchten eine durch die Niederlassungsfreiheit und den freien Dienstleistungsverkehr

bedingte, verschärzte Konkurrenz aus dem Ausland, die nicht an dieselben strengen Voraussetzungen wie Inländer gebunden ist, und daß sie ihr daher nicht gewachsen sind.

Auch diese Furcht ist unbegründet. Das Prinzip der Niederlassungsfreiheit besagt zwar, daß sich jeder Staatsangehörige eines EG-Landes in einem anderen Mitgliedstaat niederlassen kann, um ein Unternehmen zu gründen oder ein Gewerbe auszuüben. Er muß aber dafür – gleich wie ein Inländer – bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Das ist nach der österreichischen Gewerbeordnung entweder eine Meisterprüfung bzw. ein sonstiger Befähigungsnachweis oder der Nachweis einer bestimmten Anzahl von Praxisjahren. Ebenso bleibt der in einigen Branchen erforderliche Bedarfsnachweis auch nach einem EG-Beitritt Österreichs aufrecht. Die von allen gefürchtete Konkurrenz stellt sich somit nur als potentieller Mitbewerber unter gleichen Marktbedingungen dar.

Österreichs Konsumenten befürchten die Preisgabe der strengen, österreichischen Lebensmittelbestimmungen, sowie ihre schutzlos Auslieferung an ein zahlreiches und unüberschaubares Angebot von Lebensmitteln, die nicht nach denselben strengen Maßstäben kontrolliert werden wie österreichische.

Diese Sorge brauchen sie nicht zu haben.

Die in den einzelnen EG-Ländern für Lebensmittel bestehenden Standards, und damit auch die österreichischen, können beibehalten werden. Es müssen nur die Produkte anderer EG-Staaten, wenn sie den Anforderungen der EG-Richtlinien entsprechen, ebenso auf dem Markt zugelassen werden. Dem Konsumenten wird durch die Kennzeichnungspflicht der Waren eine umfassende Information über die Zusammensetzung u.a.m. geboten. Die amtliche Lebensmittelüberwachung wird weiterhin in Österreich durchgeführt.

Immer wieder wird in der Öffentlichkeit das derzeit in Österreich bestehende Umweltschutzniveau als hochstehend angepriesen, das im Fall eines EG-Beitritts aufgegeben werden müßte.

Da in den EG-Richtlinien durchaus nur

Mindeststandards vorgegeben werden, erweist sich auch diese Ansicht als falsch. Diese von der EG vorgegebenen Mindeststandards garantieren einerseits ein EGweit einheitliches Maß an Umweltschutz und bieten den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, jederzeit strengere Vorschriften zu erlassen. Ein Vergleich österreichischer Umweltschutzbemühungen mit EG-rechtlichen zeigt, daß durchaus noch ein Anpassungsbedarf nach oben für die österreichische Rechtsordnung gegeben ist (z.B. Umweltverträglichkeitsprüfung, Veröffentlichung von Umweltdaten, Katastrophenschutz). Von Seiten der Bauernschaft werden wohl die stärksten Bedenken gegen einen künftigen EG-Beitritt Österreichs geäußert.

Tatsache ist, daß auch hier ein weiteres Bauernsterben nicht nur nicht befürchtet werden muß, sondern daß in der EG der falsche Gegner der heimischen Agrarwirtschaft vermutet wird. Eigentlich brauchen Österreichs Bauern die EG – und zwar dringend.

Warum brauchen Österreichs Bauern die EG?

Die Konzentration aller Bedenken und Ängste in Richtung EG-Beitritt könnte für die Landwirtschaft fatale Folgen haben!

Die gegenwärtige Misere der Landwirtschaft ist nämlich nicht auf die EG, sondern einerseits auf den vom GATT ausgeübten Druck und andererseits auf verstärkte Importbestrebungen aus dem osteuropäischen Raum zurückzuführen. Die EG hat zwar durch ihre Agrarpolitik in der Vergangenheit eine Produktivitätssteigerung hervorgerufen, die eine Bevorzugung größerer landwirtschaftlicher Betriebe nach sich zog. Sie versucht nun, im Rahmen der Agrarpolitik eine neue Zielrichtung einzuschlagen, bei der sie vor allem kleinere bäuerliche Betriebe und Bergbauern im Auge behalten möchte. Als das wirkliche Problem für Österreichs Bauern könnte sich daher der Nichtbeitritt zur EG darstellen!

#### Folgende Gründe kristallisieren sich heraus:

a)

Österreichs Bauern brauchen einen sicheren EG-Absatzmarkt, in den auch heute schon großteils exportiert wird; d.h., daß bisher der sogenannte EG-Importschutz durch hohe österreichische Subventionen zu überwinden war, was bei einer EG-Mitgliedschaft wegfällt. Somit könnten gleichzeitig beachtliche Einsparungen für den österreichischen Haushalt erzielt werden, die wiederum der Landwirtschaft in Form von Direktzuschüssen zufließen sollten.

b)

Die EG hat nicht nur nichts dagegen, daß der Staat die kleinbäuerliche Landwirtschaft in ihrer wichtigen Funktion als Landschaftserhalter mit Subventio-

nen unterstützt, sie stellt sogar selbst Überlegungen in diese Richtung hin an! Sie versucht, von ihren bisherigen Zielsetzungen in der Agrarpolitik abzuweichen, indem sie das Hauptaugenmerk ihrer künftigen Politik auf folgende Parameter lenken möchte: umweltfreundlichere und alternative Bewirtschaftungsweisen, Produktionsenkung, Sicherung einer ausgewogenen Entwicklung durch Rücksichtnahme auf unterschiedliche Gegebenheiten, Funktion des Landwirtes als Landschaftserhalter neben der Nahrungsmittelerzeugung. Außerdem sollen flankierende Maßnahmen für den landwirtschaftlichen Umweltschutz, die Aufforstung landwirtschaftlicher Anbauflächen und die Strukturverbesserung durch eine Vorruhestandregelung getroffen werden. Künftige Subventionen sollen nicht über Preisstützungen erfolgen, sondern über Direktförderungen.

Vom EWR-Abkommen profitiert die Landwirtschaft überhaupt nicht, da sie aus dem EWR-Vertrag weiterhin ausgeklammert ist. Daher ist der EWR auch von den österreichischen Bauern nur als Übergangslösung zu akzeptieren.

c)

Das massive Bauernsterben in der Vergangenheit ist hauptsächlich auf die enorme Produktivitätssteigerung zurückzuführen, mit der kleine Betriebe aufgrund ihrer Struktur nicht mithalten konnten; aber auch die in der EG und in Österreich erdachte Marktorganisation kann als Ursache dafür angesehen werden. Diese beweckte eine nicht funktionierende Einkommenssicherung über ein Preisstützungssystem. Exportförderungsmaßnahmen und die Erhebung von Einfuhrzöllen bei landwirtschaftlichen Produkten aber auch die Stützung innergemeinschaftlicher Preise verursachten eine Produktivitätssteigerung, die hauptsächlich für größere, landwirtschaftliche Betriebe und die Massenproduktion von Vorteil war und der Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht mehr entsprach. Dieses System trug der Einkommenssituation der Mehrheit der kleinen und mittleren Familienbetriebe nicht nur nicht ausreichend Rechnung, sondern berücksichtigte auch die Tatsache einer schrumpfenden landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung in keiner Weise. Wie soll und kann eine zukünftige Agrarpolitik für Österreich in der EG aussiehen?

Es sollte sich dabei um eine Agrarpolitik handeln, vor der sich die Bauern nicht fürchten müssen! Diese könnte sich grundsätzlich auf zwei Säulen stützen:  
**1. Spezialisierung auf die Herstellung von hochqualifizierten Produkten etc.** Da das Preisniveau von landwirtschaftlichen Produkten in der EG niedriger ist, als in Österreich, muß das Angleichen an dieses durch eine spezifische Marktstrategie verhindert werden. Vorstellbar

wäre ein Spezialisierung auf die Herstellung von hochqualifizierten agrarischen Produkten, wo eine solche möglich ist, und wo sich die heimische Landwirtschaft nicht selbst auf eine Konkurrenz zu ganz großen Produktionsbetrieben einläßt. Die Landwirtschaft sollte ihre Produktion jedoch nicht auf die Herstellung von sogenannten „Nischenprodukten“ beschränken; auch die Erzeugung von Massenprodukten (z.B. Wein, Getreide) kann durchaus erfolgreich verlaufen, wenn sie auf das Erfordernis einer entsprechenden Qualität Rücksicht nimmt. Verstärktes Augenmerk wird künftig auch auf ein gutes Marketing-Konzept und auf Nebenleistungen wie „Urlaub am Bauernhof“, sowie die Direktvermarktung der eigenen Produkte in nach Möglichkeit verarbeiteter Form (z.B. Selchfleisch statt rohes Fleisch) zu lenken sein.

#### 2. Direktzuschüsse:

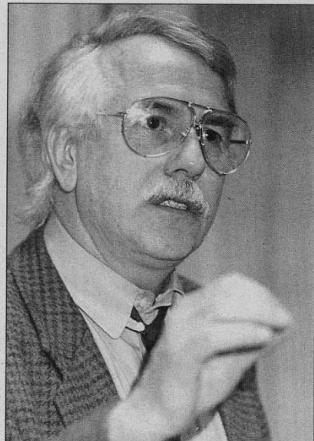
Die direkte Subventionierung der Landwirtschaft durch den Staat, vielleicht sogar auch durch die EG, wird nun als Entgelt für Leistungen, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht werden, und auch in Zukunft erbracht werden sollen (Landschaftsschutz, Bewahrung des ländlichen Kulturgutes), angesehen werden müssen! Es ist nicht zu übersehen, daß den Bauern bei diesen Aufgaben eine wachsende Bedeutung zukommen wird.

Hier handelt es sich überdies um Leistungen, die der Gesellschaft derzeit noch kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die bisherige Form der Einkommenssicherung durch Preisstützung hat sich nicht als zielführend erwiesen und muß durch Bezahlung von Direktsubventionen nach dem Muster der Bergbauernförderung, ausgeweitet auf alle, ersetzt werden. Diese Zuwendungen sind nicht als Almosen zu verstehen, sondern als ein Entgelt für erbrachte Gemeinschaftsleistungen, wie sie etwa auch von Lehrern, die für die Erziehung der Kinder bezahlt werden, oder Beamten, die mit Aufgaben des öffentlichen Interesses betraut sind, ausgeführt werden.

Als Entgelt könnten Direktzuschüsse entsprechend dem Preis-Leistungs-Verhältnis durchaus beachtliche Beträge ausmachen. Ein in Baden-Württemberg angestellter Vergleich zeigt, daß für die von den Bauern im Dienste der Landschaftspflege geleistete Arbeit pro beschäftigte Arbeitskraft im Monat bis zu DM 1.400,- aufzuwenden wären.

Eine auf dieser 2-Säulen-Theorie aufbauende Agrarpolitik könnte den heimischen Bauern ein gutes und sicheres Leben bieten! Um zu einem derartigen Konzept zu gelangen, muß jedoch noch intensive politische Voraarbeit, weniger auf EG-Ebene als vielmehr im eigenen Land, geleistet werden. Denn auch ohne den EG-Beitritt wird ein Umdenken in der Agrarpolitik unbedingt notwendig sein!

# FEINKOSTLADEN ÖSTERREICH – LÖSUNG ODER BLOSS BERUHIGUNGSPILLE?



Manfred Helzer: Bei einem Nichtbeitritt Österreichs zur EG sind (...) erhebliche negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft vorprogrammiert.

38

## Vorbemerkung:

Die nachfolgenden Ausführungen sind ausschließlich marktbezogen. Da der beabsichtigte Beitritt Österreichs zur EG vor allem unter dem Gesichtspunkt des Binnenmarktes bedeutsam ist, erscheint eine Einengung der Ausführungen auf diesen Blickwinkel gerechtfertigt. Unter marktwirtschaftlichen Aspekten darf die Landwirtschaft nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist hinsichtlich ihrer ökonomischen Rahmenbedingungen insbesondere in einem europäischen Binnenmarkt untrennbar mit der Gesamtirtschaft verbunden und hinsichtlich ihrer Marktleitung in arbeitsteilige Leistungserstellungssysteme über mehrere Wirtschaftsstufen hinweg integriert. Insofern unterliegt sie hinsichtlich der Anforderungen an die Qualität ihrer Erzeugnisse auch nur in abgeleiteter Form der eigentlichen Konsumentennachfrage. In weitaus stärkerem Maße bestimmt für die Nachfrage nach der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind die Unternehmen der Nahrungsmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels und – sofern sie nicht nur verteilend im Markt tätig sind – die Vermarktungsunternehmen.

Die Landwirtschaft ist damit eindeutig in das System der Agrarwirtschaft eingebun-

den. Für die Beurteilung der Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit des Beitritts Österreichs zur EG kann deshalb die Landwirtschaft nicht isoliert betrachtet werden. Von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftlichen Folgen eines Beitritts oder Nichtbeitritts für die Landwirtschaft sind die Auswirkungen auf die Gesamtirtschaft. Bei einer Außenhandelsverflechtung der österreichischen Wirtschaft mit den 12 Mitgliedsstaaten der EG, die rund zwei Drittel aller Importe und Exporte umfaßt, sind bei einem Nichteintritt erhebliche negative Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft insgesamt zu erwarten. Sie dürften kaum zu kompensieren sein, da die übrigen EFTA-Länder aller Wahrscheinlichkeit nach der EG beitreten, und die ehemaligen COMECON-Länder zumindest assoziierte Mitglieder werden. Ein Nichtbeitritt wird somit zwangsläufig zu einer Isolierung der österreichischen Wirtschaft und zu einer starken Einschränkung der wirtschaftlichen Gestaltungsräume der österreichischen Unternehmen führen. Eine derartige Entwicklung beinhaltet die Gefahr einer erheblichen volkswirtschaftlichen Produktivitätsminderung in allen Wirtschaftsbereichen. Von ihr wird trotz ihrer geringen Außenverflechtungen insbesondere die Landwirtschaft betroffen werden, da ihre direkte oder indirekte Stützung des Einkommensniveaus unter diesen Bedingungen national kaum finanziert sein wird.

Bei einem Nichteintritt Österreichs zur EG sind daher erhebliche negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft vorprogrammiert. Die Chancen, sie durch eigenes wirtschaftliches Agieren zu mindern, erscheinen gering, da der europäische Binnenmarkt mit seinem enormen Nachfragepotential verschlossen ist. Vor allem aber ist zu bedenken, daß die Auswirkungen der EG-Agrarpolitik auf die österreichische Landwirtschaft grundsätzlich kaum ausgeschlossen werden können, da aus gesamtwirtschaftlicher Sicht anstelle der EG-Bindungen bilaterale Handelsverträge mit der EG oder Drittländern treten werden, die der Industrie die notwendigen Absatzmärkte eröffnen. Diese Verträge werden, um den für die österreichische Industrie erforderlichen Außenhandelspielraum zu schaffen, zwangsläufig die Agrarmärkte einbezogen. Unter dem Druck der am internationalen Handel beteiligten Wirtschaftskreise werden damit per Saldo die EG-Agrarmarktbedingungen trotz Nicht-

mitgliedschaft auf die österreichische Landwirtschaft übertragen. Die nachfolgenden Ausführungen gehen deshalb davon aus, daß ein Beitritt Österreichs auch von der Landwirtschaft letztlich bejaht wird und insofern der „Feinkostladen Österreich“ nicht nur als Inlandsstrategie sondern als Marketingstrategie für den Binnenmarkt gedacht ist.

## Der europäische Binnenmarkt

Mit dem europäischen Binnenmarkt entsteht der größte geschlossene freie Wirtschaftsraum der Welt. Auf Grundlage der EG der 12 Mitglieder umfaßt er 340 Millionen Verbraucher. Durch den Beitritt der EFTA-Länder und Assoziation der ost-europäischen Länder wird er auf über 400 Millionen anwachsen.

Ziel des europäischen Binnenmarktes ist die Schaffung eines Wirtschaftsraumes ohne Handelschranken. Dieses erfordert die Beseitigung aller materiellen Schranken im Personen-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Beseitigung aller technischen Hemmnisse, d. h. die Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung der nationalen technischen Vorschriften und Normen.

Damit werden alle in einem Mitgliedsland erzeugten Produkte grundsätzlich in allen Mitgliedsstaaten verkehrsähig – unabhängig von gegebenenfalls abweichenden lebensmittel- und umweltschutzrechtlichen Vorschriften und Gesetzen in den einzelnen Ländern.

## Die Reaktion der Landwirtschaft

Der gegenwärtige Konzentrationsprozeß in der europäischen Ernährungswirtschaft in Form von Fusionen, strategischen Allianzen usw. zeigt die zukünftigen, dem Binnenmarkt entsprechenden Strukturen auf. Lebensmittelhandel und Ernährungsindustrie schließen sich zu europäischen Unternehmen zusammen und verwischen bewußt ihre nationale Identität. Daraus resultiert eine geballte Einkaufs- und Verkaufsmacht mit steigenden Ansprüchen der auf differenzierte Qualitäten, Mengen- und Logistikansprüche ihrer Lieferanten ausgerichteten Unternehmen.

Das durch vielfältige Lebensmittelskandale gesteigerte Sicherheitsbedürfnis von Lebensmittelhandel und Ernährungsindustrie nimmt zu. Damit werden Qualitätsgarantien – vor allem im Zuge einer fort-

schreitenden „just in time“-Belieferung – essentielle Bestandteile von Geschäftsbeziehungen. Auch die landwirtschaftlichen Vermarktungsunternehmen entwickeln sich unter dem Zwang der zunehmend grenzüberschreitenden Warenströme zu „Euro“-Unternehmen. Damit entfällt mittelfristig die bisherige Regionalbindung zwischen Vermarktung und Erzeugung.

## Verlagerung der Marktgestaltungsmacht

Im Zuge des fortschreitenden europäischen Binnenmarktes verlieren regionale und nationale Verwaltungen, Verbände etc. erheblich an wirtschaftlicher Gestaltungskraft. An ihre Stelle und damit auch bestimmd für die Wirtschaftsentwicklung, treten unternehmerische, strategische Pläne mit rein wirtschaftlichen und wettbewerbsorientierten Zielsetzungen. Zielorientierungspunkte sind dabei nicht mehr regional oder nationale Märkte im herkömmlichen Sinne, sondern interregionale Ballungsräume und Produktionsgebiete.

## Auswirkungen auf Verbrauchergebiete

Im Zuge dieser Entwicklung bilden sich entsprechend der Bevölkerungs- oder Industriekonzentration in der EG grenzübergreifende neue umfassende Verbrauchergebiete. Beispielhaft für diese Entwick-

lung ist der Ballungsraum „West“ mit 40 Millionen Verbrauchern. Er umfasst die Niederlande, Belgien und das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen.

## Auswirkungen auf Produktionsgebiete

Die Industrieproduktion verlagert sich im europäischen Binnenmarkt an die günstigsten Standorte. Als Folge der Binnenmarktausrichtung der Wirtschaft bilden interregionale Standortfaktoren wesentlich größere Entscheidungsfaktoren als nationale Gesichtspunkte. Es ist abzusehen, daß sich Wirtschafts- und Verbraucherräume nahezu deckungsgleich in einer Nord-Süd-Achse über die europäische Gemeinschaft hinweg bilden.

## Interregionale Gebiete – Zielsetzung der EG

Logische Konsequenz in einem europäischen Binnenmarkt ist die Entnationalisierung der Wirtschaft. Die Förderungspolitik der EG wird folglich darauf gerichtet sein, interregionale anstelle kleinräumig abgegrenzte, regionaler oder nationaler Wirtschaftsräume zu schaffen. An die Stelle nationaler Förderungsprogramme werden daher mittelfristig interregionale Förderungsprogramme der EG treten – wie u. a. bereits in dem Interregio-Programm Sa-Lu-Lo (Saarland, Luxemburg, Lothringen) praktiziert.

## Auswirkungen auf die Herkunftsidentität der Erzeugnisse

Die Interregionalisierung der Wirtschaftsräume führt zwangsläufig zu einem auf nationalen Herkünften basierenden Identitätsverlust der Erzeugnisse. Im Zuge einer sich verstärkenden arbeitsteiligen Leistungserstellung und die Verlagerung von Teilleistungen an die jeweils günstigsten Standorte werden die unternehmerischen Herkünfte der Erzeugnisse sich stärker betonen lassen als ihre Produktionsstandorte.

## Konsequenzen für die Landwirtschaft

In gleichem Maße wie die Industrieproduktion wird sich die landwirtschaftliche Erzeugung aufgrund des Preisdrucks im Lebensmittelhandel und in der Ernährungsindustrie an die günstigsten Produktionsstandorte verlagern. Anstelle bisheriger regionaler oder nationaler Bindungen tritt unter dem in der EG sich verstärkenden Wettbewerbsdruck das Preis-/Leistungsverhältnis als Entscheidungskriterium. Diese Entwicklung führt zu einer Umbewertung der landwirtschaftlichen Produktionsgebiete. Bisher auf Gattungswaren oder Massenproduktion ausgerichtete landwirtschaftliche Erzeugungsgebiete mit ungünstigen klimatischen Bedingungen oder



Als strategische Allianzen in der Praxis:  
die Kartoffelerzeugergemeinschaften Halbenrain und Hartberg, die unter der Wortbildmarke Steirerland über die Steirerfrucht ihre Produkte vermarkten.

unzureichender und unwirtschaftlicher Erzeugungs- und Vermarktungsstruktur büßen erheblich an Wettbewerbsfähigkeit ein. Dies vor allem als Folge sich abzeichnender wirtschaftlich optimaler Produktionsstrukturen im klimatisch oder strukturell begünstigten Ländern des Binnenmarktes (z. B. Spanien, Dänemark) oder in den Agrarräumen der ehemaligen COMECON-Länder (z. B. Ungarn).

Eine wirtschaftliche Existenzsicherung der Produktionsgebiete mit ungünstigeren Bedingungen erscheint nur über eine konsequente Qualitätsausrichtung erfolgversprechend.

## Nahrungsmittelversorgung kein Staatsziel mehr

Grundsätzlich bleibt für die Existenzsicherung der Wirtschaft auf ungünstigen Standorten festzuhalten, daß ihre Absicherung aus Gründen der nationalen Nahrungsmittelversorgung nicht mehr gerechtfertigt sein wird. In einem europäischen Binnenmarkt ist eine solche Zielsetzung ein Widerspruch grundsätzlicher Art. Diese Stützung der Landwirtschaft aus Gründen nationaler Nahrungsmittelversorgung verliert daher ihre Berechtigung. Zur weiteren nationalen Förderung der Landwirtschaft ist eine Ausrichtung auf andere gesellschaftliche Zielsetzungen erforderlich. Die Absicherung der Landwirtschaft über Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft kann zu einer neuen Aufgabe mit staatspolitischer Zielsetzung werden. Hier bilden sich in der Vernetzung von Umweltpflege und ökologisch geführter Qualitätserzeugung zukunftsrichtige Ansätze für eine positive Neubewertung der aus herkömmlicher agrarwirtschaftlicher Sicht ungünstigen Produktionsgebiete.

## Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft

Die österreichische Landwirtschaft ist – global betrachtet – durch kleine/mittlere Betriebe mit entsprechend geringen Produktionsmengen und einer, gemessen an den Marktanforderungen, unzureichenden Struktur gekennzeichnet, so daß sie dem Bedarf der Euro-Unternehmen an großen Mengen, einheitlichen Qualitäten mit entsprechenden Sicherheitsgarantien nicht entsprechen kann. Sie arbeitet bei den meisten Erzeugnissen zudem unter ungünstigen klimatischen Bedingungen und ungünstigen topographischen Verhältnissen. Die Bindung mit der Vermarktung ist darüber hinaus zu gering, um die geforderte Lieferkontinuität sicherzustellen. Die Folgen sind, insbesondere im Verhältnis zu den Hauptagrarrägionen der EG, zu hohe Produktions- und Vermarktungskosten und – dadurch bedingt – a priori keine preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

## Qualitätsorientierung als Ausweg

Qualität ist etwas Subjektives. Sie wird bei Nahrungsmitteln durch die Erzeugung für eine bestimmte Bedarfsdeckung (Eig-

nungsqualität) oder bei Rohstoffen hinsichtlich des anwendungstechnologischen Nutzens für eine bestimmte Verarbeitung (anwendungstechnologische Qualität) ausgedrückt. Die Qualität wird dabei nicht nur von dem Produkt an sich – d. h. seinem Grundnutzen – definiert. Sie wird entsprechend von Zusatznutzen, wie Mengen, Logistik, Garantien etc. und zunehmend von seinen inneren Werten bestimmt. Der so definierte Qualitätsbegriff steht im Gegensatz zu der in der Landwirtschaft gebräuchlichen Qualitätsdefinition auf der Basis von Handelsklassennormen, Güteklassifizierungen usw.

Eignungsnutzen und anwendungstechnologischer Nutzen bilden die Grundlagen einer Qualitätsausrichtung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Qualitätsausrichtung ist umso erfolgversprechender, je konsequenter ihre Differenzierung von Gattungswaren, Massen- und Konkurrenzprodukten betrieben wird.

Qualitätsorientierung bedeutet eine Strategie des Hineindifferenzierens in den Markt anstelle des Anpassens.

## Chancen für die Qualitätsorientierung

Vor dem Hintergrund des sich vollziehenden Wertewandels erfolgt auch im Nahrungsmittelbereich zunehmend eine Neubewertung der Nahrungsgüter. Das bezieht sich sowohl auf die Rohstoffe als auch auf die konsumfertigen Produkte. Neben der bislang vorherrschenden Erlebnis- und Genussbewertung erlangt der Umwelt-/Gesundheitswert steigende Bedeutung. Diese Entwicklung bietet der Landwirtschaft die Möglichkeit, ihren Rohstoffen die gleiche qualitätsbestimmende Bedeutung zukommen zu lassen, wie sie bisher, in Folge der Überbewertung des Genusslebens, der Rezeptur des Verarbeiters beigegeben wurde.

## Chancen für Produktionsgebiete mit hohem Umweltwert

Landwirtschaftlichen Produktionsgebieten, die in Folge umweltgebundener Produktionsauflagen oder topographischer Beschaffenheit und bäuerlicher Struktur für eine intensive Landwirtschaft über ungünstige Standortfaktoren verfügen, eröffnen sich hier vor dem Hintergrund der Landschaftspflege und Umwelterhaltung Chancen einer ökologisch gebundenen Landwirtschaft. Mit einer überschaubaren, kontrollierten Qualitätsproduktion erfüllt sie gleichermaßen die Anforderungen einer, der umwelt- und gesundheitsorientierten Nachfrage Rechnung tragenden, d. h. an der Nachfrage orientierten Agrarproduktion, wie auch einer aktiven Pflege der Landschaft und Erhaltung der natürlichen Ressourcen gekoppelten Agrarproduktion.

Weite Teile der österreichischen Landwirtschaft lassen sich in diese Ausrichtung einbinden. Da eine ökologisch ausgerichtete Qualitätsproduktion sich nicht nur auf die landwirtschaftliche Produktion erstrecken darf, sondern sich gleichermaßen auf

die gesamte Produktionskette vom Rohstoff bis zur Verpackung erstrecken muß, ist auch hier die Optimierung der Erzeugungs- und Vermarktungsstruktur eine bindende Voraussetzung. Zudem ist im größeren Maße als bei der herkömmlichen Produktionsorientierung eine gezielte Kundenorientierung Voraussetzung. Ökologische Produktionsketten erfordern deshalb grundsätzlich strategische Partnerschaften oder Allianzen. Nur über diesen Weg kann zudem erreicht werden, daß die landwirtschaftlichen Erzeuger auch an der höheren Wertschöpfung ökologischer Qualitätsprodukte durch Rationalisierungen und Synergieeffekte aus der abgestimmten Zusammenarbeit sowie höheren Verkaufserlösen angemessen beteiligt werden.

## Feinkostladen Österreich erfordert Markenpolitik

Die Diskussion um eine auf dem Feinkostgedanken aufbauende Marketingstrategie der österreichischen Landwirtschaft bedarf der Präzisierung. Feinkost zeichnet sich durch Delikatessen- und Spezialitätencharakter aus. Beide haben im Speisezettel der Konsumenten nur eine untergeordnete Bedeutung. Eine Orientierung der österreichischen Agrarproduktion auf diese Marktsegmente bedeutet eine Produktion für begrenzte Nischen. Der Erfolg einer auf „Feinkost“ begründeten Nischenstrategie hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, über den österreichischen Markt hinaus in die europäischen Delikatess- und Spezialitätennischen einzudringen.

Es ist abzusehen, daß der „Feinkost“-Markt innerhalb der EG stark umkämpft sein wird, da eine Vielzahl von Regionen mit ungünstigen Produktionsbedingungen hier ihre Chancen sieht. Eine optimale Positionierung des österreichischen Angebots innerhalb des zu erwartenden vielfältigen europäischen Angebots ist deshalb erfolgsentscheidend. Eine Feinkoststrategie ist damit eine Markenpolitik auf breiter Basis. Hierfür bieten sich zur Zeit insofern jedoch nur unzureichende Ansatzpunkte, als das Markenprofil österreichischer Erzeugnisse generell nur gering ausgeprägt ist, und echte Marken im österreichischen Nahrungsmittelangebot unterrepräsentiert sind.

## Umweltbindung als Grundlage der Feinkost-Markenstrategie

Der ökologische Aspekt erhält auch für Markenartikel zukünftig eine herausragende Bedeutung. Bei den gegebenen Umwelt- und Produktionsbedingungen in weiten Bereichen Österreichs bietet es sich daher an, das Österreichsortiment ökologisch zu fundieren und damit deutlichere Differenzierungskriterien gegenüber den Wettbewerbern aufzubauen. Ökologische strategische Allianzen, d. h. eine Vielzahl vertikaler Produktionsverbünde von der landwirtschaftlichen Erzeugung bis zur Nahrungsmittelverarbeitung oder dem Lebensmittelhandel mit jeweils eigener Markenprofilierung ist dazu die Grundvoraussetzung.

## Unbegrenzte Möglichkeiten durch Qualitätsorientierung?

Die Nachfrage der Verbraucher polarisiert sich zunehmend. Erhebliche Anteile der bisher mittelpreisigen „Markenware“ werden zu Standarderzeugnissen im Niedrigpreissortiment. Im gleichen Zuge erhöht sich jedoch auch der Anteil der „Qualitätsmarken“ in den Hochpreislagen. Vor einer generellen Überbetonung der Markanteile im Gesamtangebot bleibt deshalb zu warnen. Bei allen Profilierungsbemühungen muß beachtet werden, daß der weitaus überwiegende Teil der Gesamtnachfrage nach Nahrungsmitteln auch in Zukunft auf Durchschnittsartikel des täglichen Bedarfs gerichtet sein wird. Aber auch dieses Segment wird von der steigenden Bedeutung des Umwelt-/Gesundheitswertes erfaßt, so daß sich Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs und damit landwirtschaftliche Gattungsprodukte durchaus durch einen zusätzlich ökologischen Wert untermauern lassen.

Grundsätzlich muß davor gewarnt werden, die landwirtschaftliche Produktion und die Nahrungsmittel ausschließlich auf die qualitativen Anforderungen eines Hochpreisartikels auszurichten. Nur ein geringerer Teil der Nachfrage nach Nahrungsgütern wird auch in Zukunft auf das Hochpreissegment entfallen. Für die Landwirtschaft ist zudem zu beachten, daß der weitaus überwiegende Anteil ihrer Produktion als

Rohstoff oder Halbfertigprodukt industriell oder gewerblich verarbeitet wird, und die anwendungstechnologische Qualität hier von herausragender Bedeutung ist. Diese stimmt in der Regel nicht mit den Qualitäten für Frischmärkte überein. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Rahmen der Qualitätsorientierung ist daher die Kundenorientierung, d. h. die enge Abstimmung zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Handel bei der Produktplanung.

## Qualitätsorientierung der Produktion bedingt hochwertige Markenprofile bei Nahrungsmitteln

Aus dem Gesamtangebot herausragende Qualitäten, insbesondere ökologisch definierte Qualitätsergebnisse, benötigen eindeutige Markenprofile, um sich durch Alleinstellung im Markt zu positionieren. Eine Ausrichtung der österreichischen Landwirtschaft auf ein ökologisch gebundenes Qualitätsniveau ist daher an die Voraussetzung geknüpft, Marken im Markt zu plazieren und zwar:

- Marken für landwirtschaftliche Frischprodukte
- Marken für verarbeitete Nahrungsmittel.

Dieser Notwendigkeit stehen zur Zeit erhebliche Hemmnisse entgegen. Österreichische Nahrungsmittel verfügen im In-

land über eine zu geringe Markenabsprägung, als daß sich darauf Qualitätsprofile aufbauen ließen. Auf dem potentiell deutlichen Absatzmarkt ist keinerlei Markenprofil österreichischer Produkte erkennbar. Die Eröffnung von Chancen für eine Qualitätsführerschaft und eine Qualitätsausfuhr – mit oder ohne ökologischem Profil – für die Landwirtschaft, erfordert folglich eine engere, auf gemeinsamer Planung von Produktion und Absatz basierende Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Qualitätserzeugern und qualitätsbewußten Unternehmen der Verarbeitungsindustrie und des Handels.

## Strategische Allianzen notwendig

Das setzt strategische Allianzen voraus. Sie zu entwickeln, erscheint auch unter dem Gesichtspunkt erforderlich, durch Rationalisierungs- und Synergieeffekte – resultierend aus Abstimmung der Leistungen und gemeinsamer Zielorientierung – der Landwirtschaft zukünftig größere Anteile an der Wertschöpfung im Systemablauf zu sichern. Das Problem der mangelen den Markenprofilierung ist nicht durch ein allgemeines Qualitätsimage für österreichische Produkte zu lösen. Markenprofile sind mehr als ein „Pickerl“ auf einem Produkt. Ökologische Markenprofile, insbesondere, wenn sie sich durch Feinkostqualitäten auszeichnen sollen, müssen jeweils



Wie man Agrarmarketing betreibt, lehrt uns die deutsche Firma Bahlsen sowohl mit der Vielfalt ihrer Produkte als auch mit der Logistik bei Werbung, Zustellung und Darbietung. So wird Getreide veredelt, so werden Arbeitsplätze gesichert.

in ihrer Qualität eigenständig definiert und hinsichtlich ihrer Garantie individuell kontrollierbar und nachvollziehbar sein. Die Verbesserung der Erzeugungs-, Vermarktungs- und Verarbeitungsstruktur genügt dem gegenwärtigen Zustand ist deshalb eine Grundvoraussetzung für eine Umorientierung der Agrarproduktion von Gattungsprodukten zur Qualität.

### Zusammenfassung:

- Die klimatischen, strukturellen und topographischen Gegebenheiten zwingen die österreichische Landwirtschaft zu einer Qualitätsorientierung, da sie bei der Produktion von Gattungswaren im europäischen Binnenmarkt preislich kaum wettbewerbsfähig sein wird.
- Da die Landwirtschaft in der Regel Rohstoffe erzeugt, die erst durch Aufbereitung oder Verarbeitung konkurrenzfähig werden, ist eine Qualitätsorientierung unabdingbar. Sie benötigt enge Formen der Zusammenarbeit zwischen Erzeugern in horizontaler und Erzeu-
- gern, Vermarktern, Nahrungsmittelverarbeitern und Lebensmittelhandel in vertikaler Hinsicht.
- Qualitätsprodukte erfordern Markenprofile. Da diese zur Zeit weder auf dem österreichischen Markt noch auf dem zukünftigen potentiellen Absatzmarkt Deutschland für österreichische Artikel ausgeprägt sind, ist eine starke und konsequente Markenausprägung unabdingbar.
- Feinkostprofile österreichischer Erzeugnisse sind auf der Basis einer überschaubaren bauerlichen Struktur ein brauchbarer Marketingansatz für den europäischen Binnenmarkt. Sie sollten, um eine stärkere Profilierung zu erlangen, jedoch mit ökologischen Profilanteilen ausgestattet werden.
- Produkte mit Qualitäts- und Umweltprofilen erfordern bezüglich der Planung und praktischen Umsetzung eine enge Zusammenarbeit zwischen den am Leistungserstellungsprozeß Beteiligten. Strategische Allianzen bieten sowohl für die Produktion als auch für die erforderliche überregionale Distribution eine erfolgsversprechende Basis.
- Hinsichtlich der Qualitätsausrichtung ist vor einer Überbewertung der Marktchancen zu warnen. Feinkostqualitäten finden nur einen begrenzten Markt. Erfolgssteigernd erscheint eine zusätzliche ökologische Bindung. Sie verzögert zugleich die Wettbewerbsfähigkeit.
- Auch bezüglich der Nachfrage nach Durchschnittsqualitäten bewirkt eine ökologische Bindung eine Stärkung im Wettbewerb. Da die Absicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung Österreichs nicht allein über eine Qualitätsausrichtung erreichbar erscheint, sollte dieser Sektor gleichermaßen Beachtung finden.
- Von grundsätzlicher Bedeutung für die Marktabstimmung, sowohl der Qualitätsproduktion als auch der Produktion von Gattungswaren, erscheint eine Verbesserung des Klimas und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Landwirtschaft und ihrer Vermarktung.

## DER VERBRAUCHER BESTIMMT DEN MARKT

Verbraucherbedürfnisse	Markttrends	Konsequenzen für die Landwirtschaft	Strategie
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hochwertige, genußreiche Mahlzeiten</li> <li>• Abwechslungsreicher Speiseplan</li> <li>• Garantierte Qualitäten; Sicherheiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Produkte mit Premium-, Markenqualitäten</li> <li>• Breitere Sortimentpalette; Spezialitäten</li> <li>• Alleinstellung durch Markenprofilierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erzeugung qualitativ hochwertiger Rohstoffe mit genau definierten Qualitäten und bestimmten Erzeugungs- und Qualitätsrichtlinien (Qualitätsführerschaft)</li> <li>• Differenziertes Rohstoffangebot; Nischenprodukte</li> <li>• Kontrollierte Produktion</li> </ul>	1. Qualitätsführerschaft (entscheidend: ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Massenware mittlerer Qualität mit durchschnittlichem Genusswert (Niedrigpreissegment)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Produkte mit Gattungscharakter und Standardqualität (Kostenführerschaft)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erzeugung großer Mengen von Rohstoffen durchschnittlicher Qualität (Kostenführerschaft)</li> </ul>	4. Kostenführerschaft (entscheidend: ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Naturbelassene Nahrungsmittel</li> <li>• Gesunde Ernährung (vitaminreiche, frische, fettarme Vollwertkost)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ernährungsphysiologisch wertvolle Produkte; Naturkost</li> <li>• Kalorienreduzierte Fertiggerichte; frei von Zusätzen und Konserverungsstoffen; diätetische/ungesüße Speisen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ökologisch ausgerichtete Produktion (Umwelterhaltung, -schorung)</li> <li>• Rückstandsfreie Rohstoffe; frische Produkte (z.B. fettarme Schweine)</li> </ul>	5. Ökonomisch determinierte, ökologische Produktion
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehr außer Haus-Verzehr: (Gastronomie, Kantinen, Menschen etc.)</li> <li>• Schnelle und einfache Zubereitung; 1-Personen-Hushalte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Großverbrauchergerechte Aufbereitung (z. B. Großpakungen, gebrauchsfertige Aufbereitungen)</li> <li>• „Convenience“-Produkte (z. B. Mikrowelleneignung, TK-Kost)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbereitungzwang: spezielle Produktanforderungen (z. B. Kartoffelknollen in einheitlicher Größe)</li> <li>• Vertraglich gebundene Produktion: Zwang zur Produktion nach bestimmten Richtlinien</li> </ul>	6. Vertraglich abgestimmte Zusammenarbeit mit vor- und nachgelagerten Stufen

# DIE STEIRISCHE LANDWIRTSCHAFT IN EUROPA

**W**ährend dieser Akademie haben wir gehört, daß im Grunde nicht Europa uns den Rahmen schafft, sondern daß uns in Wahrheit das „Wie“ in der praktischen Bewirtschaftung, in der politischen Wettlerage die Rahmenbedingungen gibt.

In Wahrheit leben wir in einem Spannungsfeld: Einerseits haben wir die Weite, die Tiefe, die Sehnsucht, andererseits rollen wir uns sofort wieder ein und wollen vertraute Geborgenheit im eigenen Bereich. Dieses Wechselspiel geht zumindest in mir persönlich vor sich, und ich glaube, auch in vielen anderen. Das gleiche Wechselspiel ist auch der innere Kampf zwischen Sicherheit und Risiko. Und in diesem Wechselspiel, ich sag das ganz offen, liegen wir uns manchmal selber an.

## Wirtschaft und Umweltschutz hängen zusammen

Zu mir hat einmal einer gesagt: Das Leben ist lebensgefährlich. Aber das will überhaupt keiner hören und sehen. Auf der anderen Seite wissen wir, daß weltweit und vor allem auch bei uns in Europa die Wirtschaft einen negativen Touch hat. Frau Direktor Lore Weiss hat gesagt, daß die Wirtschaft leider die Natur und unsere Lebensgrundlagen bedroht und daß man in weiterer Perspektive einen europäischen Lebensraum sehen müßte und nicht bloß den Wirtschaftsraum oder die EG. In der Praxis ist es oft umgekehrt. Wer heute über unsere Grenzen hinausschaut, der sieht genau: Wo die Wirtschaft am Boden ist, ist eigentlich auch die Reparatur bzw. Planung für die Erhaltung der Natur fast nicht möglich. Praktisch entscheidend ist: Wer die Gesetze der Natur und die Gesetze der Wirtschaft mißachtet, gefährdet in Wahrheit seinen Lebensraum, ob er das will oder nicht will.

Sind wir ehrlich: Wir sitzen da in einem Gemisch von Angst, Mut, Hausstand und Gefühl. Aber denken wir an einen intakten Motor: Wenn man ein falsches Luft-Benzingemisch hat, geht er nicht. Das heißt, wenn man nur mit der Angst agiert und nur die Bedrohung auf sich wirken läßt, hat man keine Chance. Weil es mir am Anfang der Regierungsverhandlungen gar nicht gut gegangen ist – ich habe damals ein Gefühl gehabt zwischen Angst und Mut, weil eine echte Bedrohung da war, zum Teil sogar eine existentielle –, habe ich dann genau das gemacht, was Minister Schüssel gesagt hat. Wir haben gemeinsam den Mut aufgebracht und gesagt: ja-wohl, wir müssen einen Weg der Bewältigung dieser Herausforderung gehen. Ich bin persönlich überzeugt, daß wir auf

diesem Gebiet weit über unseren Berufsstand hinauswirken. Ich meine damit die neuen Partnerschaften, die wir anstreben müssen. Mit einer dauernden Demonstration unserer Vorstellungen müssen wir einfach unsere Zukunft gestalten. Wenn wir nur davon reden, wenn wir das nur artikulieren oder nur aus Zeitungen konsumieren, geht das nicht. Das heißt, wir brauchen lebendige Beispiele, die uns auf Gegenseitigkeit Entscheidungskraft geben und uns sagen, was richtig ist.

Ich möchte jetzt auch die Frage stellen, ob das nicht ein gesellschaftliches Problem ist, daß wir uns so hart tun mit dem Europäischen Wirtschaftsraum, weil wir uns auch hart tun mit unseren Nachbarn. Bitte, wieviel wird denn heute in der engsten Partnerschaft nicht mehr partnerschaftlich ausgetragen, sondern über den Staatsanwalt oder über den Rechtsanwalt? Bitte, wir können uns ja gar nicht restlos abgrenzen. Was haben denn die im Osten gemacht? Einen Zaun haben sie gemacht, aber der Freiheitsdrang der Menschen ist durchgedrungen.

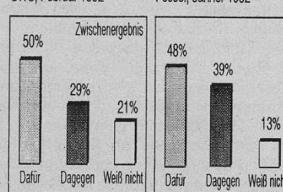
Die klein- und mittelbäuerliche Agrarstruktur in der Steiermark ist jedoch auch ein Faktum. Und wir müssen unsere Intelligenz und Vitalität einsetzen, um damit zu Rande zu kommen. Ich sehe da den Ökonomierat Franz Koller. Ich kann mich noch gut erinnern an seine Initiative, die Hendlmaist in bürgerlichen Händen zu halten. Das war damals nichts Selbstverständliches. Wenn diese Initiative nicht gekommen wäre, hätten wir vielleicht ein paar große Mästerieren in der Steiermark und aus wär's mit der bürgerlichen Produktion. Nur haben wir heute neue Dimensionen. Heute müssen wir uns um Partnerschaften bemühen, mit unseren Kunden, den Vermarktungseinrichtungen bis hinauf zu den Ministern. Wenn uns die Partnerschaft nicht gelingt, dann können wir Gesetze machen Länge mal Breite. In der Frage des Umweltschutzes, des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes: wir werden wenig erreichen, wenn die bürgerliche Gestaltungskraft nicht in unserem Land ist. Wir müssen unser Land anschauen: Die Grenzlandregionen; einige fruchtbare Täler; wo ich vielleicht noch eine Struktur zusammenbringe mit ein paar Betrieben, so daß ich von der Größe her schlagkräftig bin; denken wir an die Bergbauerngebiete in Mürzzuschlag, im Ennstal, im Mürztal, im Murtal. Ja bitte, da müßte man mit freiem Auge sehen, daß wir bisher in Wahrheit schon schwierigste Hürden geschafft haben. Wir haben bei dieser Akademie demonstriert, daß wir, wenn wir Probleme haben mit der Gesundheit, nicht zum Doktor gehen. Der klopft uns ab, untersucht das Blut

und fragt, ob sonst alles in Ordnung ist. Nachher gibt er dir das Rezept und sagt: „Grüß dich!“ Die Diagnose ist gestellt, der Fall erledigt. Wir haben bei der Veranstaltung ganz klar auch die Varianten „Vorbeugen“ und „Hausmittel anwenden“ durchgespielt. Das wichtigste Hausmittel ist der Hausverständ, das sage ich ganz offen und direkt. Wir haben heute leider eine Welt, die nicht vom Hausverständ „bedroht“ wird, sondern leider durch die Fachidioten. Das ist das Problem. Ich glaube, daß unser „bäuerliches Gemisch“ in der letzten Zeit gut war. Und es heißt weiterhin locker bleiben. Schauen wir uns um: Ja, welch arme Teufel waren denn die Japaner, mit ihrem rohstoffarmen Inselstaat?

Die Sozialwissenschaftliche Studien-gesellschaft (SWS) und das Fessel + GFK-Institut sind mit neuesten Umfrageergebnissen über die Einstellung der Österreicher zu einem EG-Beitritt Österreichs an die Öffentlichkeit gegangen.

## Pro und Contra EG-Beitritt

SWS, Februar 1992



SWS Februar 1992: Vor- und Nachteile bei EG-Beitritt  
Angaben in Prozent, Zahlen gerundet

Mehr Vorteile

28

Mehr Nachteile

29

Wird sich die Waage halten

33

Weiß nicht

9

Grafik: W. Longauer | APA



*Im Kampf gegen Monokulturen gibt es beachtliche Fortschritte. Die Flächen für Sojabohnen, Raps, Heilkräuter, Sonnenblumen usw. wachsen. So sichern wir auch unseren Kindern und künftigen Generationen eine gesunde Umwelt.*

Wir stellen immer wieder die Frage nach europareifen, lebensfähigen Betrieben: Ja, wer kann sagen, welcher Betrieb europareif ist? Professor Ekkehard Hauer hat zu mir einmal in der Schule Schielesleiten gesagt: „Die geistige Europareife ist die Grundvoraussetzung! Und das ist unser Glück, daß wir Gott sei Dank genügend geistige Vitalität haben in unseren Bauernfamilien. Nur haben wir ein Problem: wir sind „Motschgerer“ geworden. Nicht nur die Bauern. Üns taugt das so, ich weiß selber nicht warum. Aber es ist interessant: die schönste Freude haben wir, wenn es dem anderen schlechter geht. Aber da stellt sich schon die Frage, ob das im Grunde wirklich noch ein Weg der Vernunft ist. Wir haben und werden auch in Zukunft ein Land der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe sein. Wir werden unsere Agrarpolitik für die Vollerwerbsbetriebe weiterhin auf die Lösung der Preis- und Absatzfrage ausrichten, vor allem auch deswegen, weil damit automatisch die Nebenerwerbsbauern am besten mitvertreten sind. Das ist eine ganz und gar normale Sache. Ja, ich muß nicht unbedingt alles haben, wenn ich mit meinem Nachbarn partnerschaftlich zusammenarbeiten kann. Nebenerwerbsbetriebe werden gelegentlich ja auch verpachtet, und das ist dann eine gute Alternative, wenn damit Lebensqualität gewonnen werden kann. Das gibt den Vollerwerbsbetrieben die Chance, aufzustocken und weiter zu bestehen. Ich glaube, daß damit die Vorstellung, wie es in den nächsten 5 bis 10 Jahren ausschauen wird, eine relativ klare Grundlage hat. Dazu paßt: Mir wird von der Fremdenver-

kehrswirtschaft vorgerechnet, wieviel die landwirtschaftlichen Produkte wert sind, die durch den Tourismus zusätzlich konsumiert werden. Das ist ein Punkt, bei dem wir versuchen müssen, daß wir ohne Crash drüberkommen. Das heißt, Spannungsfelder zwischen den Interessengruppen sind da, und wir müssen versuchen, sie auszugleichen. Aber selbstverständlich werden wir die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft für die Fremdenverkehrswirtschaft geltend zu machen versuchen. Das ist ja keine Böswilligkeit, sondern ein In-Rechnung-Stellen von Werten und Wertigkeiten, die mit der Arbeit der Bauern zusammenhängen. Ich bitte alle darum, das in der nächsten Zeit so zu sehen, wie ich es sehe.

Wir Bauern haben daher die Verpflichtung, in die Bevölkerung hineinzugehen und unsere Anliegen bekannt zu machen. Gott sei Dank sind 64 Prozent der Österreicher besorgt über die Entwicklung unserer Landwirtschaft, dieser hohe Prozentsatz hat so manchen sehr überrascht. Unsere Öffentlichkeitsarbeit ist also gut, aber vom Besorgstein allein können wir uns nichts kaufen. Wir müssen vor allem auch selber unseren Beitrag leisten, ganz kaltblütig. Wir haben schon Konflikte in die Hand genommen, ohne jede Scheu. Das muß uns erst einer nachmachen, etwa in der Frage der Umwelt. Ich sage das, weil ich mit dem Interessenskonflikt Landwirtschaft – Umwelt leben muß.

Denken wir an die Wasserproblematik, aber auch an den Boden, für dessen Schutz wir mit einem eigenen Gesetz gesorgt haben. Es ist einfach ein Faktum, daß wir als

Bauern die unvermeidbaren Dinge in der Hand haben, aber auch, daß wir in der Wirtschaft eine ganz vernünftige ökologische Linie verfolgen.

Vor kurzem habe ich bei einer Veranstaltung gehört, daß von einer Firma aus 2500 Tonnen Kartoffeln Verpackungsmaterial auf Stärkebasis erzeugt wird. Das ist ein Beitrag zur Lösung des Umweltproblems. Wir haben Interesse an einer Ökologisierung der Wirtschaft. Auch Interesse an der CO<sub>2</sub>-Abgabe in der Variante: Versteuerung der fossilen Energie, weil wir damit vielleicht weltweit erreichen könnten, daß die Landwirtschaft wieder dort hinkommt, wo sie einmal war. Ich meine damit das Einfangen von Sonnenenergie über unseren Feldern – auch über die in Osteuropa. Um 80 Groschen verkaufen die jetzt den Mais. Ich wette, wenn dort professionell gearbeitet wird, erzeugen die auf den Maisfeldern Biotreibstoff zu kostendeckenden Preisen. Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Wir haben heute ja schon den bitteren Beweis, daß auch 10.000 Hektar Fläche zuwenig sind, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Jedenfalls ist die Land- und Forstwirtschaft beim derzeitigen Stand der Forschungen in der Lage, Energie zu liefern. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft forcieren, und dazu gehört auch die flächendekkende Kompostierung.

Jetzt noch ein paar Sätze zur Situation in der Welt, wie sie im Jahr 2000 oder 2020 sein wird: 11 Milliarden Menschen werden dann die Welt bevölkern, und die Biomasse wird bis dahin um 15 Prozent zurückgegangen sein. Niemand kann heute sagen,

ob nicht ein dritter Weltkrieg durch den Kampf um das Öl oder durch den Kampf um fruchtbaren Boden für uns noch erlebbar sein wird. Ich will keine Hysterie verbreiten, aber wir können mit gesundem Selbstbewußtsein auf unsere eigenen Leistungen schauen.

Was wir in der Steiermark an agrarischen „Rohstoff“ anbieten, ist ein Spitzenprodukt, ist wettbewerbsfähig, auch im europäischen Umfeld. Unser Problem ist, daß wir zum Beispiel von unserem Spitzen-schweinefleisch nicht einmal die Ripperl oder sonstwas – wie es die Dänen nach Japan liefern – im Export unterbringen können. Ein gutes Beispiel liefert da jener Nordtiroler Händler, der seinen Tiroler Bauernspeck zu einem Markenartikel gemacht hat. Wir müssen hinein in die Märkte Mailand und München. Dort müssen wir uns durchsetzen. Grundvoraussetzung dafür ist die Partnerschaft mit Verarbeitungsbetrieben, mit Handelsbetrieben. Wir haben das schon besprochen.

### Agrarpolitische Gesamtkonzepte schaffen

Als nächsten Schritt werden wir in der Steiermark ein agrarpolitisches Gesamtkonzept entwickeln, bei dem es um wirtschaftliche Sicherheit, Erhaltung der Umwelt und auch um die Gesundheit geht. Ganz entscheidend wird sein, daß wir unser Marketing ausbauen, daß wir wirklich Entscheidungen treffen und es nicht bloß bei Bemühungen belassen. Es gibt schon einige gute Beispiele. Konkret anführen möchte ich die Obstbauern und auch die Weinbauern, die auf diesem Gebiet Schermacher in der Steiermark sind. Relativ gut unterwegs sind wir auch im Bereich der Alternativen und Bioprodukte. Wir sind in einigen anderen Bereichen, etwa im Fleischbereich, nicht so stark.

Ich möchte ein altes Schlagwort wieder aufwärmen, es heißt: „Aus Problemen Chancen machen!“ Ich bin fast in alle Funktionen so eingestiegen, daß ich mir zuerst die richtigen Informationen beschafft habe, bevor ich Entscheidungen getroffen habe. Vor allem ist auch wichtig, daß man ganz konkret Probleme und Chancen auflistet. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch menschlich, familiär und gesellschaftlich. Schauen wir uns die Probleme an. Am allermeisten Angst haben wir vor anderen Wirtschaftsregionen, weil wir Angst haben vor Einkommensverlusten, und zwar unbegründete Angst.

Ich bin der Landeskammer sehr dankbar, daß sie klar gesagt hat, wie es ausschaut bei einem EG-Beitritt für die steirische Landwirtschaft, weil damit der Rahmen abgesteckt ist. Was in der Bundesrepublik passierte nach dem Beitritt Ostdeutschlands, ist ja nicht unbedingt nachahmenswert.

Man braucht gar kein Wissenschaftler zu sein, man sieht es mit freiem Auge: der grenzenlose Verkehr ist „grenzenlos“. Da wird um Frachtgut gekämpft. Und dann kämpft die Europäische Gemeinschaft mit Österreich, mit der Schweiz um Durchfahrtsrechte. Aber es dauert lange, bis erreicht werden kann, daß die Manipulation

von transportintensiven Produkten begrenzt wird. Wir müssen auch diesen Aspekt in der Ausrichtung unserer Produktion berücksichtigen. Wir müssen so konzentriert aufzubereiten und verarbeiten, daß wir auch aus dieser Perspektive wettbewerbsfähig sind. Ich meine also, daß wir nicht unbedingt Schweine- und Rinderhälften exportieren sollen, sondern wir müssen uns bemühen, mehr Verarbeitungstiefe zu erreichen und stärker veredelte Produkte über die Grenzen zu bringen.

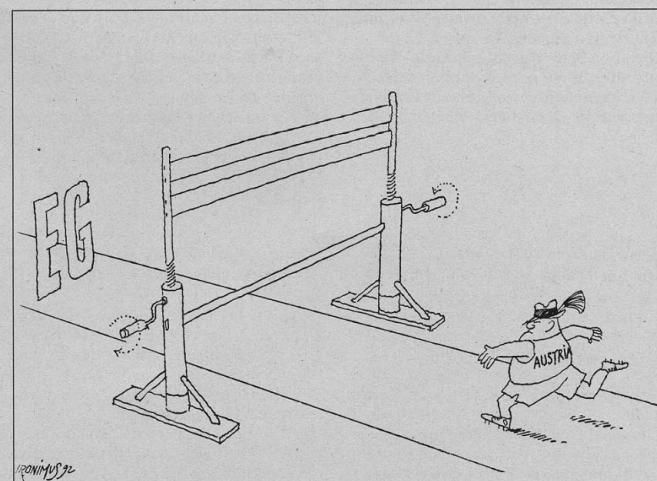
### Die Krise der europäischen Agrarwirtschaft

Unser derzeit größtes Problem ist die Krise der europäischen Agrarwirtschaft. Dort ist mit freiem Auge sichtbar, daß teils gegen die Natur gewirtschaftet wird. Aber die Mechanismen, die dort am Werk sind, geben uns im Grunde auch Chancen. Nach meiner persönlichen Sicht ist letzten Endes der wesentlichste Punkt, die Dinge realistisch zu analysieren und vor allem konkrete Handlungen zu setzen. Wir werden das vor allem dort versuchen, wo es den Steiermärkischen Landtag betrifft. Wir haben indirekt ein Angebot, daß die Umweltfrage außer Streit gestellt wird. Wir haben aber in gleicher Weise ein Anrecht darauf, daß auch die Land- und Forstwirtschaft außer Streit gestellt wird. Wenn wir

in den entscheidenden Fragen, wie die Absatzsicherung eine ist, sozusagen politischer Spielball werden, weil es die Mehrheiten im Landtag zufällig so ergeben, dann haben wir eine ganz schön turbulente Zeit vor uns.

Wir werden versuchen zu erreichen, und haben bereits die Vorrarbeiten dafür geleistet, daß die Preis- und Absatzsicherungen und vor allem auch die Leistungszahlungen bei den Budgetberatungen voll berücksichtigt werden. Wir haben in den letzten Jahren, Dr. Kopeck hat das gestern dargestellt, eine sehr positive Entwicklung gehabt.

Unsere inneren Ängste in Richtung EG sind insofern begründet, als wir nicht wissen, welche menschlichen, wirtschaftlichen und naturräumliche Folgen es geben wird. Wir leiden derzeit insbesondere darunter, daß wir kaum Vergleichsmöglichkeiten haben. Vielleicht sollten wir uns in nächster Zeit auch mit der osteuropäischen Szenen befassen. Wir sollten Referenten einladen, um zu hören, was sich dort abspielt. Ich habe in letzter Zeit erlebt, daß wir in manchen Bereichen nicht den vollen Informationsstand haben. Wir können in ähnlicher Form, wie es diese Veranstaltung ist, ein Osteuropa-Symposium machen und dabei erfahren, welche Positionsunterschiede es gibt.



HÜRDENLAUF

# Würdige Träger des Goldenen Ehrenzeichens des Steirischen Bauernbundes:



46 Landesrat Erich Pöltl verlieh Dipl.-Ing. Josef Riegler und Dipl.-Ing. Hermann Schaller als Zeichen des Dankes und der Anerkennung ihrer erbrachten Leistungen und ihrer persönlichen Einsatzbereitschaft das Goldene Ehrenzeichen des Steirischen Bauernbundes. Diese Auszeichnung gilt als eine besondere Rarität und erst wenige Persönlichkeiten konnten sich bis jetzt darüber freuen.

**Die Ehrung von Riegler und Schaller**  
anlässlich der Landakademie '92 zeigte schlaglichtartig, wie sehr die beiden Politiker mit dem Ökosozialen Weg und überlegten Strategien unser Land geformt haben: Durch gekonnte Raumordnung, modernen Wohnbau, zielstreibige Agrarpolitik und enorme Anstrengungen für eine lebenswerte Umwelt.

Im März 1965 trat er als Landwirtschaftslehrer in den Dienst der Stmk. Landesregierung, war an verschiedenen landwirtschaftlichen Fachschulen tätig und wurde 1971 zum Direktor der Landwirtschaftlichen Fachschule in Stainz bestellt. Daneben arbeitete er in verschiedenen Jugendorganisationen sowie als Generalsekretär der Katholischen Aktion in der Steiermark. Von Oktober 1972 bis Oktober 1980 war er Direktor des Steirischen Bauernbundes. Von 1975 bis 1983: Abgeordneter zum Nationalrat. Von 1976 bis 1983: Agrarsprecher der ÖVP. Von Oktober 1980 bis Dezember 1983: Direktor des Österreichischen Bauernbundes. Von 1983 bis 1987: Landesrat (zuständig für Land- u. Forstwirtschaft, Veterinärwesen, Umweltschutz, Raumordnung und Wohnbauförderung). Von 1989 bis Juni 1991: ÖVP-Bundespatriotenmann und Vizekanzler. Von 1989 bis Oktober 1991: Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform und seit Oktober 1991: Abgeordneter zum Nationalrat und seit November 1991: Präsident der Gesellschaft für Land- und

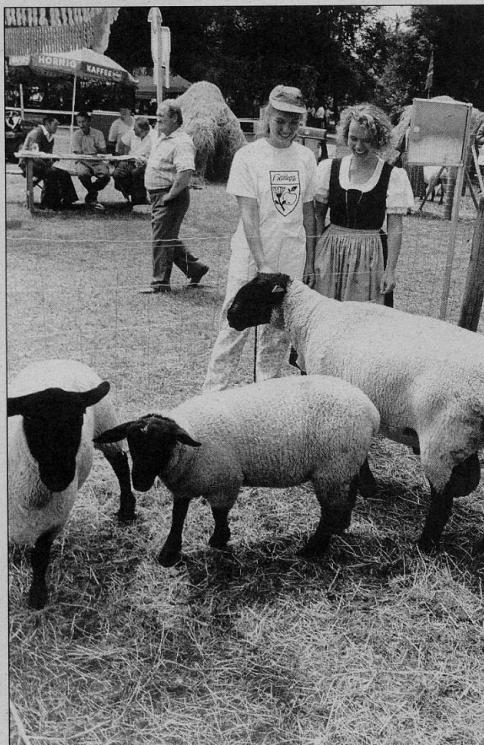
Forstwirtschaftspolitik und Energiesprecher im Parlament.

## Dipl.-Ing. Hermann SCHALLER

geb. am 20. Dezember 1932 in Ungerdorf bei Gleisdorf;  
Studium an der Universität für Bodenkultur.  
Er ist seit 1963 verheiratet und Vater dreier Kinder.  
Von 1957 bis 1959: Beratungsdienst der Landeskammer für Land- u. Forstwirtschaft  
Von 1959 bis 1962: Diözesanjugendführer  
Von 1962 bis 1964: Generalsekretär der Katholischen Aktion  
Von 1964 bis 1986: Landesdienst: Landesschulinspektor für das landwirtschaftliche Schulwesen und Abteilungsvorstand  
Von 1965 bis 1986: Landtagsabgeordneter  
Seit 1985: Vorstandsmitglied des Steirischen Bauernbundes  
Von 1987 bis 1991: Landesrat (zuständig für die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt und Wohnbau)

## Dipl.-Ing. Josef RIEGLER

geb. am 1. November 1938, stammt aus der Obersteiermark. Seine Eltern bewirtschafteten einen extrem steil gelegenen Bergbauernhof im Möschitzgraben bei Judenburg. Der Vater ist 1944 gefallen. Nach dem Pflichtschulbesuch arbeitete Riegler auf dem elterlichen Betrieb, besuchte anschließend die Ackerbauschule Grottenhof, dann die Höhere Bundeslehranstalt Raumberg-Irdning und studierte dann an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Er ist seit 1966 verheiratet und Vater zweier Kinder.



Naturprodukte aller Art sind wieder gefragt, „natürlich“ auch die Schafwolle. In den Haushaltungsschulen lernen die Mädchen mit gutem Stoff umzugehen. Auf dem Grazer Freiheitsplatz wird das jährliche Treffen zur intensiven Begegnung von Stadt und Land.

# EUROPA DER DÖRFER

**E**s mag schon sein, daß die Weltgeschichte auch künftig hin in den Weltstädten gemacht wird. Denn der aus den Höhlen gekrochene Mensch ist buchstäblich von Natur aus vom Glauben beseßt, das Heil immer in der größeren Einheit zu finden. Und seine Rechtfertigung für die menschliche Unvollkommenheit und Begrenztheit bis in unsere Zeit hinauf war die Benennung des Übels: Wir sind zu klein! Das war aber niemals ein demütiges Eingeständnis, daß der Mensch eben klein und schwach sei. Vielmehr war es der Selbstvorwurf, den Glauban an die Entwicklung zur mächtvollen Größe noch nicht ernst genug genommen zu haben. Wobei auf den gescheiterten Turmbau zu Babel hochmütig vergessen wurde. Es mag schon sein, daß weiterhin Menschen in die Städte ziehen, weil sie meinen, es sei für die eigene Lebensentwicklung und fürs Überleben von Vorteil, wenn man dort anwesend sei, wo über die Zukunft entschieden wird. So entstehen allerdings in unseren Breiten die Slums der Irreminungen und falschen Lebenshoffnungen, die sich – vielleicht nach Generationen – als noch tragischer erweisen werden als die Elendsvierteln in nischeuropäischen Mammutstädten.

Ja, es mag schon sein, daß die Städte künftig noch lauter darauf den Anspruch erheben, gestaltender Mittelpunkt immer größerer Lebensräume zu sein und daß dabei notwendigerweise sogar ein Verdrängungswettbewerb, ein Kampf um den Vorrang ausgelöst wird. Aber auf dem Asphalt entsteht kein Leben, und Beton führt zu Stumpfheit und Sterilität. Und je

gigantischer die Zentren werden, desto weiter rücken sie weg von jenen Regionen, wo noch Leben gedeiht. Doch für dieses Gedanken ist zu sorgen, denn nur dann behält das Wort „Lebensraum“ – welche Ausdehnung damit auch immer gemeint sein mag – seine Gültigkeit.

Und Leben bedeutet Vielfalt und Bewahrung und Entfaltung von gewachsene Eignungen. Wo hat dieses Leben seine Chance? Ich bin in den meisten Hauptstädten Europas gewesen. Aber ob in Madrid oder in Warschau, in Rom oder London: man findet überall gleiche Architekturen – klassische wie moderne – und Lebensweisen; Kultur und Technik haben über den ganzen Kontinent hinweg längst Gemeinsamkeiten geschaffen. In seinen größten Städten ist Europa bereits zusammengewachsen, bloß die Sprachen gewährleisten noch Eigenarten und Identität. Ganz anders ist es, wenn man Europas Dörfer durchstreift. Ein Dorf in Kastilien bietet sich uns ganz anders dar als eines in den Karpaten, und wieder ganz anders als diese sind die Dörfer im schottischen Hochland – anders überall auch das gesamte Lebensgefüge, das Verständnis von Tradition, die Darstellung der kulturellen Identität. Finden sich diese Unterschiede nicht selbst in unserer engeren Heimat? Vergleichen wir die Dörfer des oberen und unteren Murtales, der Ennstaler Bergwelt und der ost- und weststeirischen Tal- und Hügellandschaften miteinander!

Nur im dörflichen Seßhaftwerden hat der Mensch kulturgeschichtliche Selbständigkeit bewahrt.

Die Einheit Europas – nicht Einigkeit! – ist eine geschichtliche Vision, wenn nicht gar eine Utopie. Diese Einheit weitgehend verwirklicht zu sehen, ist als besondere Gnade den Generationen um die Jahrtausendwende vorbehalten. Aber diese Gnade würde zum Fluch, ließe man die Urkraft verkümmern, die in der Vielheit liegt. Und diese Vielheit äußert sich nicht im Europa der Nationen und auch nicht im Europa der Regionen, sondern im Europa der Dörfer. Ein aus verschiedenen Quellen herströmender Geist, der mehr ist als bloß ein Zeitgeist, gibt Hoffnung, daß die Menschen mehr und mehr nur an jenes Große glauben, das sich aus vielen gesunden kleinen Zellen zusammenfügt. Wir haben begriiffen, daß es die Begrenztheit im Denken und Schaffen gibt. Und allein die Ahnung davon, was Unendlichkeit sein könnte, läßt uns erschauern. Aber das Begrenzte wie das Endliche wird für uns nur faßbar im Hier und Jetzt, an einem Punkt und im einzigen Augenblick.

„Kirchturmpolitik“ nennt man eine enge Denk- und Sichtweise und liefert damit die Kirchtürme schuldlos der Verächtlichkeit aus. Bei mir daheim höre ich einmal die Glocken von Mureck und ein andermal von Gnas, wie's dem Wind gerade gefällt, einmal von Straßen und dann vom Turm meiner Heimatkirche. Kein Klang gleicht dem anderen. Und wie weit wurde für mich als Kind in diesem Klingen die Welt! Sie ist für mich indes nicht weiter geworden. Sie reicht in Wahrheit bestensfalls immer nur so weit als die Sinne tragen. Von einem Dorf zu den anderen ringsum – die insgesamt Europa bilden.



Um unseren Freund Fred Strohmeier, Chefredakteur von „Neues Land“, war wieder einmal großes Gräß!

# AUTOREN DIESER NUMMER

Peter BLESER

Bauer, Abgeordneter zum Deutschen Bundestag,  
Brachtendorf / Rheinland-Pfalz

Erika von BUXHOEVEDEN

Bäuerin, Trelleborg / Schweden

Dr. Manfred HELZER

Univ.-Prof., Marketingberater, Hannover

Dr. Markus HOFREITHER

Univ.-Prof., Institut für Wirtschaftspolitik und  
Recht, Universität für Bodenkultur Wien

Dipl.-Ing. Dr. Heinz KOPETZ

Kammeramtsdirektor der Landeskammer für Land-  
und Forstwirtschaft Steiermark

Grete KULMER

Beraterin der Landeskammer für Land- und  
Forstwirtschaft Steiermark,  
Abteilung Hauswirtschaft

Erich PÖLTL

Landesobmann des Steirischen Bauernbundes und  
Landesrat

Fritz PREM

Obmann der STEIRERFRUCHT

Dr. Alois PUNTIGAM

Direktor des Steirischen Bauernbundes und  
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Reinhard RACK

Univ.-Prof., Europa-Beauftragter des Landes  
Steiermark

Dipl.-Ing. agr. Rudolf REICHLING

Bauer, Präsident des Zentralverbandes  
Schweizerischer Milchproduzenten, Stäfa

Ing. Josef RENNER

Berater in der Landeskammer für Land- und  
Forstwirtschaft Steiermark, Abteilung biologischer  
Landbau

Dr. Wolfgang SCHÜSSEL

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten,  
Wien

Karl TOTTER

Obmann der Südsteirischen Energie- und  
Eiweißerzeugung (SEEG)

Fred STROHMEIER

Chefredakteur „Neues Land“ und Literat

Gerhard WLODKOWSKI

Vizepräsident der Landeskammer für Land- und  
Forstwirtschaft Steiermark

Redaktion und Gestaltung:  
Mag. Eleonore HIERZER

Fotos:

Stefan Amsüss, Mag. Braunstein, Christian  
Jungwirth, Peter Philipp, Fred Strohmeier, SVZ/  
SNTO, Karl Totter, Sepp Winter